

Weiter Blick und langer Atem

# 3. Hochschultag

## der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Berlin 26. - 28. April 2012

Ergebnisbericht



**Wie viel Forschung braucht die Praxis?  
Wie viel Praxis braucht die Wissenschaft?**

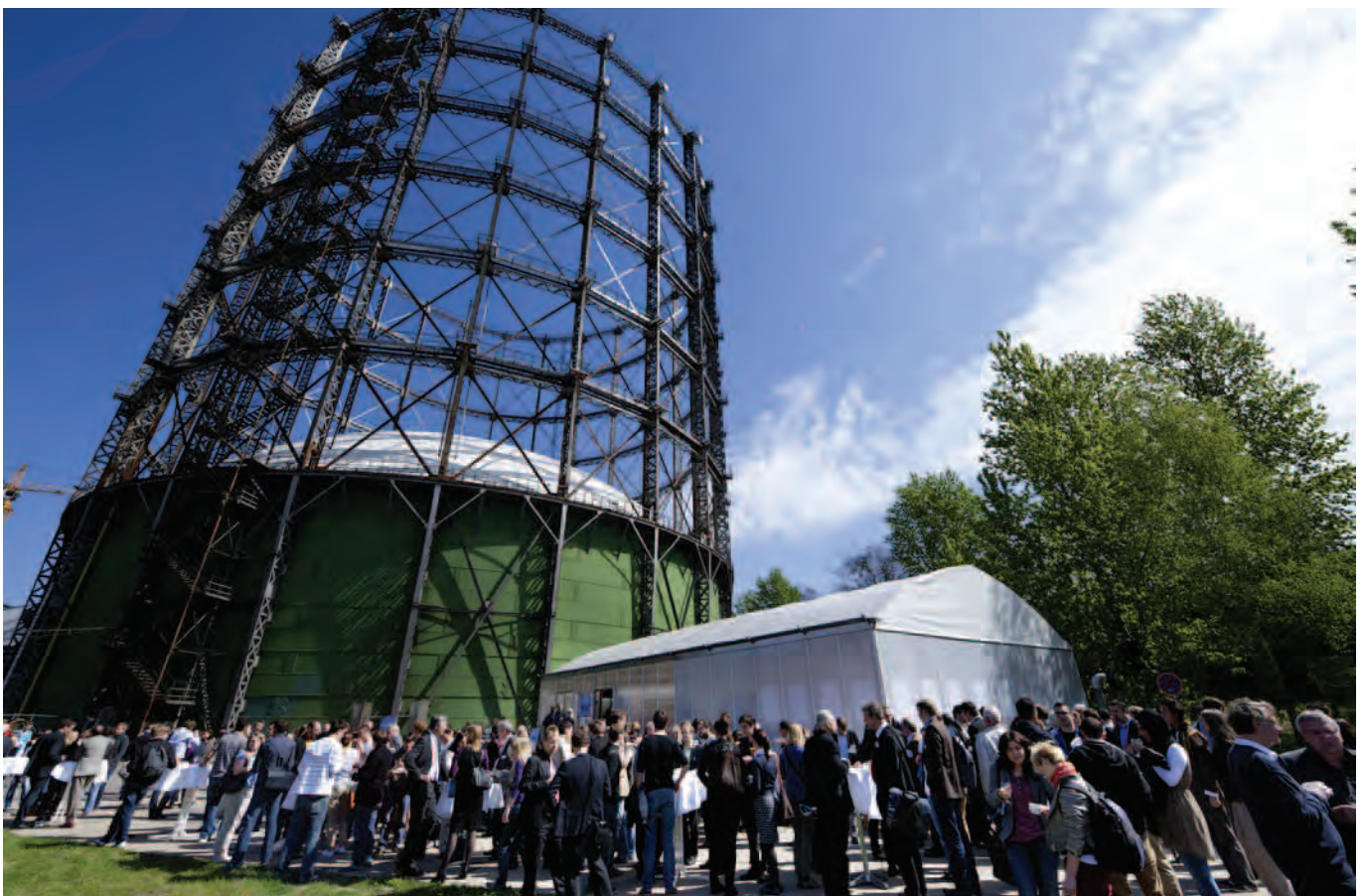


---

# Inhalt

6	Begrüßung und Eröffnung des 3. Hochschultages <i>Staatssekretär Rainer Bomba</i>
8	Wie viel Forschung braucht die Praxis? Wie viel Praxis braucht die Forschung? <i>Uli Hellweg</i>
11	Ziele des Hochschultages aus Sicht der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung <i>Prof. Dr. Michael Krautzberger</i>
13	Zeit für Begegnung – Anforderungen an Lehre und Wissenschaft aus Sicht der Praxis <i>Prof. Jörn Walter</i>
19	Am Beginn einer Stadtentwicklungsepoche der Resilienz? <i>Prof. em. Thomas Sieverts</i>
26	Ergebnisse der Sommerschule
28	Forum A: Zivilgesellschaft
30	Forum B: Perspektivwechsel Soziale Stadt
32	Forum C: Wirtschaft und Innovationen
34	Forum D: Klima und Energie
36	Forum E: Baukultur
38	Forum F: Die Stadt ist die Region – Ist die Euphorie vorbei?
42	Forum G: Einordnung Nationale Stadtentwicklungspolitik
44	Blick nach vorne – Ziele und Aufträge für künftige Hochschultage <i>Prof. Julian Wékel</i>
46	Das Engagement der Hochschulen trägt den Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik <i>Dr. Ulrich Hatzfeld</i>
48	Hochschultag Nationale Stadtentwicklungspolitik – Einige Anregungen <i>Prof. Dr. Franz Pesch</i>
49	Treffen der Professoren
52	Treffen der WiMis im Nachgang des 3. Hochschultages
54	Treffen Studierende
57	Katalog aktueller Stadtforschungsprojekte
58	Posterausstellung
60	Verzeichnis Mitwirkende
62	Impressum









## Begrüßung und Eröffnung des 3. Hochschultages

Der Dialog von Wissenschaft, Politik und Praxis ist integraler Bestandteil der Nationalen Stadtentwicklungspolitik



Staatssekretär  
Rainer Bomba  
Bundesministerium  
für Verkehr, Bau und  
Stadtentwicklung

Ich begrüße Sie zum 3. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung bieten den Hochschulen erneut ein Forum zum direkten Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Mit diesem 3. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklung hat sich dieses Forum inzwischen etabliert und ist zu einem integralen Bestandteil der Nationalen Stadtentwicklungspolitik geworden. Es ist mir wichtig, zu betonen, dass zu dieser Konferenz ausdrücklich alle Statusgruppen der Hochschulen eingeladen sind: Professorinnen und Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter, Studierende. Hinzu kommen die eigentlichen Adressaten wissenschaftlicher Forschung im Bereich der räumlichen Planung: die Städte und Gemeinden.

Wir haben heute ein sehr ehrgeiziges Programm zu absolvieren. Das ist nur möglich, weil viele Engagierte viel gearbeitet haben. Dafür danke ich Ihnen sehr herzlich. Ich glaube, viele von Ihnen sind zu dieser Konferenz so gut vorbereitet wie zu keiner anderen im Jahr. Ich wünsche mir, dass sich dieses große Engagement bei den nächsten Hochschultagen fortsetzen wird, denn die Qualität der

Konferenz hängt wesentlich davon ab, wie gut der Hochschultag in den Hochschulalltag integriert wird. Den heutigen Hochschultag sehe ich auch als Schritt dahin, dass der Hochschultag eines Tages von den Hochschulen selbst getragen wird.

Im Mittelpunkt heute stehen die Erfahrungen mit den sechs Themenbereichen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Die Hochschulen selbst haben dies vorgeschlagen. Inhaltlich geht es vorrangig um die Fragen:

1. Wie kann die Wissenschaft die Praxis besser bei der Planung und Gestaltung nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik unterstützen?
2. Welchen Bedarf an wissenschaftlicher Forschung und Beratung sehen die Praktiker für die Bewältigung der aktuellen und der langfristigen Herausforderungen der Stadtentwicklungspolitik?

Es wird keiner hier im Raum sagen, das sei ein banales Thema. Beim Hochschultag nehmen wir uns Zeit, um über diese Fragen zu diskutieren. Davon profitieren Wissenschaft, Politik, Praxis und letztlich die Stadtentwicklung in den Städten und Gemeinden.

Die Politik braucht die Wissenschaft und die wissenschaftliche Beratung. Ohne diese Erkenntnisse fehlen Politik und Praxis wichtige Grundlagen zum Handeln. Die Wissenschaft braucht die Politik und die Praxis zur Rückkopplung ihrer Arbeit. Unser Ziel ist schließlich ein gemeinsames: Wir wollen die Städte unterstützen, die anstehenden Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Wir stellen uns diesen Aufgaben gemeinsam. Nur so kann es gelingen, unsere Städte attraktiv, lebenswert und zukunftsfähig zu gestalten. Deshalb treffen wir uns hier zu einem Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

Die Hochschultage sind ein wichtiger Teil der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Seit dem 1. Hochschultag im Jahr 2009 hat das BMVBS den Dialog mit Hochschulen und Wissenschaft kontinuierlich geführt.







Die Kooperation trägt inzwischen gute Früchte. Ich nenne nur

- Das anspruchsvolle Programm der heutigen Tagung.
- Die Datenbank mit Dissertations- und Forschungsvorhaben, die Nachwuchswissenschaftler auf unserer Internetseite [www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de](http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de) eingerichtet haben. Sie entstand auf Initiative einer Arbeitsgruppe des akademischen Mittelbaus.
- Die Informationsbroschüre mit aktuellen Forschungsvorhaben zum Thema Stadtentwicklungspolitik, die Sie heute erhalten haben.
- Die Sommerschule, deren Ergebnisse wir nachher vorgestellt bekommen.
- Den Wettbewerb „Tatort Stadt – Ideen zur Stadtentwicklung“: Wir haben uns gefragt: Wie können wir jungen Absolventen den Berufseinstieg erleichtern? Um hier zu unterstützen, haben wir erstmals einen Preis für Studierende und für Absolventen ausgelobt.

Wir hoffen, dass die Preisträger des Wettbewerbs und die Teilnehmer an der Sommerschule ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen und wichtige Netzwerke für die Zukunft knüpfen. Unter dem Titel

„mitMACHEN – Neue Wege zur Beteiligung der Öffentlichkeit“ konnten junge Absolventen und Studierende aus den planungsrelevanten Disziplinen kreative Ideen und Strategien für die Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen entwickeln und als Wettbewerbsbeitrag einreichen.

Das BMVBS wird den Dialog mit den Hochschulen fortsetzen und auch die Kooperation zwischen Hochschulen und Praxis weiter fördern. Der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist dazu das wichtigste Instrument. Er wird fortgeführt. Ebenso die Sommerschule.

Außerdem startet im Mai eine „Ringvorlesung zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik“, in deren Rahmen Vertreter des BMVBS, Experten verschiedener Hochschulen, Studierende, lokale Akteure der Stadtentwicklung gemeinsam über aktuelle Themen und Herausforderungen des Regierungshandels in diesem Bereich diskutieren.

Für den 3. Hochschultag liegt ein gutes Arbeitsprogramm vor, das einen ebenso anstrengenden wie produktiven Tag erwarten lässt. Ich freue mich darauf, dass wir uns heute konstruktiv austauschen können. Ich wünsche der Konferenz einen erfolgreichen Verlauf mit anregenden Beiträgen und Diskussionen, vielen interessanten Gesprächen und viel Freude bei der Arbeit!

# Wie viel Forschung braucht die Praxis? Wie viel Praxis braucht die Forschung?

Stadtlabor IBA – Forum des Austausches zwischen Wissenschaft und Praxis



Uli Hellweg  
IBA Hamburg GmbH

Eine Internationale Bauausstellung ist qua Tradition, Selbstverständnis und Definition ein „Stadtentwicklungslabor“, in dem – wie es im Memorandum zur Zukunft von Internationalen Bauausstellungen so schön heißt – „durch intensive Kooperation zwischen Experten und Betroffenen sowie durch deren Erfahrungen und Erfolge Projekte andernorts ermutigt werden sollen“. Mit anderen Worten: Bauausstellungen haben den Anspruch, Experten- und Alltagswissen miteinander zu verbinden, um hieraus im wahrsten Sinne des Wortes vorbildliche Projekte zu entwickeln. Theorie und Praxis kommen hier also in doppelter Form zusammen, nämlich einmal als Expertenwissen und seine praktische Umsetzung in die gebaute Wirklichkeit, zum anderen als Überprüfung der Expertise der Fachleute und Wissenschaftler an der praktischen Erfahrungswelt der Menschen, die durch diese IBA – wie es so schön heißt – „betroffen“ sind. Das „Stadtentwicklungslabor“ IBA findet nicht im geschützten Raum der Universitäten und Forschungseinrichtungen statt, sondern am lebenden Objekt. Die Versuchsanordnungen von Forschung und Entwicklung sind auch nicht frei gewählt, sondern ergeben sich aus dem konkreten Ort, seinen Problemen und Aufgabenstellungen. Drei Thesen lassen sich aus diesen Besonderheiten des Formats IBA für das Verhältnis von Wissenschaft, Forschung und IBA ableiten:

## **These 1: Nicht nur die IBA braucht die Wissenschaft, sondern auch die Wissenschaft braucht die IBA.**

Die IBA Berlin 1984/87 ist für diese These ein schöner Beleg. Die experimentelle Praxis der IBA Alt (Entwickeln von Altbauquartieren) führte damals dazu, einen neuen Stand der Technik im Bereich der Altbausanierung zu implementieren – galt es doch als abgemacht und „bewiesen“, dass sich die gründerzeitliche Substanz nicht mit vertretbarem wirtschaftlichem Aufwand sanieren lässt und daher besser gleich abgerissen wird. Ich kann mich noch sehr gut daran

erinnern, dass allein die Untersuchungsmethoden in der Altbausanierung Ende der siebziger Jahre so desaströs waren, dass man das Haus hinterher tatsächlich nur noch abreißen konnte. Das Auffinden einiger Myzelien in einer Holzbalkendecke oder des Hausbocks im Dachstuhl führte zum Todesurteil für das alte Haus mit unmittelbarem Vollzug. Oder es kam eine solche chemische Keule zum Einsatz – Stichworte PCP, Lindan, Dioxin – dass es wenige Jahre später für unwohnbar erklärt werden musste, natürlich mit der gleichen Konsequenz des Abrisses.

Erst die von der IBA Alt mit einigen jungen Forschern und Praktikern entwickelten Untersuchungsmethoden, wie z. B. die Holzendoskopie, oder wiederentdeckte traditionelle Holzbehandlungsmethoden etwa mit Borsalz, ermöglichten die wirtschaftliche Sanierung der Altbauten und vermieden allen Abrisspekulanten die vorher fachlich so sauber kalkulierte Rechnung. Die Pionierprojekte der neuen Methoden und Verfahren waren übrigens nicht zufällig die seinerzeit zahlreich besetzten Häuser und Selbsthilfeprojekte, wo der Freiraum und die Neugier bestanden, Alternativen zum damaligen „State of the Art“, dem Wirtschaftsfunktionalismus, zu erproben.

Das Beispiel zeigt nicht nur, dass hier eine neue, innovative Forscher- und Studentengeneration und die Planer und Architekten der IBA sehr eng zusammengearbeitet haben, sondern auch, dass das soziale und politische Umfeld der IBA – die Hausbesetzungen und Selbsthilfegruppen – diese Kooperation begünstigte und ermutigte. Die bis dahin unumstößlichen Standards des „Standes der Technik“ erwiesen sich bei näherem Hinsehen als zumindest fragwürdig. Erst durch die IBA wurde es möglich, sich auch wissenschaftlich aus dem engen Denken der Wirtschaftsmoderne zu lösen und am praktischen Beispiel der „behutsamen Stadterneuerung“ zu zeigen, dass sich Altbauten mit neuen Methoden und Verfahren zu wirtschaftlichen Bedingungen und sozialverträglich erneuern lassen.



***These 2: Dem ganzheitlichen Praxisansatz einer IBA muss ein integriertes und interdisziplinäres Vorgehen von Wissenschaft und Forschung entsprechen.***

Im Jahr 2008 startete die IBA Hamburg unter dem Motto „Prima Klimaanlage“ eine breite Kampagne für die IBA-exzellente Sanierung von Altbauten in Wilhelmsburg. Dabei boten wir privaten Hauseigentümern neben den üblichen Förderprogrammen zusätzliche IBA-Exzellenz-Förderung sowie eine umfassende Beratung durch Energiefachleute an. Nach anderthalb Jahren mussten wir die ernüchternde Erkenntnis machen, dass trotz des attraktiven Angebots und umfassender Beratung und trotz anfänglich großen Interesses am Ende nur wenige Eigentümer tatsächlich ihre Häuser modernisierten. Bei einer Befragung durch die Uni Marburg stellte sich dann heraus, dass fast alle Bewohnerinnen und Bewohner zwar das Bewusstsein der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der energetischen Modernisierung besaßen, aber vielerlei persönliche oder vermeintlich „objektive“ Gründe fanden, warum sie es dann doch nicht „konnten“ – also wollten. Dabei war der finanzielle Aspekt einer, aber nicht immer der wichtigste. Andere wie Angst vor Dreck und Lärm, die Überbewertung früherer Sanierungsmaßnahmen, Alter und Erbstreitigkeiten usw. waren in der Summe gewichtigere Gründe als der Kostenaspekt.

Die Komplexität der Lebenswirklichkeit der Menschen stellte uns also vor Probleme, die wir allein mit den linearen Verfahren der traditionellen Planung und Förderungspolitik nicht lösen konnten. Wir stellten fest, dass die Konzepte des energetischen Stadtumbaus viel komplexer sein müssen als die einfache Förderungslogik des finanziellen Anreizes. Zusammen mit Vertretern der HCU Hamburg, TU Hamburg-Harburg, TH Darmstadt, Uni Marburg und FH Nordhausen sowie dem Umweltbundesamt und internationalen Fachleuten entwickelten wir daraufhin ein ganzheitliches Konzept für den energetischen Umbau von Wilhelmsburg. In diesem „Zukunftskonzept Erneuerbares Wilhelmsburg“, dem sogenannten Energieatlas, werden erstmals energetische, räumliche, wirtschaftliche und zum Teil auch soziale Aspekte in einem kohärenten Energiekonzept zusammengefasst. Das Konzept ermöglicht nicht nur eine differenzierte Betrachtungsweise der unterschiedlichen Raumtypologien und Gebäudestrukturen, sondern auch Kosten-Nutzen-Berechnungen für einzelne Haustypen und Eigentümergruppen.

Der Energieatlas zeigt, welche Arbeitsplatz- und Einkommenseffekte und welches Auftragsvolumen für die örtliche Wirtschaft, insbesondere für das Handwerk, aus den energetischen Investitionen erwachsen. Die Formen komplexer Kooperationen zwischen Planern, Ingenieuren,



Ökonomen, örtlicher Wirtschaft und Bewohnern, Verwaltungen und Behörden verlangen nicht nur uns „Praktikern“, sondern auch – und manchmal vor allem – unseren Partnern und Kollegen aus den Universitäten und Forschungseinrichtungen besondere Fähigkeiten zur Interdisziplinarität und zur sozialen Kommunikation ab. Es geht im Realversuch einer IBA – wie im wirklichen Leben – immer um mehr als technische Lösungen. Das Praxislabor IBA öffnet den Möglichkeitsraum für alle, Lernprozesse zu erleben, die nicht nur zu innovativen Lösungen führen, sondern den Beteiligten auch neue und zusätzliche Einsichten und Kompetenzen verleihen.

***These 3: Eine IBA ist der Schritt von einem reflektierenden zu einem reflexiven Wissenschaftsbegriff***

Theoretische, analytische oder empirische Studien – das wissen wir alle – sind im Planungsalltag eine wichtige Hilfe und Entscheidungsstütze für Planer und Politiker. Dabei steht der Wissenschaftler und Gutachter meistens „draußen“ und erarbeitet mehr oder weniger unabhängig und mehr oder weniger gut reflektierte Lösungsvorschläge für die Praktiker. In den letzten Jahren haben sich an verschiedenen Universitäten jedoch auch andere Forschungs- und Lehrformate herausgebildet, die nicht nur auf distanzierte Beobachtung und Analyse, sondern auf aktive Teilnahme der Forschenden, Lehrenden und vor allem auch der Studierenden am urbanen Prozess setzen. Die klassische Distanz zwischen Theorie und Praxis verwischt; die Akteure, auch die Forscher und Studierenden, sind gleichzeitig Subjekte und Objekte der Intervention. Theorie und Praxis werden reflexiv – das heißt sie verändern sich wechselseitig durch die Dynamik des Prozesses. So werden Forschung und Praxis durch Interaktion zu einem lernenden System.

Wir haben im Rahmen der IBA Hamburg zusammen mit der HCU ein Projekt entwickelt, in dem die Reflexivität von Forschung und Lehre selbst zum Thema wird: die Universität der Nachbarschaft – UdN. Bis 2013 wird im Rahmen der IBA die Ruine eines ehemaligen Gebäudes des Kindernotdienstes im westlichen Wilhelmsburg durch Studierende und Lehrende der HCU zwischengenutzt. In jährlich wechselnden Programmen wird zum einen das Gebäude baulich verändert, zum anderen werden künstlerische, soziale und kulturelle Projekte mit der Nachbarschaft von der UdN aus organisiert. Konzeptionelle Schützenhilfe kommt dabei von der Kulturfabrik Kampnagel. Die Universität der Nachbarschaften ist ein „Work-in-progress-Projekt“, bei dem die Studierenden Teil des Studienobjekts sind. Im Gebäude sind mittlerweile Versammlungsräume, eine Wohnung, zahlreiche Schlafräume mit Gemeinschaftsküche entstanden. Das Leben im Studienobjekt ermöglicht dabei eine unmittelbare und für Planer ungewöhnte direkte Sicht auf den Stadtteil. Neben dem Verstehen von Karten, Zahlen und Fakten zählen die alltägliche Erfahrung der unmittelbaren Nachbarschaft, die Interaktion und der Dialog mit den Menschen sowie die Einbindung ihrer Erfahrungen, Wünsche und Bedürfnisse in den Entwurf. In der Auseinandersetzung mit den hier lebenden „Experten des Alltags“ überwinden die Studierenden die disziplinären Grenzen eines „Fachidioten“. Gerade in einem Stadtteil wie Wilhelmsburg, der von so vielen und gravierenden Umbrüchen betroffen ist, wird jede Veränderung wahrgenommen und kritisch, aber auch mit Neugierde begleitet. Studierende und Lehrende erfahren, wie alles, was sie machen – von der Pflanzaktion bis zum Abriss des Dachs –, auf Reaktionen stößt, Folgen und Nebenfolgen auslöst. Es entstehen manchmal durchaus spannungsreiche, aber hoch intensive und lehrreiche Wechselbeziehungen. Forschung und Lehre stehen plötzlich im reflexiven Kontext des Planeralltags – so wie es in der späteren beruflichen Praxis der Studierenden der Fall sein wird.

Allerdings: So erfahrungs- und lehrreich die UdN für Lehrende und Studierende gleichermaßen ist, so schwierig war und ist es, solche neuen Formen der Studienpraxis in das festgezurte System der Ausbildungsordnungen zu integrieren. Auf der Suche nach den günstigsten Wegen zu den Creditpoints werden Prioritäten gesetzt, die mit einer ganzheitlichen Ausbildung und den Interessen der Studierenden kaum kompatibel sind. Ich möchte zum Schluss kommen: Die Formen der Kooperation zwischen einer IBA und den Hochschulen sind sehr vielfältig. Es beginnt schon mit den Praktikumsplätzen, die bei einer IBA heiß begehrt sind, obwohl die Arbeitsbedingungen alles andere als stressfrei sind. Das Stadtlabor IBA vermittelt offensichtlich die Idee von einem ganzheit-

lichen und interdisziplinären Berufsbild, das in vielen anderen Bereichen des Planer- und Architektenberufs verloren gegangen ist. Natürlich ist es auch der innovative Charakter der Projekte, der nicht nur die Studierenden, sondern auch Wissenschaftler und Forscher fasziniert. Smart-Material-Häuser mit PCM- und Algenfassaden, neue Energiesysteme und Technologien, Hybrid Houses und Smart Price Houses usw. – das alles fordert die Neugier und das Forscherinteresse heraus.

Im Laufe der vergangenen Jahre ist eine Reihe von IBA-Projekten aus der Diskussion und aus wettbewerbsähnlichen Verfahren mit Universitäten hervorgegangen – so zum Beispiel das LichtAktiv-Haus der Firma Velux mit der Uni Darmstadt. In der offenen Planungswerkstatt „Georgswerder“ erarbeiteten nicht nur drei professionelle Teams in enger Kooperation mit den Bewohnern Vorschläge für diesen vernachlässigten Stadtteil auf den Hamburger Elbinseln, sondern auch ein Studierenden-Team der HCU beteiligte sich durchaus erfolgreich. Auch bei der Evaluation der IBA spielen die Hochschulen eine zentrale Rolle. Fast alle Projekte der IBA Hamburg werden wissenschaftlich begleitet und ausgewertet, zum Beispiel hinsichtlich ihres Energieverbrauchs im Rahmen des Forschungsprogramms EnEff:Stadt. Die Bildungsprojekte werden seit drei Jahren projektbegleitend evaluiert. In einem jährlichen Monitoring wird die Entwicklung der Sozialstruktur, der Bildungserfolge, des Images der Elbinseln sowie des Immobilienmarktes ausgewertet. Die jährlichen Monitoringberichte sind unter der Internetadresse der IBA ([www.iba-hamburg.de](http://www.iba-hamburg.de)) abrufbar.

Der ganzheitliche, interdisziplinäre und gesellschaftlich orientierte Planungsansatz macht das Format IBA zunehmend auf der internationalen Bühne bekannt. Ob Fachgruppen aus den USA, Frankreich, Japan oder China – der Bedarf an kohärenten Planungsansätzen und -verfahren in der Stadtentwicklung steigt. Auch in den sogenannten Schwellenländern beschäftigt man sich nicht mehr allein mit den stadttechnischen Basics wie Verkehrslenkung, Entwässerung und Müllabfuhr, sondern mit integrierten und möglichst klimafreundlichen Siedlungsmodellen. Gerade Internationale Bauausstellungen sind heute das Format deutscher Baukultur, das bei ausländischen Besuchern Staunen und Bewunderung auslöst und zunehmend zur Nachahmung anregt – nicht nur weil Bauausstellungen exzellente und innovative Lösungen in der Realität zeigen, sondern auch, weil der Staat – welche Ebene das auch immer im Einzelfall sein mag – mit der IBA ein „Stadtlabor“ zwischen Forschung und Praxis fördert und unterhält, das in dieser Form auf der Welt einmalig ist.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



## Ziele des Hochschultages aus Sicht der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Studierende,

ich darf mich sehr herzlich bei Ihnen, Herr Staatssekretär Bomba, bedanken, dass Sie nicht nur die Eröffnung übernommen, sondern dass Sie auch diesen Hochschultag ermöglicht haben.

Die Akademie selbst ist ja im Grunde genommen eine Vereinigung von Wissenschaftlern und Praktikern. Die Frage ist aber: Wo fängt die Wissenschaft an? Wo hört die Praxis auf? Frau Thalgott, die den 1. Hochschultag eröffnete, hat gesagt: Was bin ich eigentlich als Münchner Stadtbaurätin? Einerseits habe ich eine Professur an der TU, andererseits bin ich Stadtbaurätin. Bin ich eigentlich Wissenschaft oder Praxis? Sie hat sich dann zur Praxis hin orientiert.

In Bezug auf den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik glaube ich, dass man in Deutschland oder in modernen Gesellschaften durchaus einen Dialog zwischen der institutionellen Politik und der Wissenschaft hat. Das hat sich

seit Jahrzehnten entwickelt. Auch der Politikbereich, über den wir heute sprechen, ist seit Jahren und Jahrzehnten mit der Wissenschaft hochgradig vernetzt und wird beraten. Man berät bei Gerichten, die Regierungen, die Ministerien. Dieser Dialog zwischen Wissenschaft und politischem Bereich hat vor 40 Jahren unter der Präsidentschaft von John F. Kennedy erheblich an Dynamik gewonnen; die wenigsten von Ihnen werden sich daran erinnern: Er hat zum ersten Mal Wissenschaftler ins Weiße Haus eingeladen. Ein Dialog, der für uns heute selbstverständlich ist – vor 40 Jahren aber war es noch völlig anders. Dies ist zwar ein entscheidender Aspekt, jedoch nicht der Punkt, der strukturell verändert werden müsste.

Man muss auch den anderen Bereich nicht verändern, den ich hier anspreche und für wichtig erachte, nämlich den Bereich der Kommunikation zwischen der Wissenschaft und der nichtinstitutionellen Politik – all dem, was Politik mitgestaltet, aber nicht in Regierungsämtern oder Ministerien tätig ist. Das sind etwa die Medien. Die Medien haben auf



Prof. Dr. Michael Krautzberger  
Präsident DASL





die Politik einen erheblichen Einfluss und folglich ist die Kommunikation mit den Medien als Teil der Politik heute ein ganz entscheidender Punkt. Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit überhaupt, der Zivilgesellschaft, der organisierten Öffentlichkeit und den Interessenvertretern, ist ein äußerst wichtiger Aspekt. In diesen Dialog müsste die Wissenschaft einbezogen werden.

„Professor“ – das hat auch etwas mit Bekennen zu tun. Es gibt mehrere Deutungsversuche, einer davon ist zu bekennen, also auch dazu stehen, es zu verkünden, was man weiß, und zwar mit einer gewissen Kontinuität. Ich will die Demografie als besonders aktuelles Beispiel aufgreifen.

Der eine oder andere wird sich daran erinnern, dass wir Mitte der Achtzigerjahre die Entwicklung, wie sie jetzt stattfindet, genau gekannt haben. Man wusste, was auf uns zukam. Der damalige Arbeitsminister Blüm – so wurde einmal von seinem Staatssekretär berichtet – sei zu Bundeskanzler Kohl gegangen und habe vorgetragen: Wir müssen die Rentenreform machen. Das wurde mit folgendem Argument abgeschlagen: Das versteht kein Mensch, wenn wir da etwas machen, weil es erst im Jahr 2020, 2030 eintreten wird.

Bei der Stadtentwicklung ist das sehr intensiv diskutiert worden. Man war sich darüber im Klaren: Wenn die Entwicklung weitergeht

und man hat kein anderes Szenario entwickelt, dann bleibt nur das Einwanderungsszenario, um den Standard an Lebensqualität zu halten. Das sind Beispiele für Fragen und Antworten, die ein Politiker, der jetzt in Amt und Würden steht, nicht vermitteln kann. Erstens hat er ein begrenztes Mandat. Zweitens muss er jetzt etwas vermitteln, was in der Zukunft geschieht, was er nicht verantworten kann. Die Wissenschaft dagegen kennt die Trends. Deshalb ist es schon ein ganz wichtiges Mandat der Wissenschaft, dieses Wissen über komplexe Zusammenhänge beharrlich, kontinuierlich zu übernehmen, zu vermitteln und zu verbreiten. Was kann ich eigentlich noch vermitteln? Wie weit kann ich gehen in der Planung? Das ist auch eine Aufgabe der Wissenschaft, das zu vermitteln, anstatt die Politik hineinrennen zu lassen.

Ich wollte in diesem Sinne mein Grußwort dazu nutzen, darauf hinzuweisen, dass der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik auch ein Dialog sein muss zwischen der Wissenschaft und der politischen Öffentlichkeit, der politischen Klasse in ihren vielfältigen Darstellungen.

Vielen Dank, dass Sie alle gekommen sind. Ich freue mich auf einen spannenden Tag!



## Zeit für Begegnung – Anforderungen an Lehre und Wissenschaft aus Sicht der Praxis

### ***Haben wir noch Zeit für Begegnung?***

Die Spielräume zur Begegnung sind für beide Seiten objektiv enger geworden und bedürfen einer effizienteren Ausgestaltung. Dies betrifft sowohl die stärkere Integration praxisrelevanter Fragestellungen in die Forschung und Lehre wie die stärkere Integration wissenschaftlicher Ergebnisse in die Planungspraxis. Personaleinsparungen haben zu einer Erhöhung der Arbeitsintensität geführt und den zeitlichen Spielraum für einen Austausch mit der Wissenschaft und Lehre sowie konzeptionelle Überlegungen für die Praxis eingeschränkt. Pflichtaufgaben (Verwaltungsvollzug) stehen vor Küraufgaben (Strategie) und die Möglichkeit, die Bereitschaft und der Wille, sich in den wissenschaftlichen Diskurs einzubringen, haben abgenommen. In der Lehre wiederum hat die Einführung des Bachelor-/Mastersystems zu einer deutlichen Verschulung der Universitätsausbildung geführt und den Spielraum für „freies Denken“ eingeschränkt. Um die neue Organisationsform umzusetzen und das vorgegebene Programm zu erfüllen, waren auch die Hochschulen und Lehrenden sehr mit sich selbst beschäftigt und eine Tendenz zur „Vereinzelung“ der Disziplinen ist unverkennbar. Wenn es also um die Frage nach der Zeit für Begegnung zwischen Wissenschaft und Praxis in den letzten zehn Jahren geht, können beide Seiten keine wirklich gute Bilanz ziehen.

### ***Brauchen wir mehr Zeit für Begegnung?***

Man kann natürlich fragen, brauchen wir eigentlich mehr Zeit für Begegnung? Es kann ja sein, dass es eigentlich gar nicht so schlimm ist, wenn sich die Sphären unabhängiger voneinander entwickeln. Das sehe ich allerdings deutlich anders. Obwohl es sich bei den Disziplinen Raumplanung, Städtebau, Architektur, Bauingenieurwesen und Landschaftsarchitektur um „angewandte Wissenschaften“ handelt, ist der Bedarf an wissenschaftlicher Wegweisung, Begleitung und Wirkungsforschung unverändert groß. Umgekehrt verlangen „anwendungsorientierte Wissenschaften“ eine

große Nähe zu praxisrelevanten Fragestellungen, um den Berufsanforderungen gerecht zu werden. Es gibt somit viele Gründe, warum Wissenschaft und Praxis mehr miteinander reden müssten: nicht nur die allgemeinen Fragen der Wissenschaftsentwicklung und ihre Bedeutung für die Praxis, auch die vielen Herausforderungen, Themen und Fragestellungen, die die Praxis beschäftigen und bei deren Lösung sie dringend darauf angewiesen ist, wissenschaftliche Erkenntnisse in ihre Arbeit einzubeziehen.

Was sind die Themen? Globalisierung der Ökonomie, Technologiesprung ins Informationszeitalter, Bevölkerungsentwicklung, Überalterung und neue Haushaltstypen, Internationalisierung und soziale Spaltung der Stadtgesellschaft, Energiewende, Klimawandel und ökologischer Umbau der Städte sowie die Überschuldung der öffentlichen Haushalte sind nur einige, die angesprochen werden müssen. Forschung und Literatur gibt es dazu durchaus, aber die praktischen Folgen für richtige Handlungsweisen unserer Profession sind – wenn wir ehrlich sind – doch noch sehr im Diffusen und Nebulösen. Mit anderen Worten: Es fehlt nicht unbedingt an allgemeinen Analysen und Theorien, ganz bestimmt aber an handlungsorientierten und in der Planungspraxis verwertbaren. Auf einige, die sowohl mit den großen Themen, aber auch mit alten Strukturen und fortlaufenden Entscheidungsbedarfen im Alltag zusammenhängen, möchte ich in der Folge – ohne den Anspruch der Vollständigkeit – eingehen, und zwar auf solche, bei denen ich aus der Praxis heraus besondere Bedarfe an Forschung und Lehre sehe.

### ***Raumforschung***

Wir sprechen gern bedeutungsvoll von „Metropolregionen“, „Regiopolen“ und veranstalten verheißungsvolle Tagungen unter dem Titel „Die Stadt ist die Region“. In Wahrheit reden wir von einer ziemlich hohl gewordenen Regionalplanung, die vielfach ihres Namens kaum mehr würdig ist. Zwar



Prof. Jörn Walter  
Oberbaudirektor Hamburg

haben wir auf Basis der Verflechtungsbeziehungen in den vergangenen 30 Jahren die organisatorischen Strukturen immer weiter ausgebaut und verfeinert, von den Regionalen Planungsgemeinschaften über die Umlandverbände bis zu den besagten Metropolregionen. Haben wir sie aber inhaltlich neu ausgefüllt? Da muss man ein großes Fragezeichen an die Profession der Raumplanung machen. Eine große Herausforderung der Zeit wäre doch ganz zweifellos der Klimawandel und die Umweltplanung gewesen, die möglicherweise ganz andere Anforderungen an die Abgrenzung und Aufgaben der Regionalplanung stellen würde – ein aus meiner Sicht weitgehend unbeackertes, aber lohnendes und notwendiges Feld politikberatender Forschung zur Bewältigung der anstehenden Probleme. Es sind eben nicht mehr nur die Verflechtungsbeziehungen, sondern zum Beispiel umweltpolitische Herausforderungen, die nahelegen, über die Aufgaben der Regionalplanung neu zu denken und aus diesem Blickwinkel vielleicht auch neue Grenzen und administrative Strukturen zu denken, um die Aufgaben besser bewältigen zu können.

Ein Beispiel: Die Metropolregion Hamburg reicht mittlerweile von Cuxhaven bis nach Mecklenburg-Vorpommern hinein und schließt Mittelstädte wie Lübeck ein. Es wird über vieles geredet, aber der Einfluss und die Finanzkraft beschränken sich auf die Ausgestaltung von Grünzügen, Fahrradwegen u. ä. in kleinen Schritten über die Landesgrenzen hinweg, um es einmal etwas polemisch auszudrücken. Es sind keine wirklich handlungsfähigen Strukturen, die etwas bewegen können. Eine zentrale Fragestellung für die ganze Region ist die Zukunft des Hamburger Hafens verbunden mit der hochstreitigen Frage der Elbvertiefung und der damit verbundenen Thematik des passiven Klimaschutzes, also der Hochwassersicherheit, die nun wirklich in jeder Beziehung die ganze Region betreffen. Aber diese Frage wird dort nicht behandelt, sondern auf ganz anderen Ebenen, was uns zu denken geben sollte. Die Erwartung geht also dahin, von der Wissenschaft etwas mehr Hilfestellung zu fordern, die etablierten administrativen Strukturen einmal von der inhaltlichen Seite aufzurollen und damit vielleicht nicht kurzfristig, aber dafür langfristig dem Land mit einem problemadäquaten Verwaltungsaufbau helfen zu können.

Ein anderes interessantes Phänomen mit Fragen an die Wissenschaft der Raumplanung und Regionalökonomie ist, dass es Deutschland mit einem im weltweiten Maßstab sehr kleinteiligen Städte- und Standortsystem geschafft hat, sich auf dem Weltmarkt stark und in Europa zurzeit sogar sehr stark zu positionieren. Dies steht in einem gewissen Widerspruch zur umfangreichen Literatur zur wachsenden Bedeutung der Mega-Cities und Global-Cities im Zuge der Globalisierung. In Deutschland verfügen

wir weder über den einen noch den anderen Typ. Mehr Wissen über die ökonomischen Triebkräfte, die die Stellung Deutschlands trotz der viel zu kleinteiligen Standortstruktur eigentlich sichern – und nicht nur historisch aus der Kleinstaaterei hergeleitet sind –, würde nicht nur der regional-ökonomischen Diskussion auf der nationalen Ebene, sondern auch auf der lokalen Ebene helfen. Vielleicht würde eine solche Debatte auch einige wertvolle Hinweise auf die Bedeutung und das notwendige Maß der laufenden Entleerungs- und Verdichtungsprozesse in der Republik bis hin zur Frage einer stärker inhaltlich und nicht nur politisch geführten Diskussion um die Sinnhaftigkeit einer Länderneuordnung geben.

#### ***Energiewende und Klimawandel***

Auf das Thema der Energiewende und die raumordnerisch relevante Frage des notwendigen Umbaus der Netzinfrastruktur möchte ich hier nicht näher eingehen. Sie richtet sich als Herausforderung aber sehr stark an die Disziplinen der Raumplanung, der Landschaftsplanung und des Bauingenieurwesens, wo auch die Hochschulen ihren Beitrag zu leisten haben. Hier – wie in fast allen mit der Energiewende und dem Klimawandel zusammenhängenden Fragen – ist die fachübergreifende Zusammenarbeit der Disziplinen die vielleicht größte Herausforderung.

Ich möchte dazu in der Folge ein paar Fragestellungen aus der kommunalen Praxis ansprechen, die uns zurzeit stark beschäftigen. Wenn wir zu einer regenerativen Versorgung in unseren Städten kommen wollen, brauchen wir kleinteiligere, flexiblere Nahversorgungsnetze. Die haben wir in den meisten Städten nicht. Dies stellt die Städte ingenieurseitig, juristisch und ökonomisch vor große Herausforderungen, zum Beispiel der Umbau von Hochtemperaturwärmenetzen in Niedrigtemperaturwärmenetze. Neben der Basissicherung durch Großtechnologien muss die Zielrichtung eine quartiersbezogene, regenerative Versorgungsstruktur sein. Hiermit beschäftigen sich nach meiner Wahrnehmung aber an den Hochschulen nur sehr wenige, ganz im Gegensatz zur Flut an hausbezogenen Forschungen, Konzepten und Entwürfen. Auch die juristische Seite solcher Nahversorgungskonzepte bedürfte im Hinblick auf Versorgungssicherheiten, Garantien und Haftungsfragen einer viel präziseren Durchdringung. Die Praxis tastet sich da noch mit vielen Unsicherheiten und offenen Fragen nur vorsichtig voran. Ein weites Feld für Wissenschaft und Lehre, namentlich der Disziplinen Bauingenieurwesen, Jura und Ökonomie.

Eine andere Thematik in diesem Kontext ist der energetische Umbau auf der Hochbauseite. Obwohl kein wirklich neues Thema, konzentriert sich





die Architekturausbildung noch viel zu sehr auf den Neubau und nicht auf die Sanierung und den Umbau unserer Städte. Die energetische Sanierung unserer Altbaubestände konzentriert sich wegen des vorher erwähnten weitgehend fehlenden Quartiersbezugs noch viel zu sehr auf die Dämmung, anstatt auf eine effiziente regenerative Versorgung zu setzen. Nicht nur für die norddeutschen Backsteinstädte ist das zurzeit ein zentrales Konfliktfeld, droht doch die Identität einer ganzen Kulturlandschaft unter Styropor zu verschwinden. Sucht man nach Fachleuten, die solche Sanierungen sowohl handwerklich wie baukulturell wirklich sachgerecht durchführen können, die von alten Bauweisen ebenso viel Ahnung haben wie von neuen Technologien, so wird der Markt sehr schnell ganz klein. Hier besteht großer Handlungsbedarf aufseiten der Lehre, namentlich in den Disziplinen Architektur und Bauingenieurwesen.

Das Thema stellt sich im Übrigen auch im Neubau: Fassaden sind heute nicht mehr nur eine zentrale gestalterische Aufgabe, sondern hoch technisierte, komplexe Systeme, die eine zentrale Rolle bei der Minderung des Energieverbrauchs und der Sicherung der Energieversorgung übernehmen müssen. Ich bin immer wieder überrascht, wie wenig Leute es gibt, die Fassaden unter den vorgenannten Aspekten umfassend konstruieren können, oder anders ausgedrückt, wie viele Disziplinen heute beteiligt werden müssen, die der Architekt nicht mehr verantwortungsvoll

steuern kann, was das Feld für namenlose Projektsteuerer weit öffnet. Die Frage ist, warum das „Architectural Engineering“ noch so wenig in den Studiengängen der Architektur und des Bauingenieurwesens verankert ist, wo sich doch gerade hier ein Masterstudiengang, gespeist aus beiden Grunddisziplinen, anbietet? Es ist am Ende aus meiner Sicht auch eine Frage der Sicherung des Berufsstandes der Architekten, denn viele Bauherren trauen ihnen häufig einfach nicht mehr zu, für eine komplexere Fassade wirklich den Kopf hinhalten zu können.

### **Wirtschaft**

Drei Fragestellungen möchte ich aus Sicht der Praxis mit dem Blick auf Wissenschaft und Lehre auf dem Feld der Ökonomie ansprechen. Fast alle Städte – nicht nur in Deutschland – haben sich in ihrer ökonomischen Politik auf eine Cluster-Strategie eingelassen, versuchen also, im schärfer gewordenen internationalen Wettbewerb bestimmte vorhandene Kerne von Wirtschaftszweigen zu stärken und auszubauen. Von der Wissenschaft empfohlen, verfolgen fast alle Großstädte und Metropolregionen solche Vernetzungsstrategien. Ob das wirklich erfolgreich ist, darüber wissen wir aber wenig. Wenn ich an Hamburg denke, würde ich das für die Luftfahrtindustrie und die Neuen Medien vielleicht bejahen, für das Life-Science-Cluster, Hafen und Logistik oder die sich gerade etablierende

Windkraftbranche schon vorsichtiger sein. Vor allem ist zu konstatieren, das Letztere oder die Kreativwirtschaft noch vor wenigen Jahren gar nicht im Blickfeld der Politik standen, sich also ganz offensichtlich unabhängig von der Cluster-Politik entwickelt haben. Kurzum, hier gibt es meines Erachtens einen großen Wirkungsforschungsbedarf.

Ein zweites Thema, auf das ich aufmerksam machen will, ist das Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Investitionen im Städtebau. Ein Thema, bei dem die euphorische Proklamation von Public-Private-Partnership-Modellen zu Anfang des letzten Jahrzehnts mittlerweile einer gewissen Ernüchterung gewichen ist. Vorurteile und überzogene Erwartungen haben es von Anfang an begleitet – teilweise zu Recht, teilweise zu Unrecht. Klar ist aber aus meiner Sicht, dass mit der Schuldenbremse – so sie ernsthaft bis 2020 durchgesetzt wird – die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben nicht mehr allein durch die öffentlichen Haushalte abgesichert werden kann. Das betrifft Infrastrukturinvestitionen und deren Unterhaltung gleichermaßen. Wenn wir also noch gestalten und erneuern wollen, können wir diese Frage nicht nur unter politischen und moralischen Aspekten beurteilen, sondern müssen Formen finden, wie wir sie so ausgestalten, dass das öffentliche Interesse und der Primat der Politik unbestreitbar fortgelten und trotzdem die Privatwirtschaft in allen ihren Formen, von den Stiftungen über die Unternehmen bis zu den Grundeigentümern, in Stadtentwicklungsaktivitäten eingebunden werden kann und ihre Mittel für die öffentlichen Ausgaben genutzt werden können. Weil ich um die Vorbehalte gerade auch in den Planungswissenschaften weiß, würde ich mir einen nüchternen Umgang und eine offensivere Lehre auf diesem Sektor wünschen. Die Erfahrungen mit den Business Improvement Districts und dem Engagement von Unternehmen und Stiftungen nicht nur auf kulturellem und sozialem Gebiet, sondern auch in der Denkmalpflege und im öffentlichen Raum sind in vielen Fällen durchaus positiv.

Ein anderes Thema, dass ich im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung ansprechen will, ist das der Immobilienökonomie. Die Frage, wie heute eigentlich gebaut wird und wer eigentlich baut, ist nach meiner Wahrnehmung in der Ausbildung der klassischen Disziplinen im Baubereich sehr vernachlässigt worden. Das Feld ist dementsprechend weitgehend den Ökonomen und Juristen in meist privatwirtschaftlich organisierten Studiengängen überlassen worden. Dabei hat sich hier in den letzten 20 Jahren ein neuer und mittlerweile sehr bedeutender Wirtschaftszweig entwickelt. Fast alle großen Unternehmen einschließlich der öffentlichen Hand haben ihre Immobilienwirtschaft zwischenzeitlich zu großen Teilen ausgelagert und bedienen sich zum Planungs-, zum Bau- und zum

Unterhaltungsmanagement Dritter. Selbst bei den Wohnungsunternehmen gewinnt ein professionalisiertes Bau- und Quartiersmanagement mittlerweile sehr an Bedeutung. Dieses große Berufsfeld müssen sich die Planer, Architekten und Ingenieure wieder erschließen, eine dringende Aufforderung an die Lehre in diesen Disziplinen. Es ist wirklich ein Versäumnis, dass sich bislang nur ganz wenige staatliche Universitäten des Aufbaus von immobilienwirtschaftlichen Studiengängen angenommen haben. In diesem Zusammenhang darf auch nicht verdrängt werden, dass die klassischen bauschaffenden Berufsstände hinsichtlich der wirtschaftlichen Seite des Bauens maßgeblich an Autorität und Einfluss verloren haben. Dazu will ich hier gar nicht die Kostenexplosionen der großen Projekte in Deutschland bemühen, sondern könnte die Problematik des kostenstabilen Bauens an vielen Alltagsprojekten erläutern. Es ist gar keine Frage, dass hier viel verloren gegangenes Terrain zurückgewonnen werden muss und die Lehre hier vor einer wirklichen Herausforderung steht.

#### **Städtebau und Baukultur**

Den Begriff Baukultur führen wir seit der Gründung der Bundesstiftung Baukultur viel im Munde, auch wenn es ein sperriger Begriff ist, wie Herr Krautberger in seinem Beitrag zu Recht kritisiert hat. Er gibt mir aber Gelegenheit, ein paar Fragen zur Entwurfslehre anzusprechen, bei denen ich aus der Sicht der Praxis Defizite sehe. Ein Thema ist die Maßstäblichkeit des europäischen Städtebaus im Verhältnis zu der Maßstäblichkeit in vielen Wachstumsregionen auf dieser Welt. Dort werden städtebauliche und architektonische Dimensionen angeboten und offenbar auch nachgefragt, die weitab von unseren Bedarfen und auch der Maßstäblichkeit unserer baukulturellen Traditionen liegen. Ich will nicht darüber urteilen, ob das in China oder dem vorderen Orient angemessen ist – höchstens Fragezeichen anmelden –, aber in unserem Umfeld bin ich in vielen städtebaulichen Wettbewerben doch sehr darüber verärgert, wie viel nur „hochgeblasene“ Architektur man sich unter dem Mantel städtebaulicher Konzepte anschauen muss. Die Lehre vom Maßstab der europäischen Stadt, von ihrer Körnung und Gliederung, ist ganz offensichtlich ins Hintertreffen geraten. Es wäre wünschenswert, dass dem wieder deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Mit dem Thema Körnung ist noch etwas anderes im städtebaulichen und architektonischen Entwurf angesprochen, nämlich welche Größenordnungen bei welchen Nutzungen sich mit welchen Maßstäben verbinden, also die inhaltliche Seite. Man ist manchmal verblüfft, mit welcher Theorielosigkeit und Naivität in Wettbewerben über Wohnwünsche

bislang unbekannter Haushaltstypen, Stadtteile aus Tante-Emma-Läden und Büroraumwünsche einer total entgrenzten Gesellschaft berichtet wird. Vieles ist so realitätsfern, dass selbst innovatives Gedankengut vor der Banalität des Bewährten und meist Überkommenen nicht bestehen kann. Hier bedarf es in der Gebäudelehre schlichtweg der Vermittlung von mehr Wissen über Wohn- und Bürobedürfnisse, heutige Arbeitswelten im gewerblichen Bereich und die Funktionsweise des Handels auf der architektonischen und städtebaulichen Ebene.

Ebenso bedrückend ist die Abwesenheit gestalterischer Ansprüche im Bauingenieurwesen – von Ausnahmen abgesehen, die die Regel bestätigen. Wir stehen in diesem Land vor einer grundlegenden Sanierung und Erneuerung unserer technischen Infrastruktur, was die Straßen, Bahnanlagen, Wasserwege, Brücken, Energie- und Hochwasserschutzanlagen, Ver- und Entsorgungssysteme usw. angeht. Fast alle sind an das Ende ihrer technischen, ökonomischen oder ökologischen Lebensdauer gekommen und die Frage ist schon, ob sie auf dem Niveau des Industriezeitalters des 19. Jahrhunderts oder der Betonwüsteneien der Massenproduktionsgesellschaft des 20. Jahrhunderts wiedererrichtet und erneuert werden. Wenn sich die brutalen Eingriffe und Schäden, die wir den Städten und der Landschaft in der Nachkriegszeit zugefügt haben, nicht wiederholen sollen, dann braucht es einen massiven Ausbau der Entwurfslehre im Bauingenieurwesen. Diese muss städtebauliche, architektonische und landschaftsplanerische Aspekte ebenso einbeziehen wie umweltpolitische. Eine schöne und nicht nur funktionierende Straße zu entwerfen, muss Aufgabe schon im ersten Semester sein. Nur am Rande möchte ich bemerken, dass ich es nie verstanden habe, warum sich die Bauingenieure des 20. Jahrhunderts die anerkannt verbliebenen entwerferischen Aufgaben – beispielsweise im Brückenbau – von den Architekten haben wegnehmen lassen, wenn ich an die epochalen Bauwerke der Ingenieurskunst aus früheren Jahrhunderten zurückdenke.

Ein letzter Hinweis zum Thema Entwurfslehre: Nach meinem Eindruck ist sie immer noch zu sehr auf die europäischen Innenstädte fixiert. Dieses Bild tragen wir mit einer Mächtigkeit in uns, die mit den Aufgaben, mit denen viele Studierende konfrontiert sein werden, ob nun als Architekten oder Planer, nicht mehr so viel zu tun hat. Zwar wird in den Innenstädten immer noch gebaut, aber es finden keine großen Veränderungsprozesse mehr statt, wie zuletzt nach der Wiedervereinigung in den ostdeutschen Städten. Man muss Bauanträge beurteilen können, eine wichtige, aber eben doch überschaubare Aufgabe. Die großen gestalterischen Flächenthemen liegen nach den Konversionsaufgaben eher in der inneren Peripherie, also

in jenen Zonen, die sich um die geschlossen bebauten Kerne herumziehen und im Wesentlichen in der Nachkriegszeit nach sehr heterogenen Mustern bebaut wurden. Entwurfslehre bezogen auf die Urbanisierung dieser Zonen unter den Bedingungen moderaten oder stagnierenden Wachstums ist noch nicht sehr verbreitet. Sicherlich ist im Nachgang zum Buch von Tom Sieverts viel auf der analytischen Seite in Gang gekommen, entwerferisch durchdrungen ist dieses Feld mit einer gewissen Ausnahme in der Landschaftsplanung aber bei Weitem nicht.

### **Soziale Stadt und Zivilgesellschaft**

Die Städte stehen in sozialer Hinsicht vor neuen Zerreißproben. Die einen haben zu wenige und zu teure Wohnungen, die anderen haben zu viele. Keine Frage, die soziale Spaltung der Stadtgesellschaften schreitet voran. Dies ist neben dem Auseinanderdriften von hohen und niedrigen Einkommen in hohem Maße auf den Umbau unserer Gesellschaft von der staatlich gesicherten Wohlfahrt zur stärker privat zu verantworteten Vorsorge in allen sozialen Sicherungssystemen zurückzuführen und von daher auch nur wenig von der kommunalen Seite zu beeinflussen. Die Folgen schlagen sich aber in den Städten nieder. Um nur einen Indikator zur Dimension des Problems zu benennen: Von den rund 900.000 Haushalten und rund 1,8 Millionen Einwohnern in Hamburg haben wir inzwischen knapp 190.000 Haushalte mit rund 450.000 Menschen, die in irgendeiner Form (SGB, Hartz IV, Wohngeld) Kosten zur Unterkunft erstattet bekommen, also ihre Miete nicht mehr oder nicht mehr ganz aus dem eigenen Einkommen aufbringen können. Das ist ein Viertel unserer Bevölkerung! Dies schlägt sich in den lokalen Nachbarschaften nieder und die Frage, wie wir sie stabilisieren, gewinnt an Bedeutung. Dies ist für die Wohnungswirtschaft und die Städte eine große Herausforderung und man würde sich aus den Sozialwissenschaften mehr strukturelle Beiträge wünschen, wie wir im Hinblick auf Mischung, Quartiersmanagement und die städtebaulichen Erneuerungsprogramme damit umgehen können.

Die soziale Frage schlägt sich mittlerweile auch in vielen städtischen Widerstandsbewegungen nieder, parallel zu vielen vom bürgerlichen Mittelstand geprägten Bewegungen gegen infrastrukturelle Großprojekte, gesellschaftspolitischen Veränderungen und auch dem Bauen in der Nachbarschaft. Die Zivilgesellschaft artikuliert sich unüberhörbar. Inhaltlich soll hier nicht auf die Ursachen und notwendigen materiellen Veränderungen eingegangen werden. Ansprechen möchte ich vielmehr die formale Seite der Auseinandersetzungen über Bürger- und Volksentscheide und die Angemessenheit der etablierten Beteiligungsmöglichkeiten in unseren





Bebauungsplan-, Planfeststellungs- und Baugenehmigungsverfahren. Zum einen bedarf es meines Erachtens eines neuen Austarierens zwischen direkten und indirekten Demokratieelementen in unseren Planverfahren, zum anderen eines neuen Nachdenkens über bessere und effizientere Beteiligungsmöglichkeiten. Das heißt zum Beispiel zu hinterfragen, zu welchem Zeitpunkt und auf welcher räumlichen Ebene Bürger- und Volksentscheide in Planverfahren sinnvoll sind, ob ein Verzicht auf eine frühzeitige Beteiligung und die Beschränkung auf Planungsbetroffene in Planfeststellungsverfahren noch opportun sind, ob ein Erörterungstermin nicht auch in Bebauungsplanverfahren sinnvoll sein könnte oder ob der gänzliche Ausschluss einer Bürgerbeteiligung im Baugenehmigungsverfahren – dort, wo es für den Bürger konkret und anschaulich wird – noch zeitgemäß ist. Hier stellen sich viele Fragen an die Wissenschaft, namentlich an die Juristen, aber auch an die Raumplaner, Architekten, Bauingenieure und Landschaftsplaner. Ich vermisste hier – von Ausnahmen abgesehen – geistreiche und gehaltvolle Impulse, die der Debatte mehr Grundsätzlichkeit und strategische Neuorientierung geben und sich nicht in der ewigen Klage über diesen oder jenen Mangel in diesem oder jenem Verfahren verlieren.

#### ***Die Praxis braucht mehr Begegnung mit der Wissenschaft***

Wenn im Vorangegangenen einige Erwartungen an Wissenschaft und Lehre ausgesprochen wurden, dann ist das nicht als Kritik, sondern – das

werden Sie sicher herausgehört haben – in großen Teilen auch als Selbstkritik zu verstehen. Die Praxis ist keineswegs so gut wie sie sein sollte. Die Praxis braucht die Wissenschaft und die Lehre und müsste sich dafür wieder deutlich mehr Zeit nehmen, die sie eigentlich nicht hat. Die Wissenschaft könnte ihr dabei helfen, indem sie deutlich mehr ex-post-Forschung betreibt, also Erfahrungen systematischer auswertet, die Theoriebildung zu den neuen sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen vorantreibt und vor diesem Hintergrund die Planungsverfahren, Instrumente und gesetzlichen Vorschriften hinterfragt. Sie darf dabei durchaus etwas fundamentaler und radikaler sein, als es der Praxis erlaubt ist. Die Lehre muss den Studenten wieder mehr Zeit zum Denken geben. Die Verschulung ist keine zwangsläufige Folge der Einführung des Bachelor-/Master-Systems, sondern in vielen Teilen ein hausgemachtes Problem der Universitäten selbst, deren Lehrende ja wiederum in den übermächtigen Anerkennungskommissionen sitzen. Das muss alles nicht so sein. Eine gute Vorlesung oder ein längerfristiges Projekt ist manchmal besser als zwei mittelpträgige oder viele oberflächliche Stegreif-Entwürfe. Es muss dringend etwas geschehen, damit aufseiten der Studierenden wieder eine Kultur der Nachdenklichkeit und eigenverantwortlichen Wissensaneignung einziehen kann. Darauf kommt es an.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

# Am Beginn einer Stadtentwicklungsepoche der Resilienz?

## 1. Einleitung: Das Ende einer Epoche

Viele Stadtplanungsprobleme in den reichen Nationen der westlichen Welt sind Folgen eines historisch vorher nie dagewesenen breiten Wohlstands, der im letzten halben Jahrhundert entstanden ist. Einige Beispiele: Die spezifische Wohnfläche, die jeder von uns im Durchschnitt benutzt, hat sich in dieser Zeit mehr als verdreifacht. Damit hat sich die effektive Einwohnerdichte und damit auch die soziale Dichte auf ein Drittel verringert. Es ist in diesen 50 Jahren mehr Bauvolumen errichtet worden, als in den letzten 5.000 Jahren insgesamt. Entsprechend groß ist der Erneuerungsbedarf. Die Automobilität ist von 10 auf 50 Autos pro 100 Einwohner gestiegen. Die Unterbringung der Autos verursacht mehr Kopfzerbrechen als die Unterbringung der Menschen. Ohne diese breite Automobilität hätte Suburbia nicht entstehen können: Auch Suburbia ist eine Folge des Wohlstands. Vieles von dem Wohlstand wird verschwendet, wir haben von allem mehr als wir brauchen. Wir wissen, dass die materiellen Wachstumsraten, die zu diesem Wohlstand geführt haben, schon längst die natürlichen Lebensgrundlagen zerstören: Wenn wir diesen Zerstörungsfaktor einrechnen, haben wir schon seit mindestens zwei Jahrzehnten kein positives Wachstum mehr. Die Entwicklung kann und darf so nicht weitergehen. Es erscheint fast so, als ginge in der langen Geschichte der Stadt ein vergleichsweise kurzes Zwischenspiel zu Ende, ohne dass wir wüssten, was kommen wird.

## 2. Neue existenzielle Probleme der Stadtentwicklung

Es erscheint nicht mehr unwahrscheinlich, dass wir in Zukunft wieder mit existenziellen Problemen in Form von neuen Lasten und Chancen in der Stadtplanung konfrontiert sein werden, griechische Verhältnisse können in jedem europäischen Staat aufbrechen. Viele Probleme werden in ihrer Härte durchaus vergleichbar sein mit Existenzproblemen, die die Industrielle Revolution und ihre Folgen

der Stadt beschert haben. Historische Vergleiche könnten unseren positivistischen Sichtweisen vielleicht mehr zeitliche Tiefen geben und uns warnen, zu fortschrittsgläubig und unkritisch-optimistisch zu sein.

Es könnte zum Beispiel produktiv sein, eine Spekulation über die Zukunft der europäischen Städte in einen größeren historischen Zusammenhang zu stellen, festgemacht am Wandel der Energieformen: Wenn wir die großen Umwälzungen in unseren Städten in den letzten 200 Jahren beobachten, stellen wir fest, dass diesen Umwälzungen jeweils eine Umstellung auf neue Basis-Energien zugrunde lag: die Umwälzungen von der auf Wasserkraft, Holz- und Torfenergie beruhenden Agrar- und Handwerkerstadt im 19. Jahrhundert zur kompakten Industrie- und Eisenbahnstadt auf der Basis von Steinkohle, ebenso wie die erneute Umwälzung von der kompakten Industriestadt zur weitläufigen Dienstleistungs-, Konsum- und Autostadt im 20. Jahrhundert auf der Basis von Erdöl. Bisher hat noch jede Umstellung der Basis-Energiequellen zu einer grundlegend anderen Stadtform geführt und es würde somit unseren historischen Erfahrungen widersprechen, wenn die Umstellung auf erneuerbare Energieformen nicht ebenfalls wieder zu tief greifenden Umwälzungen in unseren Städten führen würde, verbunden mit Zerstörungen, aber auch mit neuen Chancen, denn bei den erneuerbaren Energieformen haben wir es nicht mehr mit einer einheitlichen Energieform zu tun wie bei den vorherigen Umwälzungen, die dann auch vereinheitlichend gewirkt haben, sondern mit einer Vielfalt von Energieformen (Sonne, Erdwärme, Biogas, Abwärme, Wind, Wasser ...), die – je nach geografischer Lage und unterschiedlichen Orten – in verschiedener Verfügbarkeit, Stärke und Zusammensetzung auftreten. So eröffnet sich die Möglichkeit, mit der Zeit durch schrittweisen Umbau und Transformation wieder durchaus örtlich und regional unterschiedlich geprägte Stadtformen entstehen zu lassen. Ein Beispiel für neue Chancen in der Stadtgestaltung!



Prof. em. Thomas Sieverts  
TU Darmstadt

Das sind noch sehr allgemeine Spekulationen, denn welche Folgen die erneuerbaren Energien im Einzelnen haben werden, kann heute niemand voraussagen. Werden zum Beispiel konzentriert angebotene Energieformen zu Verdichtungen führen und dezentral-flächig zur Verfügung stehende Energieformen eher zu lockeren, dezentral organisierten Stadtformen und dezentralen Lebensstilen? Aber es scheint auf jeden Fall wahrscheinlich, dass auch die nächste Umstellung auf neue Energieformen neben neuen Chancen auch von schweren Belastungen begleitet sein wird. Denn die nächsten Umwälzungen werden ein Bau- und Stadtgefüge von historisch unvergleichbarer Komplexität treffen sowie eine in ihrer Abhängigkeit von komplexen technischen Systemen und in ihrer unökologischen Lebensweise höchst verwundbare Gesellschaft!

Erschwert werden dürften die Umstellung und die Transformation der Stadt noch dadurch, dass sich aller Voraussicht nach die materielle Wohstandsentwicklung der letzten 50 Jahre in Europa nicht einfach fortsetzen wird: Ökologische (einschließlich klimatische) Belastungen setzen Grenzen, das Leben auf Pump wird ein Ende finden müssen und globale wirtschaftliche Krisen werden eher einen Normalzustand als die Ausnahme bilden. Eine abnehmende, alternde und ärmer werdende Bevölkerung muss ein riesiges Bauvolumen und eine riesige Infrastruktur unterhalten und gleichzeitig transformieren sowie sich dabei noch auf eine neue Lebensweise einstellen.<sup>1</sup>

Kurz: Die europäischen Städte müssen sich auf tiefe Krisen vorbereiten! Vielleicht könnte auch hier ein historischer Rückblick zugleich hilfreich und ernüchternd wirken: Wie sind die Städte in ihrer langen Geschichte zum Beispiel mit den Folgen der Pest und mit den Zerstörungen der Feuersbrünste umgegangen, ohne ihre Identität zu verlieren? Haben wir eigentlich schon richtig begriffen, in welchem Maße die europäischen Städte in Ost und West in den letzten 50 Jahren vom höchst robusten Bau- und Infrastrukturerbe des langen 19. Jahrhunderts (bis 1918) gelebt haben? Wie zum Beispiel die alten Handpumpen in Berlin aus dem 19. Jahrhundert, die an jeder Straßenecke standen, das Überleben der Bevölkerung bei Ende des Zweiten Weltkriegs gesichert haben? Wie sieht es in dieser Hinsicht mit unserer Infrastruktur heute aus? Wie stand es in der langen Geschichte der Stadt mit den Kräften lebendiger Selbstorganisation als Ausweg aus den Krisen, von der großen Depression Ende der Zwanzigerjahre des vorigen Jahrhunderts mit ihren Selbsthilfesiedlungen über die Kriegszerstörungen und die Mangelversorgung des Zweiten Weltkriegs mit ihrem Ausweichen in die Schrebergärten bis hin zur Selbstversorgung in den Städten Osteuropas nach dem Zusammenbruch

der Sowjetunion aus den Produkten der Datschen und Kleingärten? Dies sind Fragen nach den unmittelbaren Auswirkungen von Krisen auf das tägliche Leben.

Ganz andere Fragen zielen auf Auswirkungen der Umstellung auf erneuerbare Energien auf die Struktur der Wirtschaft: Sowohl die Industrielle Revolution wie auch der Siegeszug von Erdöl und Erdgas waren jeweils mit langjährigem wirtschaftlichem Aufschwung verbunden, basierend auf der Montanindustrie beziehungsweise auf der Automobilindustrie und dem Fernstraßenbau.

Wird die Wende zu den erneuerbaren Energien ebenfalls zu einer neuen Gründerzeit führen, die mit der Entwicklung und Produktion der Solar-, Bio-, Geo- und Windenergietechnologien zum Motor eines neuen, langen wohlstandschaffenden kontraktischen Wirtschaftszyklus und gleichzeitig zum Antrieb einer grundlegenden Stadttransformation werden wird? So betrachtet, können in der Umstellung auf erneuerbare Energien auch Chancen für einen neuen, ökologisch vertretbaren Wohlstand liegen!

Für den Klimawandel fehlt es uns an historischen Beispielen, aber auch in der Geschichte hat es Völkerwanderungen aus Gründen des Überlebens und der Nahrungssuche gegeben! Der Klimawandel wird wahrscheinlich einerseits durch Ansteigen des Meeresspiegels und andererseits durch Trockenheit zur Verdrängung ganzer Völkerschaften und damit zu großen weltweiten Flüchtlingsströmen führen. Wie ist die Herausforderung der friedlichen weltweiten Aufnahme und Integration solcher Flüchtlingsströme zu bewältigen? Was bedeutet das für die Städte?

Alle diese Überlegungen führen zu Fragen nach Art und Qualität einer zukünftigen Lebensqualität und ihrer Messung: Wie schon angedeutet, wird in Zukunft in der Masse der Bevölkerung der materielle Wohlstand wohl eher abnehmen. Das muss nicht unbedingt mit einer Verschlechterung der Lebensqualität verbunden sein: In den letzten Jahrzehnten ist das statistisch gemessene Wachstum des Bruttosozialprodukts – wie schon angedeutet – durch die damit verbundenen irreversiblen Naturzerstörungen real zu einem Negativ-Wachstum geworden. Wird es gelingen, einen neuen, verbindlichen Wohlstands-Index durchzusetzen, der auch nichtmaterielle Qualitäten einbezieht und Naturzerstörungen negativ einrechnet? Eine solche Entwicklung könnte dazu führen, wieder stärker dezentral und regional zu wirtschaften und wieder stärker seinen Alltag in örtlich-regionalen Bezügen zu leben.

Niemand hat eine Antwort auf derartige Fragen. Die weitere Entwicklung ist heute ebenso unbestimmt, wie sie für die Zeitgenossen der jeweiligen Umbruchzeiten seinerzeit auch gewesen ist.



In einer solchen Situation der Unbestimmtheit stellt sich die dringende Frage nach der Robustheit und Anpassungsfähigkeit der Städte, derartigen schweren Belastungen und Umwälzungen gewachsen zu sein, ohne ihre Identität, ihre Eigenart vollständig zu verlieren. Dies ist die Frage nach der Resilienz!<sup>2</sup>

Das Denken und die Förderung von Resilienz setzen eine bestimmte Grundhaltung voraus, begründet auf Erfahrungen und realistischer Vorstellungskraft. Die Voraussetzungen für die Entwicklung einer solchen, auch politisch wirksamen Grundhaltung sind derzeit schlecht: Die gegenwärtigen politischen Trends weisen nicht in Richtung Resilienz, im Gegenteil: Boden- und Baupolitik haben keine Priorität, sie stehen auf der politischen Tagesordnung ganz unten, in Wahlkämpfen spielen sie keine Rolle. Es fehlt ebenso an lebendigem Zeitgeschichtsbewusstsein wie an lebendigen Zukunftsvorstellungen. Die große Depression Ende der Zwanzigerjahre des vorigen Jahrhunderts liegt schon jenseits zeitgeschichtlicher Erinnerungen. Die Erinnerungen an die Bewältigung der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs in den Städten, als wir unsere Wohnungen mit anderen teilten, in Schichten zur Schule gingen und jeder Park ein Kartoffelacker war, verblassen; die großen Naturkatastrophen scheinen uns nicht zu betreffen und das gegenwärtige Bauen und Entwickeln ist auf kurzfristigen Gewinn, nicht auf robuste Dauerhaftigkeit angelegt.

Die spezifischen Flächen pro Einwohner, zum Teil auch pro Arbeitsplatz, wachsen noch immer, es ist noch immer keine Beschränkung auf recyclingfähige Baumaterialien und Baukonstruktionen in Sicht (die Bauabfallberge wachsen weiter, angereichert mit toxischen Stoffen, sie bilden die Hälfte aller Abfälle in Deutschland), die guten Böden werden weiter bedenkenlos dem Bauen geopfert und die Baunormen werden weiter, je nach Brancheninteressen, ohne Abstimmung untereinander maximiert.

### **3. Auf dem Wege zur Resilienz unter Bedingungen der Unbestimmtheit**

Um in einer solchen Situation überhaupt Gehör zu finden und Aussicht auf Erfolg zu haben, müsste eine resilienzfördernde Haltung heute vorsorgende Weitsicht mit einem Nutzen für die Gegenwart verbinden. Zur Veranschaulichung sollten einige Beispiele dienen:

Am Beispiel des noch vor wenigen Jahrzehnten in den Bauordnungen vorgeschriebenen „Not-Kamins“ in jeder Wohnung – unabhängig vom Vorhandensein zentraler Heizungsanlagen – lässt sich das skizzierte Prinzip erläutern: Heute ließe sich ein solcher Kamin kaum noch vorschreiben, die Erinnerungen an die große Wirtschaftskrise von 1929 und an die Notzeiten des Zweiten Weltkriegs sind verblasst. Aber über die Popularität

von offenen Feuerstellen – und sei es ein geschlossener, aber transparenter „Schwedenofen“ – ließe sich durchaus für einen zusätzlichen Kamin werben!

Ein weiteres Beispiel aus dem Wohnungsbau: Für eine unmittelbare Erschließung aller Räume, die zudem von etwa gleicher Größe sein sollten, würde man mit sich schnell verändernden Formen des Zusammenlebens, die immer andere Raumkombinationen verlangen, (zum Beispiel unterschiedliche Familienformen, Einheit von Wohnen und Arbeit etc.) argumentieren können. Damit wären zugleich auch die Bedingungen für eine unter Umständen erforderliche erhöhte Belegung verbessert und dem sozialen Frieden wäre gedient.

Ein drittes Beispiel: Heute schon wird diskutiert und auch gefordert, dass städtische Freiflächen produktiv sein müssen, zum Beispiel in ihren Beiträgen zur kulturellen Integration, zur Klimaverbesserung und zur Nahrungsmittelproduktion.<sup>3</sup> Das wäre eine Disposition von Parks, die sich weiterentwickeln und ausbauen ließe und die auch für Notzeiten taugen würde. Viele europäische Städte haben mit ihrem im Allgemeinen historisch abgeschlossenen Stadtwachstum und mit ihrem noch vorhandenen Wohlstand vergleichsweise gute Voraussetzungen für eine resilienzfördernde Haltung, wenn sie die erforderliche Erneuerung und den laufenden Umbau in Richtung Resilienz nutzen. Die wenigen noch wachsenden Metropolräume können ihre Dynamik für die große Transformation einsetzen.

Prognosen sind – wie schon angedeutet – in einer solchen Umbruchsituation nicht möglich, wir können die Zukunft ebenso wenig voraussagen wie die Menschen in der Vergangenheit: Hätte James Watt als Erfinder der Dampfmaschine die Industrielle Revolution und ihre Folgen für die Städte vorhersehen können? Hätte Gottlieb Daimler nach der Erfindung des Autos die Folgen für die Stadtentwicklung erkennen können?

Wenn wir schon nicht wissen können, wie die Städte der Zukunft aussehen werden, sollten wir unsere Energien nicht so sehr für Prognosen verwenden, sondern wir sollten die Unbestimmtheit als Freiheit interpretieren, das, was zu tun ist, nach unseren heutigen Maßstäben so haltbar, gut und so schön zu machen, wie wir es vermögen, aber so, dass zukünftige Generationen es auch anders nutzen, verändern und daran weiterarbeiten können, nach ihren Bedürfnissen.

In dieser Situation, in der niemand ein klares Rezept haben kann, ist wahrscheinlich ein tastendes, ausprobierendes Verhalten angemessen, um unterschiedliche Verfahren und Konzepte zu entwickeln und zu prüfen, ob und wenn ja, wie und warum sie sich bewähren. Aber dieses experimentelle Verhalten müsste theoretisch angeleitet werden und für diese

theoretische Anleitung bietet die Theorie der Resilienz gute Grundlagen. Denn der Begriff der Resilienz fasst eine ganze Reihe von Merkmalen und Systemeigenschaften zusammen, die für die theoretische und praktische Durchdringung des aufgespannten Problemfelds nützlich sind.

Im Wörterbuch (Pons, 1984) wird *resilience* mit „Unverwüstlichkeit“ übersetzt, ohne weitere Bedeutungen. In der Wikipedia-Enzyklopädie wird Resilienz auf psychische und ökologische Systeme bezogen: „Resilienz wird synonym für die Elastizität ökologischer Systeme benutzt. Elastizität ist ein Maß für die Geschwindigkeit, mit der ein Ökosystem, das von einer Störung ausgelenkt wurde, in seinen Ausgangszustand zurückkehrt.“

In der Psychologie bezeichnet Resilienz die Aufrechterhaltung psychischer Gesundheit unter starkem Stress (zum Beispiel Lebenskrisen, Krankheit, Verlust eines nahen Menschen). Aufrechterhaltung der psychischen Gesundheit ist eine Voraussetzung zur Bewahrung der persönlichen Identität. Die Begriffe „Elastizität“, „Gesundheit“ und „Identität“ lassen sich zwanglos auf „Stadt“ übertragen, wenn man nicht vergisst, dass Vergleiche von biologischen und psychologischen Systemen mit Stadt grundsätzlich problematisch und nur metaphorischer Art sind. Der Begriff „Stress“ ist in Bezug auf Stadt eher ungebräuchlich, aber doch eine handliche Zusammenfassung von schweren Belastungen, zu denen zum Beispiel neben Naturkatastrophen auch Flüchtlingsströme, Wirtschaftskrisen oder schnelle Erschöpfung der fossilen Energien gehören können, ebenso aber auch beispielsweise ein Zusammenbruch des sozialen Friedens oder mangelnde Mittel zur Erhaltung von Infrastruktur.

Der Begriff der „Resilienz“ (Unverwüstlichkeit) muss, um seine Bedeutung und Kraft als etwas Besonderes zu erhalten, unterschieden werden von „Adaption“ (Anpassung) und „Mitigation“ (Beeinflussung). Resilienz hat einen Charakter: Resilienz steht wesentlich für die Erhaltung von Identität unter großen existenziellen Belastungen.

Vom Begriff der „Nachhaltigkeit“ unterscheidet sich der Begriff der „Resilienz“ in seinem Wesenskern, seiner Perspektive: Während die „Nachhaltigkeit“ eher die Erhaltung des Ganzen, die Einbettung in den Kontext der Umwelt im Blick hat, schaut die „Resilienz“ eher auf die Erhaltung der spezifischen Eigenart, des besonderen, eigenen Charakters im Kontext der Umwelt.

Resilienz in der Raumplanung könnte man vielleicht auch umschreiben mit „Nachhaltigkeit mit stabilem Charakter“.

#### 4. Merkmale von Resilienz

Dem Begriff der Resilienz kann man sich von verschiedenen Seiten aus

nähern: etwa von den Zielen her, die man mit Resilienz anstrebt, oder auch von zentralen Merkmalen her, die Resilienz kennzeichnen, und nicht zuletzt auch von einer Klassifizierung unterschiedlicher Resilienzformen in der Praxis.

Es lassen sich fünf einfache Ziele benennen, die mit Resilienz angestrebt werden:

- Ressourcenschonung durch Langlebigkeit
- Einfache Reparierbarkeit durch Fehlerfreundlichkeit
- Milderung der Diskrepanz zwischen Langlebigkeit der gebauten Struktur und Kurzlebigkeit der Nutzungen durch Redundanz
- Nutzungsoffenheit und Flächeneinsparungen durch Mehrfach-Codierungen
- Energieeinsparungen durch günstige Raumkonstellationen und Baukonstruktionen

Folgende Merkmale kennzeichnen eine resiliente Struktur:

- Redundanz: Ein geringes Mehr an Erschließung, Fläche und Ausstattung erleichtert Anpassung ohne großen Aufwand.
- Austauschbarkeit: Die einfache Austauschbarkeit von ausgedienten Systemen ermöglicht gleichzeitig Erhalt und Modernisierung ohne Zerstörung.
- Spielraum: Spielraum im Sinne von nicht auf Dauer festgelegtem, veränderlichem Raum bietet Beweglichkeit in der Zukunft.
- Dezentralität: Dezentralität fördert Selbstorganisation und kleinteiligen Wettbewerb, aber auch einfachere Anpassung an neue Bedingungen.
- Zeitfenster: Die Wahrnehmung von Zeitfenstern, in denen sich Eingriffserfordernisse unterschiedlicher Art häufen, erleichtert zeitlich und sachlich gebündelte Eingriffsmöglichkeiten und damit einen einfacheren Systemwechsel.
- Kreislauf: Städtebau, Bauproduktionen und alle Flächennutzungen müssen in langen, unterschiedlichen Zyklen und Kreisläufen gedacht und angelegt werden.
- Zuwendung: Zuwendung mit Rücksicht, Vorsicht und Umsicht bildet die Grundbedingung für sorgfältigen Erhalt.

Eine solche Begrifflichkeit führt – konsequent angewendet – zu einem anderen Charakter der Baukultur: Der in der Moderne vorherrschende Funktionalismus muss einem Städtebau und einer Architektur weichen, die viel nutzungsöffener und aus ökologischen Gründen viel dauerhafter ist, als es die klassische Moderne war, um gleichzeitig knappe Ressourcen effizient einzusetzen und um der offensichtlichen Unbestimmtheit der Zukunft entsprechen zu können.



Die unterschiedlichen Ziele und Merkmale können von ganz unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Realisierungsformen materialisiert und konkretisiert werden: Bei der Suche nach Beispielen in der Praxis stößt man auf ganz unterschiedliche Formen von Resilienz. Diesen unterschiedlichen Formen und ihrer Weiterentwicklung lassen sich im Allgemeinen bestimmte wissenschaftliche Disziplinen beziehungsweise Expertisen zuordnen:

- Resilienz durch robuste technische Konstruktion: Der klassische Fall eines Bauwerks, das fern der Zivilisation auf sich gestellt ist, wie zum Beispiel ein Leuchtturm in der Arktis, dessen Robustheit auch ohne menschliche Eingriffe garantiert sein muss. Das ist ganz offensichtlich das Feld der Ingenieurwissenschaften!
- Resilienz durch kontinuierliche Zuwendung, Pflege und Reparatur: Das hölzerne Segelboot beziehungsweise das reetgedeckte Holzhaus etwa garantiert trotz Fragilität bei regelmäßiger Pflege, Reparatur und Bauteilaustausch eine dauerhafte Unverwüstlichkeit. Das liegt in der Verantwortung des Handwerks.
- Resilienz durch kulturelle Qualitäten, Ästhetik und geschichtliche Bedeutung als Anmutungsqualitäten, die auf Dauer geschätzt werden und sogar an Wertschätzung so gewinnen können, dass sie auch gegenüber ökonomischen Argumenten verteidigt werden. Ich bin der Überzeugung, dass es strukturelle Merkmale von Architektur und Außenraum gibt, die so robust sind, dass sie auch kulturell und ästhetisch überdauern! Zur Erforschung einer resilienten kulturellen

Qualität haben Bau- und Kunstgeschichte ebenso beizutragen wie Semiotik und Kulturwissenschaften.

- Resilienz durch dauerhafte Nutzbarkeit bei geringen Folgekosten: Langlebigkeit bei geringen Reparatur-, Anpassungs- und Betriebskosten. Hierfür sind Architekten und Bauökonominnen zuständig.
- Resilienz durch robuste Bau- und Stadtgefüge: Vielseitig deutbare Stadtgrundrisse, Erschließungsmuster und unterschiedliche Parzellenzuschnitte ermöglichen den schrittweisen Austausch von Gebäuden und Nutzungen (Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit). Diese Art von Resilienz kann nur mit einem langfristig angelegten Städtebau erreicht werden: Eine Verantwortung der Gebietskörperschaften!
- Resilienz durch die Rekombination von Stadtelementen: Die Stadt als „Hardware“, die immer neu programmiert wird, ergänzt von geringfügigen, revidierbaren Umbaumaßnahmen in Leichtbauweise. Die Realisierung dieser Resilienzform setzt eine große Beweglichkeit der Verfügungsmöglichkeiten von Gebäuden voraus und damit eine grundlegend reformierte Eigentums- und Bodenpolitik.
- Resilienz durch „Perspektivischen Inkrementalismus“: Jede Umbau- beziehungsweise Neubau- oder Ersatzmaßnahme muss einen Beitrag zum öffentlichen Raum, zum städtebaulich-räumlichen Zusammenhang und zur Durchlässigkeit leisten. Eine ernsthafte Verfolgung dieses Ziels erfordert eine veränderte Bauordnung mit verändertem Baugenehmigungsverfahren.



- Resilienz durch radikale Dezentralisierung und regionalisierte Lebensweisen, gekennzeichnet von einer neuen „Sesshaftigkeit“, gepflegt von einer Generation, die von Lebensbeginn an mit den ubiquitär verfügbaren, raumüberspringenden Medien und Informationszugängen aufwächst. Hier haben wir es mit einer umfassenden gesellschaftspolitischen Neuorientierung als Querschnittsaufgabe zu tun!

Die sieben verschiedenen Formen von Resilienz sind in ihrer Reihenfolge etwa geordnet von „technischer Resilienz“ über „Resilienz in Verantwortung der Gebietskörperschaften“ bis zu Formen der Resilienz, die umfassendere gesellschaftspolitische Fragen aufwerfen.

Vielleicht werden sich unterschiedliche Resilienztypen herausbilden und durchsetzen, etwa der Typ „robuste, schwere, pflegearme und langlebige Konstruktion mit geringen Betriebskosten und großer Nutzungsoffenheit“ im Kontrast zu einem Typ „fragile, leicht ausbaufähige Konstruktion von hoher ästhetischer Qualität, resistent durch dauerhafte Zuwendung, Pflege und Austausch recyclingfähiger Elemente“ und nicht zuletzt zum Typ „Resilienz vorwiegend durch Lebensstil und Verhalten“. Die letztgenannte Form von Resilienz verweist auf die Notwendigkeit, dass bei allen vorwiegend auf die physische, gebaute Struktur gerichteten Untersuchungsansätzen immer mitbedacht werden muss, dass für gesellschaftliche Stressbewältigung passende räumliche Strukturen zwar hilfreich und unterstützend sind, dass aber der Kern der Stressbewältigung im politischen, sozioökonomischen und im soziokulturellen Bereich liegt.

So betrachtet, hat der Begriff der „Resilienz“ eine ziemlich breite Bedeutung und steht sowohl für eine bestimmte ethische Grundhaltung und Einstellung gegenüber dem Planen und Bauen als auch für bestimmte, technisch-wirtschaftlich bestimmbare Merkmale und nicht zuletzt für bestimmte Verhaltensweisen.

### 5. Wirtschaftliche Überlegungen

Zu einer theoretischen Anleitung des Experimentierens gehören auch wirtschaftliche Überlegungen. Es wäre ein Fehler anzunehmen, die skizzierten Prinzipien würden in den Kosten nicht zu Buche schlagen: Resilienz ist nicht umsonst zu haben. Redundanz erzeugt Mehrkosten gegenüber einer eng maßgeschneiderten Konzeption; aber auch eine anspruchsvolle, auf Dauer angelegte Gestaltung und eine kontinuierliche Zuwendung und Pflege kosten ihr gutes Geld. Es bedarf der Abwägung, wie viel Vorsorge der Gesellschaft wert ist. Zu dieser Abwägung gehören zum Beispiel auch

Stresstests unter unterschiedlichen Annahmen zur Wahrscheinlichkeit und Heftigkeit bestimmter Ereignisse.

Zum Teil könnten die Mehrkosten aber auch aufgefangen werden durch mehr Bescheidenheit und geschicktere Gestaltung, wie beispielsweise

- Reduktion der in den letzten Jahrzehnten aufgeblähten spezifischen Flächen pro Einwohner beziehungsweise pro Arbeitsplatz auf das Notwendige. Ein analytischer Rückblick auf die letzten 60 Jahre konnte helfen zu ermitteln, ab welchem Jahr zusätzliche gebaute Fläche pro Einwohner beziehungsweise Arbeitsplatz kaum noch zur Steigerung der Lebensqualität beigetragen hat.
- Ersatz von gebauter Fläche durch Zeit: Nicht jede Funktion benötigt ein eigenes Bauwerk. Durch zeitlich gestaffelte Nutzungen auf derselben Fläche ließe sich sowohl bei den Bau- wie bei den Freiflächen eine erheblich verbesserte Ausnutzung erreichen und gleichzeitig das städtische Gefüge mit dem öffentlichen Raum beleben.
- Durch Mehrfach-Codierungen kann dasselbe Bauwerk beziehungsweise dieselbe Freifläche unterschiedlichen Bedeutungsanforderungen genügen und verschiedenen Funktionen dienen. Ein solches Prinzip hat zur erstaunlichen Raumökonomie der vorindustriellen Stadt wesentlich beigetragen.

Die skizzierten Beispiele bedeuten eine Abkehr vom Prinzip des eng gefassten Funktionalismus der Moderne zugunsten eines robusten, gestalterisch anspruchsvollen Bauens und Gestaltens von nutzungs-offenen Bauten und Stadtgefügen, griffig zusammengefasst in dem von Sophie Wolfrum und Alban Janson geprägten Begriffspaar „Kapazität und Prägnanz“ als zentrale Merkmale eines auf Dauer angelegten Planens, Bauens und Gestaltens.<sup>4</sup>

Ökonomisch förderlich für eine resiliente Baukultur könnte auch eine „Abriss- und Recycling-Gebühr“ sein, fällig bei Baubeginn, in der Höhe gestaffelt nach erwarteter Lebensdauer und Recyclingfähigkeit.

Der Überfluss an gebautem Volumen und Gebrauchsgegenständen würde es nicht zuletzt nahelegen, das Prinzip der Teilhabe durch Teilen, wie etwa beim Car-Sharing, auch auf andere Bereiche auszuweiten: Anstelle von „Eigentum“ sollte in stärkerem Maße das Prinzip „Verfügbarkeit“ treten.<sup>5</sup> Ein wichtiges Mittel zur Abschätzung der Resilienz, der Robustheit unter großen Belastungen, könnte im Instrument des „Stresstests“ liegen. Bei dem mit der Bankenkrise populär gewordenen Begriff des Stresstests geht es um die Simulation von krisenhaften Belastungssituationen unterschiedlicher Art in Bezug auf die „Standfestigkeit“ der untersuchten Institution – in unserem Fall der „Stadt“. Wenn auch – wie schon festgestellt –

die sozioökonomische Stabilität ausschlaggebend ist, so kann doch ein resilientes baulich-räumliches Gefüge erheblich zur Stabilität beitragen. Im Folgenden werden vier Beispiele von möglichen krisenhaften Belastungen skizziert: Zusammenbruch des Welthandels, große Flüchtlingsströme, Energieknappheit und Grenzen des Unterhalts der Masse des Gebauten, insbesondere der Infrastruktur.

Ein Zusammenbruch des Welthandels könnte zum Beispiel zur Lebensmittelknappheit führen. In einem Stresstest könnte durchgespielt werden, wie weit Vorsorge getroffen wurde – etwa zur Erhaltung und Pflege der guten, fruchtbaren Böden in der Stadt und in der Region, die wesentlich zur Nahrungsmittelproduktion beitragen könnten, um dadurch die Versorgungssicherheit der Stadt zu verbessern.

Große Flüchtlingsströme (aus klimatischen, soziokulturellen oder politischen Gründen) würden zu einer erheblichen Belastung der Städte führen – zumindest zeitweise müsste mit einer erheblichen zusätzlichen Belegung gerechnet werden. In einem Stresstest könnten die räumlichen Voraussetzungen durchgespielt werden, eine solche Belastung räumlich und organisatorisch human zu bewältigen.

Auch wenn es vielleicht nicht zur Einrichtung von öffentlichen „Wärmestuben“ kommen muss, wie sie in kalten Wintern während der Großen Depression in den Zwanzigerjahren des vorigen Jahrhunderts und im kalten Winter nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtet worden waren, so könnten doch steigende Energiepreise in Verbindung mit schrumpfenden Einkommen trotz Ausbau erneuerbarer Energien zumindest zeitweise zur Verkleinerung heizbarer Wohnflächen führen, unter Umständen sogar zu je nach Raumnutzung abgestuften Temperaturen. Die Eignung von Raumgefügen in dieser Hinsicht sollte geprüft werden.

Vor allem aber wird der Transport betroffen sein. Vorsorge könnte in der allmählichen Nutzungsverdichtung und -mischung, in einer Regionalisierung der Wirtschaft sowie in der Förderung des Langsamverkehrs und des öffentlichen Nahverkehrs bestehen. Ob und wie alternative Antriebsformen das Problem lösen werden, wird die Zukunft zeigen.

Eine schrumpfende und ärmer werdende Bevölkerung wird ein noch immer wachsendes Volumen an Bauwerken, vor allem an öffentlicher Infrastruktur, betreiben und heizen, reparieren und modernisieren sowie schließlich schadlos beseitigen müssen. Die Grenzen der Belastbarkeit sollten in einem Stresstest ausgelotet werden.

Ich meine, es ist an der Zeit, derartige nicht unwahrscheinliche Zukünfte durchzuspielen, um herauszufinden, wie man schrittweise eine resilientere Raumstruktur so vorbereiten könnte, dass sie sowohl der Gegenwart

dient als auch zukünftigen Belastungen standhält. Dabei sollten wir die herrschende Unbestimmtheit als Chance erkennen und nutzen für Planungs- und Bauexperimente in Richtung Resilienz. Resilient planen, bauen und umbauen wird im Zeitalter des Klimawandels und der Umstellung auf erneuerbare Energien zu einer anderen Baukultur führen, zu einer Baukultur, in der viel weniger als bisher, aber dafür weitsichtiger und umsichtiger gebaut würde, zu einer Baukultur, in der rechtzeitig mitbedacht würde, ob und wie eine schrumpfende und ärmer werdende Bevölkerung die Unterhaltslast der riesigen aufgehäuften Baumassen, vor allem aber der Infrastruktur, tragen könnte; zu einer Baukultur, die die notwendige, qualitätsvolle Transformation des Baubestands als ihre Hauptaufgabe sieht. Das, was wir heute bauen beziehungsweise gründlich umbauen, muss und wird bestehen und genutzt werden bis in das nächste Jahrhundert hinein, es wird im Laufe seines Lebenszyklus mehrfach einen grundlegenden „Reset“ seiner Nutzungen erfahren.<sup>6</sup> Wie das ablaufen wird, ist unbestimmt.

Begreifen wir diese Unbestimmtheit als Freiheit und Chance zu einer der Zukunft verpflichteten und verantwortbaren Gestaltung – der Möglichkeitsraum hierfür ist weit und die zur Verfügung stehenden Strukturen und Formen sind vielfältig!

*Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, der auf der Tagung „Urban Design. Schlüssel zur nachhaltigen und sozialen Stadtentwicklung?“ im Oktober 2011 an der TU Berlin gehalten wurde. Er erscheint daher zugleich im zugehörigen Sammelband, der von der Wüstenrot-Stiftung herausgegeben wird.*

<sup>1</sup> Im „Arbeitskreis Stadt“ des „Denkwerks Zukunft“, geleitet von Meinhard Miegel, habe ich wesentliche Anregung zur Neuorientierung der Bau- und Stadtentwicklung erhalten. Vgl.: Meinhard Miegel: Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010.

<sup>2</sup> Vgl.: Anna Hithaler: Wieder ein Modewort – Resilienz, in: Planerin, Heft 5, 2011, S. 43–44.

<sup>3</sup> Vgl.: Der Produktive Park, hg. von Rudolf Scheuven und Marion Taube, im Auftrag des Regionalverbandes Ruhr, 2010.

<sup>4</sup> Vgl.: Der Architekt, Heft 5–6, 2006, S. 50–54.

<sup>5</sup> Vgl.: Jeremy Rifkin: Access – das Verschwinden des Eigentums, 3. Aufl., Frankfurt 2007.

<sup>6</sup> Angelus Eisinger, Jörg Seifert (Hg.): urbanRESET. Freilegen immanenter Potenziale städtischer Räume/How to Activate Immanent Potential of Urban Spaces, Basel, Barcelona, New York 2012.

## Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft: Die ressourceneffiziente Stadt

## Ergebnisse der Sommerschule

Das aus Mitteln der Nationalen Stadtentwicklungspolitik geförderte Projekt „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft“ (besser bekannt unter dem Stichwort „Sommerschule“) will aktuelle Forschungsfelder der Stadtentwicklungspolitik mit den Gedanken junger, angehender Stadtplaner an den Universitäten zusammenbringen. Es bietet Studierenden die Möglichkeit, sich hochschulübergreifend mit Planungsthemen der Zukunft auseinanderzusetzen und ihre Ideen in eine breite Fachöffentlichkeit zu tragen. Mit diesem Ziel arbeiten seit 2009 verschiedene Stadtplanungslehrstühle deutscher Universitäten in einer Sommerschule und in Semesterprojekten zu einem gemeinsamen Thema zusammen. 2011 war die Sommerschule inhaltlich angebunden an das Projekt

„InnovationCity Ruhr“ und hatte einen räumlichen Fokus auf das Planungsgebiet rund um die ehemalige Zeche Westerholt. InnovationCity will erproben, wie aus einem „typischen Stück Ruhrgebiet“ die „Klimastadt der Zukunft“ werden kann. Das stillgelegte Zechengelände zwischen Gelsenkirchen und Herten bot den Studierenden während der Sommerschule an der TU Dortmund dabei einen spannenden Raum, um existierende Konzepte für die ressourceneffiziente Stadt von morgen weiterzudenken und neue Ansätze selbst zu entwickeln. Im Anschluss an die Sommerschule wurden an den einzelnen Hochschulen einzelne Facetten des gemeinsamen Rahmenthemas, abhängig vom disziplinären Schwerpunkt der jeweiligen Unis, vertieft – dabei gab es Studierende, welche die Arbeit am Projektgebiet Gelsenkirchen-Herten fortgeführt haben, andere wandten die Erkenntnisse oder Ideen aus der Sommerschule auf andere Räume an. Diese an den einzelnen Hochschulen erarbeiteten Ergebnisse wurden in einem dreitägigen Workshop an der TU Berlin gebündelt und für den Hochschultag aufbereitet.

Die Projektarbeit zeigte, dass für die Studierenden das Thema Ressourceneffizienz weit über die Frage der Energieeffizienz hinausgeht. Der Umgang mit baulichem Bestand wurde nicht nur im Zusammenhang mit energetischer Sanierung gedacht, sondern es ging vielmehr darum, wie man das vorhandene Potenzial des Ortes als Ressource qualifizieren kann. Daneben wurde auch die Notwendigkeit einer neuen Mobilitätskultur thematisiert oder wie man die Landwirtschaft in die städtischen Strukturen integrieren kann. Die Studierenden verstanden Ressourcen nicht nur als natürliche oder wirtschaftliche Ressourcen, sondern haben in all ihren Überlegungen auch Bürger und Zivilgesellschaft als Ressourcen für einen Wandel hin zur Stadt der Zukunft im weiteren Sinne miteinbezogen. Die entwickelten Handlungsansätze reichten von der tatsächlichen Verringerung des Ressourceneinsatzes (z. B. Energieeinsparungen) über die Wiedernutzung von Ressourcen (z. B. Abrissmaterial) bis hin zur Schaffung alternativer Ressourcenkreisläufe (z. B. Nahrungsmittelproduktion). Beim 3. Hochschultag der „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ stellten die Studierenden die Ergebnisse ihrer Arbeit schließlich gemeinsam vor. Durch die unterschiedlichen Ausrichtungen der beteiligten Lehrstühle – von entwurfsorientiert bis hin zu stadtsoziologisch geprägt – haben die Studierenden vielfältige Perspektiven und Herangehensweisen kennengelernt.





Die gemeinsamen Erkenntnisse und Ideen wurden in der Präsentation zu folgenden Themen zusammengefasst:

- Ressourcenknappheit: Problemlage, Szenarien und Handlungserfordernisse,
- Wege zur Bewusstseins- und Verhaltensänderung durch informelle Planungsansätze und Förderung nachbarschaftlicher Strukturen,
- Logik der ressourceneffizienten Stadt: Anforderungen und Widersprüche,
- Umsetzung einer ressourceneffizienten Stadt:
  - Entwürfe und Konzepte für Gelsenkirchen-Herten
  - energetische Sanierung und Energieeffizienz
- Leitbild ressourceneffiziente Stadt: Resilienz und das Dortmunder Manifest der zukunftsfähigen Stadt.

In vielen Arbeiten der Studierenden wurde immer wieder deutlich, dass ein technologisch basierter, effizienterer Einsatz von Ressourcen allein nicht die Lösung sein kann, um unsere Städte nachhaltiger und anpassungsfähiger zu machen. Vielmehr sind es die Denk- und Handlungsweisen der Menschen, die sich grundlegend ändern müssen: Kreisläufe müssen anstelle linearer Prozesse treten, jetzige Abfallprodukte als Ausgangspunkt für neue Kreisläufe fungieren und Synergien erzeugt werden. Rebound-Effekte und Wechselwirkungen müssen berücksichtigt werden,



um gegenläufige Tendenzen zu vermeiden. Trotz der Herausforderung, dieses komplexe Thema zu fassen, hatten die Studierenden den Mut, Ressourceneffizienz weit gefasst zu denken und sowohl Potenziale als auch Widersprüche auf allen planerischen Maßstabsebenen zu diskutieren und zu reflektieren.

Die Details zur Sommerschule und zur Projektarbeit sind unter <http://www2.isr.tu-berlin.de/summerschool/stadtr ressourcen/> abrufbar. Dort steht auch „Die Ressource“ zum Download bereit – eine Zeitung mit den zentralen Projektergebnissen, konzipiert und realisiert von den Studierenden.



# Zivilgesellschaft

## Kurzbericht Forum A

### Zusammenfassung von Dr. Elke Becker

**Dr. Elke Becker**  
*Difu Berlin*

**Ulrike Platz**  
*Alanus Hochschule*

**Prof. Dr. Heidi Sinning**  
*FH Erfurt*

**Birte Biemann**  
*Universität Kassel*

**Frauke Burgdorff**  
*Montag Stiftung Urbane Räume*

**Dr. Ansgar Klein**  
*Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement*

**Heike Thöne**  
*Quartiersmanagement Berlin Gropiusstadt*

Erklärtes Ziel des Workshops war zunächst, einen Eindruck zu gewinnen, inwieweit sich das Themenfeld Zivilgesellschaft bereits in Forschung und Lehre findet beziehungsweise was inhaltlich und strukturell – auch an der Schnittstelle zur Praxis – fehlt. Die unterschiedlichen Wahrnehmungen – sowohl aus den universitären Statusgruppen wie auch aus Wissenschaft und Praxis – waren als Grundlage für die anschließenden Gespräche geplant. Einstimmen und zur Diskussion anregen sollten thesenhafte Statements. Diese erfolgten aus der Perspektive der Hochschulen durch **Prof. Dr. Heidi Sinning** (FH Erfurt), die wissenschaftliche Mitarbeiterin **Ulrike Platz** (Alanus Hochschule) sowie die Studentin **Birte Biemann** (Universität Kassel). Als Vertreter für die zivilgesellschaftliche und praktische Perspektive konnten **Frauke Burgdorff** (Montag Stiftung Urbane Räume) sowie **Dr. Ansgar Klein** vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement gewonnen werden. Eine zusätzliche praktische Perspektive stellte **Heike Thöne** vom Quartiersmanagement in der Berliner Gropiusstadt dar.

Der Einstieg über die Kurzdarstellung aus unterschiedlicher Perspektive hat sich bewährt. Es wurde aus mehreren Sichtweisen deutlich, dass durch Teile der Bevölkerung zunehmend Teilhabe und Mitsprache eingefordert werden und alle waren sich in ihren Statements einig, dass die Hochschulen und die Wissenschaft mit dem Phänomen „bürgerschaftliche Gruppen in Stadtentwicklungsprozessen“ noch nicht angemessen umgehen. Unterschiedlich waren allerdings die Herleitungen, Begründungen oder Lösungsansätze.

So argumentierte **Prof. Dr. Heidi Sinning** anhand von fünf Thesen dafür, dass ein Großteil des relevanten Wissens bereits vorhanden sei. Allerdings wird das Wissen von Planern selten von anderen Disziplinen abgefragt, ebenso wie Planer sich selten den sozialen, politischen, verwaltungsrelevanten oder juristischen Zugängen öffnen. Sie plädierte, wie auch **Ulrike Platz**, für mehr interdisziplinäre Offenheit in der Wissenschaft und Lehre. Der Eindruck, dass an den Universitäten zivilgesellschaftliches Handeln und basisdemokratische Mitsprache nicht immer vorgelebt und möglich gemacht werden, zeigte sich u. a. – mit unterschiedlichen Nuancen – in







den Beiträgen von **Ulrike Platz** und **Birte Biemann**. Insbesondere aus der studentischen Perspektive wurde betont, dass Planer auch eine gesellschaftliche und moralische Verantwortung besitzen. Da Engagement nicht angeboren ist, sondern erlernt wird, bedarf es für die Studierenden nicht nur einer motivierten Lehre, sondern auch des gelebten Beispiels.

**Frauke Burgdorff** stellte ihre Thesen anhand konkreter praktischer Erfahrungen (beispielsweise der Heterogenität von Zivilgesellschaft) vor und resümierte mit einem Aufruf an die Hochschulen, einen besseren Blick für die Realität zu entwickeln und „die richtigen Fragen zu stellen“: Wer will überhaupt wie beteiligt werden? Wer ist eigentlich „die“ Zivilgesellschaft? Wie ist die Stadt von morgen organisiert? Welche und wessen Interessen verfolgt eigentlich der Planer? Oder: Wie sind die tatsächlichen Machtverhältnisse in der Stadtentwicklung? Hier kann Zivilgesellschaft keine Lösungen bieten; zu diesen Fragen muss, nach ihrer Auffassung, die Wissenschaft mutiger werden. Im Umkehrschluss fragte **Ansgar Klein** u. a. nach der Eigenwahrnehmung der Zivilgesellschaft, die auch vielfach von Macht und mangelnder Kooperationsbereitschaft geprägt ist. Er thematisierte außerdem das Dilemma, dass es kontraproduktiv ist,

wenn Kommunen zwar zusehends eine Offenheit für Beteiligungsansätze haben, aber immer weniger Geld, die Ergebnisse umzusetzen. Beim abschließenden Statement von **Heike Thöne** wurden viele der Aspekte noch einmal aufgegriffen. Sie hat punktuell durchaus eine zeitliche und inhaltliche Überforderung der Bürger, aber auch der Planer und der Zivilgesellschaft wahrgenommen. Damit blieben Win-win-Situationen für die Betroffenen zusehends aus. An dieser Stelle forderte sie von der Wissenschaft eine sachliche und belastbare Aufbereitung von Schnittstellen.

Anstelle von offenen Fragen und einer Diskussion bekamen die Workshop-Teilnehmer (in Anlehnung an Speed-Dating) die Möglichkeit, sich in unterschiedlichen, zufällig ergebenden Zwei-Personen-Konstellationen abwechselnd exakt vier Minuten zu unterhalten und einander Fragen zu stellen. Dies führte zu einem sehr zufälligen Kennenlernen, zum Finden von Synergien und zur Herstellung neuer Kontakte. In einem letzten Block wurden neue und bereits definierte Themen an Stellwänden diskutiert und vertieft. Dadurch generierten sich die Inhalte und Themen in Teilen aus der Runde heraus und jeder konnte für sich eigene Erkenntnisse und neue Kontakte mit auf den Weg nehmen.



# Perspektivwechsel Soziale Stadt

## Kurzbericht Forum B

### Zusammenfassung von Prof. Kunibert Wachten

**Dr. Detlev Söffler**

Projektkoordinator  
„Bremer Westen“ beim  
Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr, Freie Hansestadt  
Bremen

**Jürgen Pohlmann**

Mitglied der Bremischen  
Bürgerschaft

**Dr. Daniela Karow-Kluge  
und Prof. Dr. Klaus Selle**

Lehrstuhl für Planungstheorie  
und Stadtentwicklung der  
Fakultät Architektur,  
RWTH Aachen

**Christine Korus und  
Prof. Kunibert Wachten**

Lehrstuhl für Städtebau und  
Landesplanung der Fakultät  
Architektur, RWTH Aachen

Dieses Forum ging anhand von Beiträgen aus Planungspraxis, Kommunalpolitik und Hochschulen unter dem Titel „Perspektivwechsel“ der Frage nach, ob und inwiefern ein veränderter Blick auf die „Soziale Stadt“ ertragreich sein kann. Der gewohnte Blick von der Gesamtstadt auf die Quartiere der „Sozialen Stadt“ ist von der Frage geprägt, was die Gesamtstadt, was der Staat für die soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Stabilisierung dieser Quartiere tun müssen. Es gilt aber auch, den Blick zu wenden und nach den Aufgaben und Leistungen zu fragen, die benachteiligte Quartiere für die Gesamtstadt wahrnehmen (können).

Das Bild scheint klar: Benachteiligte Stadtquartiere sind von Defiziten geprägt. Diese gilt es auszugleichen. Das ist nicht falsch, aber doch oft nur die halbe Wahrheit. Denn selbstverständlich haben und hatten diese Quartiere auch Qualitäten und Potenziale: Diese Viertel sind jung, sie bieten Nischen für unterschiedliche ökonomische Aktivitäten,

sie leisten wesentliche Beiträge zur sozialen Integration und sind auch, was oft übersehen wird, Orte mit kreativem Potenzial und geprägt durch vielfältiges Engagement ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. In jüngerer Zeit hat sich zudem gezeigt, dass das Entwicklungspotenzial vieler Städte genau in den Quartieren und Ortsteilen liegt, die häufig als das „Armenhaus“ der Stadt wahrgenommen werden. Um nur drei Beispiele zu nennen: In Hamburg wird im Rahmen der dortigen Internationalen Bauausstellung provokativ und plakativ die Frage gestellt: „Was kann Wilhelmsburg für Eppendorf tun?“ In Bremen wird von „Bremens reichem Westen“ gesprochen – ein Hinweis darauf, dass „Reichtum“ für künftige Stadtentwicklungsaufgaben neu zu bestimmen ist. Und Bamberg versucht, sich dem bislang nicht wahrgenommenen Entwicklungspotenzial des Bamberger Ostens im Sinne einer ausbalancierten Stadtentwicklung zu widmen.





Ziel dieses Forums war es daher, eine andere Perspektive auf diese „benachteiligten Orte“ und auf das Thema „Soziale Stadt“ zu eröffnen. Dies auch, um der Stigmatisierung dieser Stadtteile entgegenzuwirken, indem auch deren positive Eigenschaften und ihr Beitrag zur Entwicklung der Gesamtstadt sichtbar werden. Aber zeigt diese veränderte Perspektive tatsächlich eine neue Blickrichtung? Wie ist der Stand der wissenschaftlichen und wie der Stand der planungspraktischen und -politischen Debatte zu dieser Thematik der „Sozialen Stadt“? Diese Fragen wurden im Dialogforum zur Diskussion gestellt.

Im Vorfeld des 3. Hochschultages hatten mehrere Gruppen von Studierenden der RWTH Aachen Porträts von benachteiligten Stadtteilen erarbeitet und dabei im Schwerpunkt deren Potenziale für die Stadtentwicklung herausgestellt. Eine Gruppe hatte ein Porträt von Bremen-Gröpelingen erstellt, einem Bremer Stadtteil, der in naher Zukunft eine größere stadtentwicklungspolitische Aufmerksamkeit erfahren soll. Die Arbeit der Studierenden hob hervor, dass Bremen-Gröpelingen in puncto Integration, Pluralisierung der Lebensstile, soziale Kompetenz, Ressourcensparsamkeit und Nachhaltigkeit vielen anderen Bremer Quartieren einiges voraus hat. Mit welchen stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen sich Bremen diesem Stadtteil widmen will, wurde als Anknüpfungspunkt für die spätere Diskussion von **Dr. Detlev Söffler** aus der Sicht der Bremer Planungsbehörde vorgestellt und von **Jürgen Pohlmann** politisch kommentiert. Ein Schwerpunkt in der Präsentation wurde dem notwendigen

integrativen Ansatz gewidmet, der Städtebaupolitik mit Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik zu kombinieren und mit Vorrang entsprechende ressortübergreifende Projekte zu entwickeln und zu fördern versucht. In den Diskussionen zeigte sich Einigkeit darin, dass der gewohnte Blick auf die benachteiligten Quartiere zu einer Unterschätzung ihrer Leistungen für die Gesamtstadt führt und dass der Perspektivwechsel dazu beitragen kann, ihre Rolle für die Stadtentwicklung anzuerkennen. Für diesen gedanklichen Kontext wurde Hartmut Häußermann zitiert: „Die Existenz benachteiligter Quartiere löst die Probleme in anderen Quartieren.“ Wie diese Leistungen honoriert werden könnten, nahm in der Diskussion großen Raum ein. Angeregt wurde eine veränderte Begrifflichkeit, wie sie etwa schon mit der durchaus provokativen Überschrift „Bremens reicher Westen“ für eines der „Armenhäuser“ der Stadt zum Ausdruck kommt. Ein anderer Vorschlag zielte beispielsweise auf einen innerkommunalen Finanzausgleich ab. Intention aller Anregungen war es, den Perspektivwechsel in unterschiedlichen Formen zum Ausdruck zu bringen und in den Quartieren der „Sozialen Stadt“ ein neues Selbstbewusstsein zu entwickeln, das als unabdingbare Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement und Eigeninitiative gesehen wurde. Denn auch dies unterstrich die Diskussion im Dialogforum: Staatliche und kommunale Interventionen allein werden nicht zur Stabilisierung der Quartiere beitragen. Eine Reduktion auf diese Perspektive könnte das Stigma, das auf vielen dieser Quartiere lähmend lastet, eher verstärken als mindern.

# Wirtschaft und Innovationen

## Kurzbericht Forum C

### Zusammenfassung von Marc Altenburg

**Prof. Dr. Eberhard von Einem**  
TU Berlin, Center for Metro-  
politan Studies

**Prof. Dr. Alain Thierstein**  
TU München

**Prof. Dr. Ulf Matthiesen**  
HU Berlin

**Thorsten Tonndorf**  
Senatsverwaltung für  
Stadtentwicklung Berlin

**Andrea Haase**  
HS Anhalt

**Marc Altenburg**  
BTU Cottbus

Das Themenfeld „Wirtschaft und Innovation“ spielt vor dem Hintergrund des globalen weltwirtschaftlichen Strukturwandels eine bedeutende Rolle für die städtische Entwicklung. Das Forum beleuchtete insbesondere die Anforderungen an deutsche Städte und Regionen unter dem Blickwinkel der beschleunigten Wissensgenerierung und Innovationsdynamik.

Im Vorfeld hatte sich die Vorbereitungsgruppe mit diesen Aspekten inhaltlich auseinandergesetzt und vom Standpunkt der vertretenen unterschiedlichen Disziplinen (Architektur, Stadt- und Regionalplanung, Stadtökonomie) diskutiert. Es wurde ein **Thesepapier** erarbeitet, das auf die zusammenhängenden Problemstellungen verweist und die benannten Schwerpunktthemen ausführlich darstellt.

Das Forum wurde in zwei Teilen durchgeführt. Der erste Teil erörterte Thesen unter dem Titel „**Die Städte im globalen Innovationswettbewerb**“, der zweite Teil beschäftigte sich unter dem Titel „**Globalisierung, Wissen und Innovationen als Gegenstand der Hochschulausbildung für künftige Planer**“ mit den Herausforderungen für die Hochschulausbildung.

**Prof. Dr. Eberhard von Einem** (TU Berlin, CMS) führte in das Forum ein, indem er wesentliche Entwicklungen und Herausforderungen der Städte im Zuge des globalen Strukturwandels aus wissenschaftlicher Sicht darstellte. Er moderierte den ersten Teil des Forums.

**Prof. Dr. Alain Thierstein** (TU München) schloss an die Definitionen der Einführung an und stellte spezialisierte Wertschöpfungsketten der Wissensökonomie ins Zentrum seiner Betrachtung. Ausgangspunkt raumökonomischer Forschungsarbeiten am Lehrstuhl Raumentwicklung sei eine mikroökonomisch geprägte Perspektive und die Frage danach, wer sich wo ansiedelt. Die Ausdifferenzierung von Standorten innerhalb von Wertschöpfungsketten stellte er anhand des Sachsen-dreiecks dar, wobei deutlich wurde, dass eine funktional auf Netzwerkbeziehungen beruhende Betrachtung räumlicher Strukturen abweicht von tatsächlichen Zuschnitten von Metropolregionen.

**Prof. Dr. Ulf Matthiesen** (HU Berlin) stellte ebenfalls den Zusammenhang von Wissen und Raumentwicklung in







das Zentrum seiner Überlegungen. Seine These war es, dass sich die Raumwissenschaften zukünftig verstärkt einem „Knowledge Turn“ widmen müssen. Den bisher vorgestellten Thesen fügt er weitere hinzu: Bei zukünftigen Forschungen und politischen Steuerungen seien die abnehmende Halbwertszeit von Wissen und eine zunehmende Pluralisierung von Orten und Institutionen, die verantwortlich für eine Entwicklung der Wissensgesellschaft sind, zu berücksichtigen. In räumlicher Hinsicht seien zwei Konzepte von „Wissensorten“ zu differenzieren: Die „Science City“ als geplante Teilräume, in denen Wissensorte hergestellt werden, sowie die „Knowledge City“, die die ganze Stadt und ihre Kompetenzen in den Blick nimmt. Am Fallbeispiel Heidelberg stellte er die Kopplung von Wirtschaft, Stadtentwicklung und Wissenschaft dar.

**Thorsten Tonndorf** (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin) stellte die praktische Seite vor und versuchte die Frage zu beantworten, wie die Stadt Berlin auf die aufgeworfenen Fragen und Herausforderungen der Wissensökonomie reagiert. Er rückte das „Berliner Modell“ in den Vordergrund: Ein Arbeitsplatzwachstum und eine (wirtschaftliche) Potenzialzunahme in der Stadt beruhen seiner Ansicht nach auf Migration, die wesentlich durch die stark zunehmende Attraktivität der Stadt Berlin induziert sei. Er betonte, dass neben Sektoren wie Tourismus- und Kreativwirtschaft inzwischen wieder eine fundierte industrielle Basis in Berlin existiere. Planung kann zu einer wissensbasierten Entwicklung beitragen, indem entsprechende Entwicklungsprojekte (wie zum Beispiel in Tegel, Achse zwischen dem neuen Flughafen und der Innenstadt, Adlershof)

vorangetrieben werden. Dazu sei eine Gesamtstrategie notwendig und keine sektoralen Ansätze. Im Bereich der Kreativwirtschaft seien andere Strategien gefragt, die ein Weniger an Steuerung zur Folge haben.

Im **zweiten Teil des Forums** wurden die Thesen von **Andrea Haase** (HS Anhalt) und **Marc Altenburg** (BTU Cottbus) vorgestellt. Wesentliche Vorschläge waren eine stärkere Berücksichtigung ökonomischer Belange und raumwissenschaftlicher Erkenntnisse sowie eine weiter voranzutreibende Multidisziplinarität und Internationalität in der Hochschulausbildung. In der anschließenden **Podiumsdiskussion** wurden diese Thesen unter Einbeziehung des Publikums erörtert.

Es wurde angemerkt, dass eine internationale Ausrichtung der Lehre vor allem eine Stärkung der **interkulturellen und praktischen Kompetenzen** der Studierenden bedeuten müsse und dies eine neue Stoßrichtung der Lehre erfordere. Es wurde ebenso angemerkt, dass die **fachlich fundierte Ausbildung** von Planern im Vordergrund stehen müsse und dies ein Qualitätsmerkmal deutscher Planer wäre. Dazu wurde von anderer Seite erwidert, dass man jedoch bereits feststellen könne, dass Planer in bestimmten Bereichen von Absolventen anderer Disziplinen verdrängt würden, da diese nachgefragte Anforderungen in höherem Maße vorweisen. Dies betrifft zum Beispiel Bereiche wie die der Projektsteuerung oder das **Organisieren kommunikativer Prozesse**, insbesondere auch, wenn man Phänomene wie die der Wissensökonomie auf kommunalpolitischer Ebene vermitteln möchte. Diesen Herausforderungen muss sich die Planerausbildung stellen.

# Klima und Energie

## Kurzbericht Forum D

### Zusammenfassung von Prof. Dr. Frank Schwartze

**Einführung und Moderation**  
**Prof. Dr. Detlef Kurth**  
*HFT Stuttgart*

**Prof. Dr. Frank Schwartze**  
*BTU Cottbus*

**Prof. Dr. Matthias Koziol**  
*BTU Cottbus*

**Alexa Bodammer**  
*Görlitz Kompetenzzentrum  
Revitalisierender Städtebau*

**Lena Dreesmann**  
*TU Dresden*

**Volker Lindner**  
*Stadtbaurat der Stadt  
Herten*

**Dr. Eckhart Hertzsch**  
*Fraunhofer Institut Stuttgart*

**Prof. Dr. J. Alexander-Schmidt**  
*Universität Duisburg-Essen*

**Prof. Dr. János Brenner**  
*BMVBS*

Vor dem Hintergrund der globalen Klimaschutzagenda und der nationalen Energiewende führt die stärkere Bedeutung der energieeffizienten und klimagerechten Entwicklung zu neuen Anforderungen und Konflikten bei der Planung und Gestaltung der Städte. Zwei Fragestellungen standen im Fokus der Diskussion zur Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Themenbereich Klima und Energie: Was sind die Konflikte und Synergien einer energiegerechten Stadtentwicklung und wird eine inhaltliche und organisatorische Integration der energieeffizienten und klimagerechten Stadtentwicklung in die verschiedenen Planungs- und Entwicklungsprozesse erreicht?

Der erste Diskussionsblock „Energiegerechte Stadtentwicklung – ein neues Leitbild?“ wurde moderiert und eingeführt von **Prof. Dr. Detlef Kurth** von der Hochschule für Technik Stuttgart. Auf Grundlage eines komplexen Ansatzes zur energetischen Erneuerung in Bestandsquartieren, vorgestellt von **Lena Dreesmann**, TU Dresden, gaben drei Diskutanten Statements ab. **Volker Lindner**, Stadtbaurat der Stadt Herten, hob hervor, dass die energieeffiziente Stadt auch aus dem Blickwinkel der anderen Disziplinen, insbesondere der technischen Bereiche, beleuchtet werden muss.

Dann werde deutlich, dass unterschiedliche Vorstellungen miteinander konkurrieren; ergänzend eröffnet auch der Blick in die Politik keine einheitliche Haltung. Da schon die gegenseitige Orientierung von Politik und Wissenschaft nicht funktioniert, sei es gegenwärtig ausgeschlossen, von einem kohärenten Leitbild der Stadtentwicklung zu sprechen. Es sei vielmehr notwendig, die vorhandenen Leitbilder als Grundlage zu nutzen. **Alexa Bodammer** vom Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau in Görlitz schloss mit einem Plädoyer für den Städtebau an, der die Integrationsfunktion zur Zusammenführung von Baukultur und Energie übernehmen müsse. Nicht der Energieeffiziente Städtebau ist ein Leitbild per se, sondern die weitere Orientierung auf die Bestandsentwicklung sei die einzige Chance, eine energiegerechte Stadtentwicklung zu erreichen. Einzelmaßnahmen und -förderungen sind in Konzepte für Quartiere und die vorhandene Stadt einzubinden. **Dr. Eckhart Hertzsch** vom Fraunhofer Institut Stuttgart sprach anschließend von der Zeit der Transformationen. Mit Blick auf die begrenzte Verfügbarkeit erneuerbarer Energiequellen zur Strom- und Wärmeversorgung gelte es vor allem die Effizienz zu erhöhen und eventuell sogar Energie zu produzieren







wie im Fall des Energieplushauses. Diese Entwicklung führe zum Verschmelzen unterschiedlicher Bereiche wie es etwa exemplarisch an der energetischen Leistung eines Gebäudes und seiner Rolle als Energieproduzent für Mobilität sichtbar wird. Damit stelle sich weniger die Frage nach einem Leitbild als vielmehr nach dem Übergang von interdisziplinären Plänen zum transdisziplinären Plänen.

Im zweiten Diskussionsblock, der moderiert und eingeführt wurde von **Prof. Dr. Frank Schwartze** von der BTU Cottbus, stand die klimagerechte und ressourceneffiziente Stadt als Integrationsaufgabe für die Stadtplanung und die Stadtentwicklungspolitik im Fokus. Nach einem Input von **Prof. Dr. J. Alexander Schmidt**, Universität Duisburg-Essen zu den Anforderungen an die Akteure und Planungssysteme, mit dem die Rolle der Kommunen und ihrer Leistungsfähigkeit ebenso kritisch reflektiert wurde wie die Möglichkeit, die Stadtgesellschaft für die Klimaschutzdebatte im Sinne einer neuen Klimakultur zu aktivieren, standen in der Diskussion die Konflikte und die Rolle des planungsrechtlichen Instrumentariums im Vordergrund. Hier betonte **Prof. Dr. János Brenner** vom BMVBS, dass die scheinbar auftretenden Konflikte zwischen Klimaschutz, Mitigation und Klimaanpassung sowie Adaption harmonisierbar sind. **Dr. Martin Rumberg** von der TU Kaiserslautern verdeutlichte, dass die Klimawandelanpassung als weitere Dimension in der Aufgabe der Lösung von Konflikten in der Flächennutzung ein zentrales Aufgabenfeld des Planungsgeschäftes ist. Die Verpflichtung zum Klimaschutz wird aber bislang eher abstrakt begriffen, obwohl diese eigentlich eine klassische Aufgabe der formellen Planungsinstrumente und ihrer Festsetzungsmöglichkeiten wäre. **Prof. Dr. Carlo Becker** von bgmr Landschaftsarchitekten / BTU Cottbus

ergänzte diese Einschätzung und erläuterte, dass die Stadt und die Belange des Städtischen etwa in den Förderrichtlinien und Leitfäden der kommunalen Energiekonzepte nicht vorkommen und konstatierte eine geringe Rolle der Klimaschutzbelange in der Bauleitplanung. Integration und Überwindung des sektoralen Denkens wird als Schlüssel zur erfolgreichen Gestaltung einer klimagerechten Stadtentwicklung identifiziert.

Die Diskussionen auf dem Podium und im Publikum fassten die zentralen Fragen und Herausforderungen zusammen. Integrierende Quartierskonzepte sind zentral, insbesondere mit Blick auf Kombinationseffekte in der Bilanzierung heterogener Gebäude. Wie die konkreten Ausgleichsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Akteuren im Quartier gestaltet werden können, ist aber weitgehend offen. Beratung und Management sind notwendig, aber wohl nur der Anfang. Gemeinsame Ziele müssen im Vordergrund stehen, Bürger müssen in der Lebenswirklichkeit abgeholt und Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten offengelegt werden; dafür ist Transparenz notwendig. Die beiden Pole Technik versus Lebensstilveränderung sollten gemeinsam und mit den Potenzialen der Stadt als Integrationsfaktor zusammen gedacht werden. Agenturen als „Agents of Change“ sind ebenso notwendig wie ein verändertes Verwaltungsdenken und -handeln. Vorhandene Instrumente der formellen Planung sind zu nutzen und dezidiert in den Möglichkeiten und Anforderungen darzustellen. Für die Lehre besteht die Aufgabe, Interdisziplinarität einzuüben und weitere Grundlagen wie Stadtklimatologie zu ergänzen. Stadtplanung, so die Zusammenfassung von **Prof. Dr. Matthias Koziol**, BTU Cottbus muss integrieren können und konsequent sein, um dazu beizutragen, die umrissenen Aufgaben zu bewältigen.



# Baukultur

## Kurzbericht Forum E

### Zusammenfassung von Dr. Renate Bornberg

#### Einleitung

**Dr. Renate Bornberg**  
*LU Hannover*

#### Moderation

##### Diskussionsrunde 1

**Carl Zillich**  
*Bundesstiftung Baukultur*

#### Moderation

##### Diskussionsrunde 2

**Carl Herwarth v. Bittenfeld**  
*LU Hannover*

#### Moderation

##### Diskussionsrunde 3

**Dr. Renate Bornberg**  
*LU Hannover*

Baukultur umfasst nicht allein die sichtbare, gebaute Umwelt, sondern ist eine Gemeinschaftsleistung aller Beteiligten. Baukultur ist ein Erfahrungswissen, das von Generation zu Generation weitergegeben und weiterentwickelt wird. Baukultur ist demnach das gelungene Zusammenspiel von Akteuren aus Kommunalpolitik und Verwaltung respektive öffentlichen und privaten Bauherren sowie dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis jeder Epoche. Baukultur ist ein Prozess, an dem viele Akteure beteiligt sind. Das Zusammenspiel einiger Akteure war das Leitthema des Forums Baukultur. Nach diesen einleitenden Worten von **Dr. Renate Bornberg** (LU Hannover) folgte eine kurze Reflexion von **Carl Zillich** (Bundesstiftung Baukultur) über das, was im vergangenen Jahrzehnt zum Thema Baukultur erreicht wurde und welche Defizite nach wie vor bestehen. **Hendrik Bloem** (LU Hannover) erläuterte ein Beispiel aus der Lehre, bei dem Baukultur thematisiert wurde. Angeleitet von **Prof. Dr. Barbara Zibell** und **Hendrik Bloem**, setzten

sich die **Studierenden der LUH** mit dem Bauen als Prozess auseinander und somit wurde Architektur aus einer ganz anderen Sichtweise betrachtet. Es wurde ein Workshop zum Thema Baukultur in Hannover organisiert, unter Beteiligung von Fachleuten aus Architektur, Planung, Didaktik und Politik, die über Baukultur mit den Studierenden diskutierten. Die Arbeiten, die aus dem Diskurs hervorgingen, waren beim Hochschultag ausgestellt.

Im weiteren Verlauf des Forums Baukultur wurden drei Diskussionsrunden veranstaltet. Ziel jeder Runde war es, der Frage nachzugehen, wie eine Stärkung der jeweiligen Kooperation von Akteuren die Baukultur sichern und fördern kann.

In der **Diskussionsrunde 1**, moderiert von **Carl Zillich** (Bundesstiftung Baukultur), wurde das Zusammenspiel Kommune – Bauherr anhand konkreter Fälle erörtert. In der Diskussion kam das Dilemma einer idealtypischen Kultur des Planens und Bauens zur Sprache. Hierin muss sich der





Dialog zwischen Kommune und Bauherr in konkreten Instrumenten beziehungsweise Rahmenwerken widerspiegeln. Beiden Seiten muss dabei Sicherheit gegeben werden, sich trotz divergenter Interessen konstruktiv einzubringen. Die Probleme wurden anhand von Fallbeispielen aus Chemnitz, der Projektentwicklung des „Kulturcampus“ in Frankfurt/Main, eines innerstädtischen Shoppingcenters in Leipzig, des Oker-Wanderwegs in Braunschweig und des Planungsprozesses „Hannover City 2020+“ erörtert. Es diskutierten aus der Position der Kommune **Petra Wesseler** (Baubürgermeisterin, Chemnitz), **Dr. Norbert Baron** (Dezernent für Stadtentwicklung und Bau, Leipzig), **Klaus Hornung** (Stadtplanung und Umweltschutz, Braunschweig) und aus der Sicht der Bauherren **Thomas Höflich** (Ev.-luth. Stadtkirchenverband, Hannover), **Frank Junker** (ABG Frankfurt Holding) und **Karin Kellner** (KSW Architekten + Stadtplaner, Hannover).

In **Diskussionsrunde 2**, moderiert von **Carl Herwarth v. Bittenfeld** (LU Hannover), wurde das Zusammenspiel Hochschule – Bauherr untersucht. Der Dialog wurde als essenziell angesehen, da er als ein wichtiger Baustein im Prozess der Baukultur gilt. Vor dem Hintergrund des anstehenden gravierenden Qualitätssprungs im Wohnungs- und Städtebau muss jegliche Distanz zwischen Immobilienwirtschaft und Hochschule

aufgegeben werden. Auch in der Ensembleerhaltung oder bei der Profilierung der Stadtrandgebiete sind interdisziplinär erarbeitete Konzepte gefragt. Baukultur sollte jedoch nicht als wertender Begriff eingesetzt werden, sondern als Bestandteil einer Kultur. Es diskutierten **Prof. Hilde Léon** (LU Hannover), **Prof. Dr. Paul Zalewski** (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) (beide Position Hochschule) mit **Prof. Dr. Michael Braum** (Bundesstiftung Baukultur), **Dr. Marta Doehler-Behzadi** (BMVBS), **Dr. Bernd Hunger** (GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen) (Position Bauherr).

In der **Diskussionsrunde 3**, moderiert von **Dr. Renate Bornberg** (LU Hannover), wurde das Zusammenspiel Hochschule – Kommune thematisiert. Fast jede Stadt in Deutschland und auch jede Universität kann auf eine lange Tradition der Zusammenarbeit Kommune – Hochschule verweisen. Diese Zusammenarbeit ist zwar normalerweise mit mehr Arbeit aller Beteiligten verbunden, der Mehrwert für alle Beteiligten jedoch ist die Mühen wert. Studierende können an konkreten Situationen erproben, wie ihre Entwürfe und Ideen in realen Situationen einzubringen sind, da es kein anderes Labor gibt als die reale Stadt. Für Kommunen sind die freien Ansätze der Studierenden wichtige Impulsgeber für weitere Diskussionen um einen Standort.

# Die Stadt ist die Region – Ist die Euphorie vorbei?

## Kurzbericht Forum F

### Zusammenfassung von Dr. Ute Knippenberger und Prof. Dr. Rainer Danielzyk

#### Durchführung und

#### Moderation:

Prof. Dr. Rainer Danielzyk

LU Hannover

Dr. Ute Knippenberger

Stadt Kronberg im Taunus

Kann man mit „Der Region“ noch thematisch locken? Das haben wir uns im Vorfeld gefragt und mussten feststellen, dass das Thema Regionalisierung vielleicht nicht mehr ganz neu ist, dafür aber anhand konkreter Projekte heute nachvollzogen werden kann. Auch neue Themenstellungen, wie Energiewende und Landschaft, sind explizit Themen des regionalen Maßstabs, die auch zu einem neuen Schwung in der Regionalisierungsdebatte führen. Und die Studierenden konnten im Forum auch erfahren, welche Qualifikationen nötig sind, um in diesem vielseitigen Bereich tätig zu sein. Thematischer Fokus waren die Frage der Gestaltung in der Region und der regionale Entwurf – Themen, die im ersten Teil vonseiten der Praxis, im zweiten Teil vonseiten der Hochschullehre beleuchtet wurden.

#### Vorträge

Dr. Reimar Molitor, Regionale 2010 Agentur, Köln:

*Prozessgestaltung in der Regionalentwicklung.*

*Das Beispiel REGIONALE 2010*

Jutta Wippermann, Regionalpark RheinMain,

Flörsheim am Main:

*Regionalpark RheinMain –*

*neue Strategien zur urbanen Landschaft*

Dr. Martin Niedermeyer, Ministerium für Inneres, Kultur und Europa des Saarlandes, Saarbrücken:

*Die Großregion SaarLorLux –*

*eine „Grenzüberschreitende Polyzentrische*

*Metropolregion“: Herausforderungen und*

*Grenzen interregionaler Raumentwicklungspolitik*

Prof. Dr.-Ing. Martin Prominski, Leibniz-Universität Hannover:

*Post-Oil-Region. Eine räumliche Zukunftsvision für die*

*Region Bremen*

Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling, HafenCity-Universität Hamburg:

*„Metropolitan Design“ und planungstheoretischer Kontext – Chancen, Restriktionen, Perspektiven*

Prof. Dr. Markus Neppi, KIT – Karlsruher Institut für Technologie:

*Internationales Forschungslabor Raum: Eine gemeinsame Forschungsreise*

#### Ergebnisse

##### 1. Teil: Regionale Praxis

Im ersten Vortrag stellt **Dr. Reimar Molitor** die Idee der **Regionale 2010** in Nordrhein-Westfalen vor. Regionalen, das sind Projektentwicklungen und Initiativen, die auf einen bestimmten Zeitraum angelegt sind – ein Versuch, verdichtet regionales Handeln und Projekte zu initiieren. Nach einem zehnjährigen Vorlauf wurden über 50 regionalpolitisch bedeutsame Vorhaben zur Förderung ausgewählt. Das Ergebnis ist nicht nur ein wichtiges Laboratorium der regionalen Projektentwicklung, sondern auch ein relevantes Strukturprogramm für die Region Köln-Bonn.

Für Dr. Reimar Molitor ist das Arbeiten im regionalen Maßstab auch ein Managementprozess, der klären muss, wie man durch Projekte mittelfristige Wirkungen erzeugen kann. Entscheidend für eine über das Projekt hinausgehende Wirkung ist demnach, wie man aus zahlreichen Einzellogiken zu einer Form kollektiven Handelns gelangt. Die Einzellogik ist dabei systemisch in der Konstruktion der Kommune angelegt. Räumlich existieren diese Einheiten Molitor zufolge in der Region Köln-Bonn nicht mehr, es ist ein großes Siedlungsgeflecht im besten Sinne einer „Zwischenstadt“. Für diese Räume reicht der Regionalplan, ein zweidimensionales Planwerk, nicht mehr aus, man braucht einen Aushandlungsprozess: Die Regionale ist auch Akteursmanagement. Dafür wurden in den Regionalen ohne



kommunale Grenzen, allein aus dem Raum abgeleitet, gemeinsame Problemanalysen und Zielbilder entwickelt. Aus Molitors Sicht fehlt in vielen Regionen die gemeinsame Zielbildung – denn eine Zielformulierung ist kein Regionalplan, sondern ein gemeinsamer Aushandlungsprozess, der eine qualitative Vorgabe entwickelt, was man gemeinsam erreichen will.

Ein Fazit? „Gibt es für den Maßstab der Region qualitative Befunde, mit denen man regionale Projekte klassifizieren kann?“ Hier sieht Reimar Molitor noch Bedarf in der Regionalisierungsdiskussion, hier sind die Hochschulen in Forschung und Lehre gefragt.

**Jutta Wippermann** vom **Regionalpark Frankfurt Rhein-Main** war mit der etwas provokanten Frage zu einem Vortrag angefragt worden, ob der Regionalpark mehr sei als Fahrradweg und Landmarken. Zunächst einmal ist im Vergleich zu den umfassenden Fördergeldern, die in NRW fließen, der Regionalpark finanziell viel weniger ausgestattet, obwohl es sich um eine wirtschaftsstarke Region handelt. Rhein-Main wächst heute noch, jeder Quadratmeter ist umkämpft, ob für Landwirtschaft, Wohnen oder Gewerbe. Derjenige, der sich für Landschaft einsetzt, muss sich in diesem Umfeld durchsetzen.

Wippermann verdeutlicht, dass der Regionalpark ein informelles Instrument ist, das als eine Strategie durch den damaligen Planungsverband entwickelt wurde. Heute ist der Regionalpark als gemeinnützige GmbH ausgegliedert. Ausgangssituation des Regionalparks sind die regionalen Grünzüge, die durch die Regionalplanung festgelegt sind – diese Planung ist im Prinzip eine Verbotsplanung, eine restriktive Planung. Die Strategie des Regionalparks ist, dass er ein aktives Instrument ist, dass er die Menschen dafür begeistern soll – und dafür sind die Landmarken und die Wegebeziehungen tatsächlich ein wichtiges Instrument.

Der Regionalpark ist eines der großen Erfolgsmodelle auf der regionalen Ebene – denn im Vergleich zu Paris beispielsweise ist die Region mit Grünflächen durchzogen und dieses Potenzial wurde nun auch vonseiten der Wirtschaft erkannt, die den Regionalpark als förderungswürdig sieht, als weichen Standortfaktor. Der informelle Charakter der Zusammenarbeit im Regionalpark ermöglicht das Verfolgen von „weiche Strategien“, etwa um in Projekten Nutzer für den Freiraum zu gewinnen. Den Einsatz für Landwirtschaft, Forst und Naturschutz kann eine formelle Planung nicht leisten.

„Was fehlt?“

Ein weiteres Ziel für die Region ist die Entwicklung eines positiven Landschaftsbildes. Hier bezieht sich die Wissenschaft auf **Tom Sieverts** und fragt: „Was ist die Qualifizierung der Zwischenstadt?“

**Dr. Martin Niedermeyer** arbeitet für das Saarland an der **Großregion SaarLorLux**. Hier wird die Frage regionaler Kooperation auf die Spitze getrieben: Die Großregion ist ein politischer Zusammenschluss zwischen den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland, drei belgischen Gebietskörperschaften, der Region Lothringen und dem Mitgliedsstaat Luxemburg, es besteht also eine große Heterogenität in der Zusammensetzung der Partner. Die Region ist natürlich kein politischer Handlungsraum, der von Außengrenzen abgeschlossen ist: Sie hat elf Millionen Einwohner, davon in Grenzregion 200.000 Grenzpendler, und drei Sprachen. Niedermeyer fragt – aus Sicht des Saarlandes als landespolitischer Akteur – „Wie kann man in so einer Region planen?“ Hier müssen passgenaue Lösungen für Planungsfragen gefunden werden. Es handelt sich um eine grenzüberschreitende Agglomeration, in der Instrumente der *Multilevel Governance* angewendet werden. Die Großregion ist Ergebnis eines Prozesses, in dem unterschiedliche Ebenen seit Jahrzehnten eine Zusammenarbeit entwickelt haben, der aber nicht verbindlich ist.

Ausdruck dieser unverbindlichen *Multilevel Governance* ist der Gipfel der Großregion, an dem traditionell die Regierungen der jeweiligen Region in Arbeitsgruppen an der Verbesserung der Kompatibilität arbeiten. Diese regelmäßigen Gipfeltreffen der höchsten politischen Vertreter des erweiterten SaarLorLux-Raums werden seit 1994 veranstaltet. Ziel ist es, die europäische Perspektive der Raumentwicklung auf einen konkreten Raum zu beziehen, auch wenn Europa keine direkten Kompetenzen in der Raumentwicklung hat. Die Abgrenzung der Metropolregion, ihre funktionalen Verflechtungen und mögliche Themen einer Metropolstrategie wurden in einer EPSON-Studie untersucht. Es existiert ein gemeinsames Portal zur Wirtschaftsförderung und auf der konkreten Planungsebene arbeitet die Region an einem gemeinsamen Geoinformationssystem. Für Martin Niedermeyer fungiert SaarLorLux hier auch als Labor Europas und ist Vorreiter für die „kleineren“ Metropolregionen Europas.

In der darauf folgenden **Diskussion** wurde über Fragen der Instrumente und der Anforderungen an Absolventen im Arbeiten mit der Region gesprochen. **Ute Knippenberger** fragt: „Welche Instrumente fehlen uns, oder zeigt die Bandbreite der dargestellten Herangehensweisen bereits die Möglichkeiten, wie Region heute verhandelt werden kann?“

Für **Dr. Reimar Molitor** steht fest: Uns fehlen keine Instrumente, uns fehlt das Management zur Anwendung der Instrumente. Das Managementproblem ist, dass wir trotz knapper Kassen Unmengen Geld für Raumgestaltung ausgeben. Es gibt Fördermittel für Landschaft, für Radwegebau, aber wer koordiniert diese Dinge, damit wir zu einem guten Raumzustand



gelangen? Die Kommunen leisten das nicht, denn sie haben ein systemisches Problem, sie haben den Auftrag, sich um sich selbst zu kümmern – und Landschaft existiert nie allein auf dem Gebiet einer Kommune.

*„Wie sieht es mit den Hochschulabsolventen aus, was müssen die Studierenden mitbringen, um im Maßstab der Region zu arbeiten? Sind das nur Grenzgänger?“*

Für **Jutta Wippermann** ist eine zentrale Qualifikation die Fähigkeit, maßstabsübergreifend zu arbeiten: im Regionalpark gibt es Projekte vom Maßstab einer einzelnen Skulptur bis zur 140 Kilometer langen Route.

**Dr. Martin Niedermeyer** erwartet vielleicht am allerwenigsten die Kenntnis klassischer Planungswerkzeuge. Man muss Ortskenntnis und interkulturelle Kompetenz mitbringen, und auch für das Arbeiten in der Region SaarLorLux sollte man zwischen den Maßstabsebenen wechseln können.

**Dr. Reimar Molitor** erwartet von den Studierenden, dass ihnen, wenn sie ans Fenster treten, zehn Themen für eine Diplomarbeit einfallen. Doch gerade was das Zusammenspiel von Akteuren in den verschiedenen Ebenen angeht, sind die Absolventen nicht sofort einzusetzen: *„Wir müssen Nachsorge betreiben!“*

Darauf Bezug nehmend läutet **Prof. Dr. Rainer Danielzyk** den **2. Teil** ein, **Regionale Gestaltung in Lehre und Forschung**. Er konstatiert: *„Die eben getroffenen Aussagen können das Hochschulsystem nicht zufriedenstellen!“*

**Prof. Dr. Martin Prominski** arbeitet bereits daran, im **Studio Urbane Landschaften** regionales Entwerfen in die Lehre zu implementieren – am Thema der künftigen Energielandschaften. Er verdeutlicht, dass die Energiewende ein explizit regionales Thema ist, die Region sei der richtige Maßstab, um das Thema räumlich anzugehen. Zentral für Prominski ist, dass die Kernstädte flächenmäßig nicht in der Lage sein werden, sich mit erneuerbaren Energien zu versorgen; und dies führt in Zukunft zu Stadt-Land-Kooperationen und zu einem neuen Verhältnis.

Eine ganzheitliche regionale Perspektive beim Aufbau der Energieinfrastruktur zu entwickeln ist laut Prominski auch deshalb so wichtig, um die Fehler, die aus einer eindimensionalen Sicht beim Aufbau der Infrastrukturen des Individualverkehrs der Sechziger- und Siebzigerjahre gemacht wurden, nicht zu wiederholen. An der Uni Hannover betreute er zusammen mit **Prof. Dr. Rainer Danielzyk** ein Bachelorprojekt in der Region Bremen. Die Projekte darin sollten sich mit der Energieversorgung durch Wind, Biomasse und Fotovoltaik beschäftigen. Das Projekt hatte einen langen analytischen Vorlauf und forderte auch Akteursbefragungen mit Behörden und Bewohnern. Die Studierenden präsentierten Potenzialflächenuntersuchungen und beschäftigten sich mit Beteiligungsmodellen. Zentral war auch die Frage nach der Lastenverteilung innerhalb eines Raums, wofür in den Analysen Landschaftstypologien untersucht wurden

und die Konzepte auf Teilräume in der Region angepasst werden konnten. Martin Prominski konstatiert, dass solche großräumigen Visionen derzeit stark nachgefragt sind. Er sieht hier eine Chance, dass Projekte von den Universitäten entwickelt werden können und der Praxisbezug der Lehre verstärkt wird.

**Jörg Knieling** hebt in seinem Studio **Metropolitan Design** das Thema regionaler Entwurf heraus – für ihn ist wichtig zu fragen, welche Chancen, welche Risiken im Entwerfen in dieser Maßstabsebene liegen. Welche Themen sind für die Lehre geeignet, welche Fragestellungen ergeben sich aus der Forschung?

Wie Knieling verdeutlicht, tauchen derzeit europaweit in unterschiedlichen Städten und Regionen Leitbildprozesse auf dieser Maßstabsebene auf – das stellt aus seiner Sicht tatsächlich einen neuen Zugang zu Regionalplanung dar. Er stellt einzelne Beiträge von 90 Teilnehmern eines Wettbewerbs für regionalen Entwurf in Helsinki vor. Es zeigt sich, dass Entwerfen auf der regionalen Ebene Projekte hervorbringt, die sehr unterschiedlich in ihrer Herangehensweise und in ihrer Erfassung des Handlungsraums sind. Der regionale Entwurf hat den Vorteil, dass er eine kommunikative und visuelle Qualität einbringt, die klassische Regionalplanung nicht leistet. Knieling sieht dabei eine große Chance, diese unterschiedlichen Ansätze nicht gegeneinander auszuspielen, sondern zusammenzudenken – aus seiner Sicht auch eine interessante Perspektive für die Lehre.

In der darauf folgenden **Diskussion** verdeutlicht **Tom Sieverts**, dass die fundamentalen Unterschiede in den Herangehensweisen der stark rationalen Regionalplanung und des poetisch-bildhaften regionalen Entwerfens nicht unterschätzt werden sollten. Aus Sieverts Sicht muss Letzteres das leisten, was die rationale Analyseebene nicht leisten kann, nämlich ein Bild des Raums zu entwickeln. Aus Sicht von Tom Sieverts sind diese Ebenen aber zunächst sauber zu trennen, bevor sie zusammenwachsen sollten. Knieling sieht ebenfalls die bildhafte Qualität in den Projekten etwas unterrepräsentiert und formuliert hier ein interessantes Feld für weitere Vertiefung einer Lehre des regionalen Entwerfens.

Darauf stellt **Markus Neppi** die Entstehung und die Ergebnisse der ersten Phase des Doktorandenkollegs **Internationales Forschungslabor Raum** vor. Wie Neppi hervorhebt, wird die systematische Ausbildung und Koordination von Doktoranden in Architektur- und Planungsfakultäten nicht praktiziert. Was in anderen Disziplinen ein fester Bestandteil der Forschungsorganisation ist, findet in diesem Themenfeld eher sporadisch statt und geschieht mehr oder weniger in Einzelinitiative. Dabei sind die Anzahl der Arbeiten und das Themenspektrum beachtlich, wie die

Übersichtsbroschüre, die anlässlich des Hochschultages entstanden ist, sehr eindrucksvoll zeigt. Vor diesem Hintergrund fanden sich auf Initiative von Bernd Scholl die Kollegen Andreas Voigt, Walter Schönwandt, Udo Weilacher, Michael Koch und Markus Neppi von unterschiedlichen Universitäten zusammen und gründeten das Internationale Doktorandenkolleg Forschungslabor Raum 2007–2011. Auf informeller Basis entstand eine feste Gruppe, die sich dreimal im Jahr zu Doktorandenwochen an den jeweiligen Standorten Zürich, Wien, Stuttgart, München, Hamburg und Karlsruhe einfand.

Jeder Doktorvater konnte fünf Kandidaten nominieren, die wiederum an den Heimatuniversitäten als Doktoranden registriert waren. Neben dem intensiven persönlichen Austausch stand aber vor allen Dingen der fachliche wissenschaftliche Diskurs im Mittelpunkt dieser Wochen. Obwohl ein thematischer Schwerpunkt mit der Entwicklung der europäischen Metropolregionen gesetzt war, hatte jeder Doktorand genügend Spielraum, sein Thema selbst zu definieren und im Laufe der Bearbeitung weiterzuentwickeln. Durch die intensive Zusammenarbeit der Disziplinen Raumplanung, Landschaftsarchitektur, Planungstheorie und Quartiersplanung wurden alle Beiträge systematisch von unterschiedlichen Seiten kritisch hinterfragt und inspiriert.

Die ersten Ergebnisse sind vielversprechend, so haben sich die Arbeiten wie auch die Doktoranden selbst kontinuierlich weiterentwickelt und aus Kollegen, die sich sonst eher nur oberflächlich bei den üblichen Gelegenheiten begegneten, ist eine verschworene Gemeinschaft geworden. Diese „Forschungsreise“ wurde dokumentiert und ist jetzt im Jovis Verlag Berlin unter dem Titel „Forschungslabor Raum. Das Logbuch“ erschienen.

Abschließend verdeutlicht **Michael Koch** in der **Diskussion**: Regionales Entwerfen, Governance auf der Ebene der Region, benötigt die Fähigkeit, interdisziplinär zu kommunizieren und einen Raum maßstabsübergreifend zu erfassen und zu bearbeiten. Als Schlussfolgerung formuliert **Ute Knippenberger**, dass die Euphorie beim Thema Region insofern vor- bei sei, als dass regionales Handeln und regionale Projekte Realität im Planungs- und Lehralltag geworden sind. Angesichts der Anforderungen an die Hochschulausbildung, die im ersten Teil formuliert worden sind, ist es im zweiten Teil bereits klar geworden, dass das Thema etabliert ist und fortentwickelt wird. Gerade die Gestaltung der Region, der Entwurf im regionalen Maßstab als Ergänzung und als Spielbein der Regionalplanung, wird weiterhin von Bedeutung sein und ist auch von der Praxis nachgefragt. Das Thema erneuerbare Energien verspricht weiteren Auftrieb – die Region: ein notwendiges Aufgabenfeld für die Zukunft.



# Einordnung Nationale Stadtentwicklungspolitik

## Kurzbericht Forum G

### Zusammenfassung von Prof. Dr. Uwe Altrock

**Einführung und Moderation:**  
**Prof. Dr. Uwe Altrock**  
*Universität Kassel*

**Prof. Dr. Max Welch Guerra**  
*Bauhaus-Universität Weimar*

Das Forum G hatte sich zum Ziel gesetzt, die Nationale Stadtentwicklungspolitik (NSP) als besonderen Politikentwurf zu reflektieren und dabei eine Auseinandersetzung mit Selbstverständnis, Gewordenheit, Steuerungsanspruch, Rezeption in der Praxis, Wirkungen und möglichen Zukünften der NSP in ihrer Gesamtheit zu führen. Damit sollte das Forum explizit eine Ergänzung zu den eher an den Einzelthemen der NSP orientierten anderen Foren bilden.

In seiner Einführung wies **Prof. Dr. Max Welch Guerra** (Bauhaus-Universität Weimar) darauf hin, dass Stadtentwicklungspolitik als Politikfeld im politikwissenschaftlichen Sinn zu verstehen ist, die NSP aber darüber hinaus einen besonderen Anspruch – trotz der kommunalen Planungshoheit und der Bedeutung der Länder – hinsichtlich der Beeinflussung der Entwicklung von Städten erhebt, der im internationalen Vergleich mit den zur Verfügung stehenden harten und weichen Instrumenten hervorzuheben ist. Dem Politikfeld Stadtentwicklung komme trotz des Neoliberalismus weiterhin eine beachtliche Bedeutung zu, da es durch den Städtebau einen Beitrag zur Anpassung der Städte an die sich ständig verändernden kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung leiste – was keineswegs selbstverständlich sei. Die räumliche Planung sah er als einen wichtigen Mechanismus zur gesellschaftlichen Konsensfindung an. Die NSP diene der Optimierung von Effektivität und Effizienz des Politikfelds in der Konkurrenz zu anderen Politikfeldern, nicht zuletzt auch im Rahmen der Überlegungen zu Kürzungen im Haushalt. Ihr komme eine wesentliche Bedeutung bei der Integration der Fachwelt in die Arbeit des Bundesministeriums zu.

**Prof. Dr. Uwe Altrock** (Universität Kassel) ging danach auf Begriff, Verständnis und Programm der NSP sowie Einordnung und Stellenwert der NSP im internationalen Vergleich ein. Er wies auf die Vorreiterrolle des Vereinigten Königreichs hin, das wegen seiner zentralstaatlichen Organisation schon viel früher als in Deutschland ähnliche politische

Instrumente zur Verfügung gehabt habe, egal wie man sie im Einzelnen beurteilen mag. Er wies weiter auf die vielfältigen Vorformen der NSP in Deutschland hin, etwa die Städtebauförderung und den Bau wichtiger Infrastrukturen, und machte deutlich, wie die NSP im föderalen Zusammenhang einen angemessenen Umgang mit den Möglichkeiten des Bundes darstelle, die räumliche Entwicklung in Deutschland zu beeinflussen. Dabei sei nicht zuletzt auch auf die begleitenden Instrumente wie die Raumb Beobachtung oder die experimentellen Zugänge wie ExWoSt (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau) hinzuweisen. Mögliche Stoßrichtungen einer nationalen Stadtentwicklungspolitik seien Verbreitung von Erfahrungen und Erkenntnissen, Innovationsförderung, die Organisation von Lernprozessen und eingeschränkt die Steuerung von Entwicklungen selbst. Wesentliche Neuerungen seien systematische Begleitforschung, Evaluierung und Monitoring, Kommunikationsplattformen und die Herstellung gesellschaftlicher Relevanz über Thematisierung von Stadtentwicklung in der Gesellschaft. Insgesamt stehe dies trotz aller Schwierigkeiten für ein verändertes, stärker kooperatives und vielschichtiges Steuerungsverständnis des Bundes.

Auf dem Podium wies **Prof. Peter Zlonicky** auf die wesentlichen Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Kreisen hin, die als Vorreiter der NSP angesehen werden können, und auf die Legitimationskraft der Inhalte der NSP, die auch von Kommunen und Ländern sowie anderen Beteiligten der Stadtentwicklung schließlich akzeptiert wurden. Entscheidend sei auch die europäische Komponente, die sich in der „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ 2007 niedergeschlagen habe, mit der Neubelebung einer integrierenden Stadtentwicklung und der Konzentration auf schwierige und benachteiligte Stadtteile.

**Anne Katrin Bohle** (Abteilungsleiterin Stadtentwicklung und Denkmalpflege im Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW) verwies auf die eher ängstliche



Haltung der Länder am Anfang der NSP, da befürchtet wurde, dass sie deren Bedeutung hätte reduzieren können. Die Erfahrung habe jedoch gezeigt, dass die NSP als Forum für integrierte Stadtentwicklung zu den Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen eine weitere Facette hinzugefügt hat, die niemandem etwas wegnehme. Nur in Kooperation sei die anspruchsvolle Aufgabe der integrierten Stadtentwicklungspolitik möglich. **Barbara Engel** (Abteilungsleiterin Stadtplanung Innenstadt, Dresden) sprach die Themensetzungsfunktion der NSP jenseits des kommunalen Alltags mit Katalysatorfunktion in die europäische Ebene hinein an. Kommunen hätten allerdings eine große Skepsis gegenüber den Aktivitäten von Bund und Land, so dass ein Hineinregieren hier nicht angezeigt sei. Kommunen müssten in Richtung der Fachöffentlichkeit und Zivilgesellschaft kommunizieren und seien deshalb ohnehin in einer anderen Rolle als Bund und Länder.

**Stephan Reiß-Schmidt** (Stadtdirektor im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, München) betonte ebenfalls die anfängliche Sorge der Kommunen, dass sie Ressourcen und Kompetenzen an die NSP abgeben müssten, vor allem auf politischer Leitungsebene. Eine Evaluierung der NSP zeige, dass diese bei dem Mangel an Legitimation für integrierte Stadtentwicklung bei deren Umsetzung helfe, die unter mangelnder Sichtbarkeit leidende gesellschaftliche Relevanz der Stadtentwicklungspolitik könne sie allerdings nur in der Fachwelt erhöhen. Das Ressourcenproblem der Stadtentwicklung konnte nicht überwunden werden. Innovationen konnten durch die NSP und ihre Instrumente unterstützt werden, gerade im Hinblick auf den Transfer von Ideen, die von vielfältigen Akteuren ausgehen.

Schließlich sei die Umsetzung von Stadtentwicklungsthemen im kommunalen Alltag erwartungsgemäß durch die NSP kaum verändert worden. In der Diskussion wurde auf die einzigartige planungskulturelle Bedeutung der NSP eingegangen, mit einer gewissen Sensibilisierungsfunktion hinsichtlich der kommunalen Politik. Mehrere Beiträge verwiesen dennoch auf die inhärenten Schwierigkeiten, die breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Aus der öffentlichen Unterbewertung der Stadtpolitik im Vergleich resultiere weiterhin die Notwendigkeit, an der öffentlichen Thematisierung zu arbeiten. Kontrovers wurde in diesem Zusammenhang auch die Rolle der Wissenschaft und ihres Einflusses auf die Politikformulierung und Politikweiterentwicklung diskutiert.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die NSP keine Konkurrenz zwischen den Städten und dem ländlichen Raum aufmache. Ähnliche integrierte Ansätze würden – mit großem Budget – insbesondere unter Führung der EU im ländlichen Raum schon seit längerer Zeit verfolgt. Auch die Verkehrspolitik verfüge über ein sehr großes Budget.

Seit der Leipzig-Charta hätten sich durch Finanzkrise, Klimadebatte und Energiewende die Rahmenbedingungen der Stadtentwicklungspolitik in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich verändert. Insofern sei die NSP möglicherweise noch wichtiger geworden. Ihr komme vor allem dann Bedeutung zu, wenn sie bedeutende Akteure etwa aus der Wirtschaft, die üblicherweise mit sektorialem Ansatz die Städte verändern, in eine stärker integrierte Sichtweise einbeziehen kann. Insbesondere durch den hohen Erneuerungsbedarf der städtischen Infrastruktur würden sich hier wieder neue Chancen und eine besondere Verantwortung für die NSP ergeben.

## Blick nach vorne – Ziele und Aufträge für künftige HST

Zusammenfassung von Prof. Julian Wékel



**Moderation:**

**Prof. Julian Wékel**

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, TU Darmstadt

**Teilnehmer als Vertretungen der Statusgruppen aus Wissenschaft und Forschung:**

**Dr. Natalie Eßig**

TU München

**Lex Faber**

Bundesfachschaft Stadt- und Raumplanung

**Dr. Ulrich Hatzfeld**

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

**Dr. Ute Knippenberger**

Stadt Kronberg im Taunus

**Prof. Kunibert Wachten**

RWTH Aachen

Die abschließende Podiumsdiskussion, die später in das Plenum erweitert wurde, sollte über ein erstes Fazit der Veranstaltung hinaus Empfehlungen für die Arbeit der Vorbereitungsgruppe des nächsten Hochschultages formulieren. Die Einschätzung des zu Ende gehenden 3. Hochschultages war auch aus unterschiedlicher Perspektive überaus positiv, auf dem Podium und später in den Plenumsbeiträgen.

Hervorgehoben wurden unter anderem:

- Die Einzigartigkeit des Hochschultages als eine alle universitären Standesgruppen einbeziehende Tagung mit dem Anspruch gleichzeitigen Praxisdialogs. *Prof. T. Krüger, Hamburg*
- Die Möglichkeit des Hochschulen übergreifenden Austauschs und der Kommunikation zu Themen der Forschung in ihrer Relevanz für die praktische Arbeit in der Stadtentwicklung. *Prof. M. Koch, Hamburg*
- Die weiterführenden Aussagen in den beiden grundlegenden Hauptreferaten des Vormittags, die einen Einstieg in neue und eigenständig aus der Wissenschaft formulierte Fragen an die Nationaler Stadtentwicklungspolitik, aber vor allem auch ein Überdenken der Lehrpraxis forderten. *Prof. M. Welch-Guerra, Weimar*
- Die Qualität der Diskussionen in den Foren als Ergebnis der engagierten ehrenamtlichen Arbeit in der Vorbereitungsgruppe und den Arbeitsgemeinschaften zu den Themen der Foren. *Dr. U. Hatzfeld – Podium*
- Die Schwerpunktsetzung auf konkrete Einzelfragen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in den Foren, die es erlaubte, die Praxisvertreter weit stärker als in den beiden vorangegangenen Hochschultagen in den Dialog einzubinden. *Dr. U. Knippenberger – Podium*
- Die Möglichkeit, anhand der Diskussion konkreter Studienprojekte auch die Qualität didaktischer Ansätze zu überprüfen. *Prof. K. Wachten*
- Die Präsentation von Zielsetzungen, Arbeitsprozess

und Ergebnissen der Sommerschule als ein maßgeblich von den Studierenden konzipierter Programmpunkt. *L. Faber – Podium*

In einem zweiten Schritt wurden Anregungen und Empfehlungen zur Weiterarbeit in der Vorbereitung eines vierten Hochschultages gegeben:

- Eingangs bekräftigte Dr. Ulrich Hatzfeld nochmals die Bereitschaft des Bundesministeriums, weitere Hochschultage zu unterstützen, mahnte aber gleichzeitig die zunehmende Verantwortung und Eigeninitiative der Hochschulen für die Zukunft dieser als ein befristetes Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik angeschobenen Veranstaltungsreihe an. Aus seiner Sicht sei es ein wesentlicher zusätzlicher Auftrag angesichts der so vielfältigen deutschen Universitätslandschaft und der hohen Studierendenzahl, im fachlichen Zusammenhang von Stadtentwicklung endlich auch eine größere Außenwirkung für entsprechende Fragestellungen zu erreichen. Dies gerade, weil der Gegenstand Stadtentwicklung kein Handlungsfeld von besonderer politischer Aufmerksamkeit und Lobbyarbeit sei. Er verdeutlichte zudem die Tendenz, dass sich viele Akteure in ökonomisch selbst tragenden Entwicklungsaufgaben zunehmend vom Dialog mit fachlichen und politischen Sichtweisen verabschiedeten. Dies sah er für die Immobilienwirtschaft bereits als vollzogen an und befürchtete es auch für die Entwicklung von eigenständigen Strategien in der Energiewirtschaft.
- Besondere Bedeutung solle auch in Zukunft dem Austausch unter jungen Wissenschaftlern zukommen. Hier sei mit der erst im letzten Jahrzehnt verstärkt wahrgenommenen Möglichkeit von Promotionen in Architektur und Städtebau ein neuer Bedarf entstanden, Erfahrungen und berufliche Perspektiven im Bereich eigener Forschung zur Diskussion zu stellen. Mit den Stichworten Klima, Energie und Ressourcenbezug wären auch





vollkommen neue Themen verbunden. Schließlich stelle sich eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der Perspektive, im wissenschaftlichen Bereich Fuß zu fassen. *Dr. N. Essig – Podium*

- Auch die Studierenden erhofften sich, in zukünftigen Hochschultagen über die ihnen bereits gebotene Mitwirkung (Sommerschulen) hinaus strukturell umfassender einbezogen zu sein, als Referenten etwa in den Foren und im Plenum – nicht nur in ihrer Rolle als Auszubildende, sondern auch als Repräsentanten und Stimme der jüngeren Generation. *L. Faber – Podium*
- Mehrere Rednern wiesen auf die gesellschaftliche Rolle und Funktion der Wissenschaft und ihrer institutionalisierten universitären Form hin, die gesellschaftliche Praxis kritisch zu begleiten und zu deren Weiterentwicklung neue Fragen und Inhalte zu formulieren. Dies müsse noch stärker in den Themen des Hochschultages und ihrer systematischen Vorbereitung berücksichtigt werden. *Prof. M. Welch-Guerra, Weimar und Prof. T. Krüger, Hamburg*
- Mehrfach wurde die Bitte geäußert, dass bei aller sinnvollen Verlagerung von Initiative auf die Hochschulen das Bundesministerium in jedem Fall weiterhin wichtigster Praxispartner sein solle.
- Kontrovers wurde der Vorschlag diskutiert, den Hochschultag als Bühne mit stärkerer internationaler Orientierung auszubauen – zumal die deutsche Wissenschaft zu Themen praktischer Stadtentwicklung auf dieser Ebene absolut unterrepräsentiert sei. *Prof. A. Theirstein, München*
- Dem Letzteren wurde die bereits oben angeführte Alleinstellung des Hochschultages als Ort und Möglichkeitsraum des Austauschs sowohl der einzelnen Universitäten, als auch der Wissenschaft und Praxis übergreifenden Kommunikation gegenübergestellt. Eine Erweiterung auf die internationale Ebene könne hier schnell zur Überforderung führen. *Prof. M. Koch, Hamburg*
- Ebenso kontrovers wurde der Vorschlag aufgenommen, mit einer

Reihe kleinerer Veranstaltungen die Themen und Diskussionen des Hochschultages aufzugreifen. *Plenum N. N.*

- Breiter Konsens bestand über den Vorschlag zur Zukunft des Hochschultages aus dem Städtebau-Institut der Universität Stuttgart, vorgetragen von Prof. Franz Pesch (vgl. Beitrag in dieser Broschüre „Hochschultag Nationale Stadtentwicklungspolitik – Einige Anregungen“ auf Seite 48). Wesentliche Botschaften sind die noch stärkere inhaltliche Fokussierung, Hochschultage in Verantwortung gastgebender, jeweils wechselnder Hochschulen, Erarbeitung einer über die Fachwelt hinaus wahrgenommenen Abschlusserklärung als Ergebnis der Tagung.

Das Plenum votierte dafür, diesen Vorschlag als Basis und Ausgangspunkt der Diskussion in der Vorbereitungsgruppe für den nächsten Hochschultag zu nutzen.

#### **Nachbemerkung:**

Zwischenzeitlich wurde dieser Vorschlag von der Vorbereitungsgruppe erörtert und für den nächsten Hochschultag insofern weiterentwickelt, dass zwar eine Auftaktveranstaltung zum 4. Hochschultag an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen im Juni 2013 stattfinden wird, also die empfohlene Eigeninitiative auf Hochschuleseite realisiert wird. Der nächste Hochschultag soll dann allerdings im Frühjahr 2014 erneut in Berlin stattfinden. Ebenfalls den Stuttgarter Vorschlag aufnehmend, wird er sich stärker inhaltlich konzentriert in mehreren Foren mit dem Rahmenthema „Wohnen und Stadtentwicklung“ auseinandersetzen. Die Auftaktveranstaltung in Aachen soll hierbei vor allem die Grundlage für einen noch breiteren und vertieften Dialog mit der Praxis bilden.

Als allgemeines Fazit ist zum Abschluss festzustellen, dass der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik nach dreimaliger Veranstaltung als ein fest etablierter Bestandteil des bundesdeutschen Planungsdiskurses angesehen werden kann.

## Das Engagement der Hochschulen trägt den Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik



**Dr. Ulrich Hatzfeld**  
Leiter der Unterabteilung  
Stadtentwicklung, Ländliche  
Infrastruktur im Bundesminis-  
terium für Verkehr, Bau und  
Stadtentwicklung

Ein guter Tag und eine gute Tagung gehen zu Ende. Prägend waren sicher die **Reden, Vorträge und Präsentationen**. Da der strategische Ansatz, die Verfahren und das Themenspektrum der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Mittelpunkt des heutigen Hochschultages standen, haben die Beiträge eine unmittelbare Relevanz für das Ministerium. Die in den Statements entwickelten Einschätzungen und Anregungen und vor allem auch der kritische Dialog über fachliche Orientierungen, Steuerungsansätze und Umsetzungswege werden deshalb die Zukunft dieses Politikbereichs mitbestimmen. Daran ändert auch nichts, dass die Bewertungen und Schlussfolgerungen mitunter widersprüchlich ausgefallen sind. Solange „unser Metier“ der Stadtentwicklung so hoch komplex ist, von widerstreitenden Interessen geprägt wird und zuweilen auch Moden folgt, ist es naheliegend, dass Bewertungen und auch Handlungsempfehlungen unterschiedlich ausfallen. Besonders große Einigkeit bestand allerdings meinem Eindruck nach in der sehr positiven Bewertung des zentralen studentischen Beitrags, in dem sich inhaltliche Innovationen mit professioneller Präsentation verbunden haben. Spätestens jetzt hat die Idee der Sommerschule ihre Feuerprobe bestanden. Zu den herausragenden Beiträgen gehört sicher auch der Bericht aus der Praxis, mit dem Herr Oberbaudirektor Professor Jörn Walter deutliche Akzente gesetzt hat. Ein weiteres zentrales Element des Hochschultages war auch heute wieder der **offene und unmittelbare Diskurs** aller derjenigen, die in Theorie und Praxis in den Prozess der Stadtentwicklung involviert sind. Als geeignete Form für diesen Diskurs haben sich erneut moderierte und diskursive Arbeitsgruppen erwiesen, die ganz nebenbei eine kommunikative Auflockerung und Bereicherung der Hochschultagdebatten bewirken. In guter akademischer Tradition wurde in den kleineren Gruppen engagiert argumentiert, polarisiert und zuweilen auch lamentiert – aber es hat zu keiner Zeit an einem respektvollen Umgang miteinander gefehlt. Eine

sehr gute Idee war die intensive inhaltliche Vorbereitung der Arbeitsgruppen im Vorfeld des Hochschultages.

Schließlich haben wir die Themen des Hochschultages in vielen **Einzelgesprächen** vertieft – und dabei neue Kontakte geknüpft, alte Bekanntschaften vertieft, Pläne entwickelt oder hoffnungsvolle Verabredungen getroffen. Diese Kommunikation „am Rande“ ist inzwischen zum festen Bestandteil des Hochschultages geworden. Denn obwohl wir inzwischen große Teile des Tages im Internet verbringen und unentwegt Mails, Memos und Texte bearbeiten: Wissenschaft braucht eine persönliche Kommunikation und eine intensive Vernetzung derer, die sich der Wissenschaft verschrieben haben. Gute Ideen entstehen eben nicht nur beim intensiven Nachdenken, sondern auch im entspannten Gespräch am Rande. Und ich denke und hoffe, dass es in diesen Gesprächen zu neuen Kooperationsbeziehungen zwischen Menschen aus Hochschulen, Ministerien, Instituten, Verbänden und der Praxis gekommen ist.

Natürlich hat auch dieser Hochschultag sein eigentliches Ziel nicht aus den Augen verloren, nämlich die Herstellung eines direkten und kontinuierlichen **Dialogs zwischen den Sphären von Wissenschaft, Politik und Praxis**. Dabei geht es nicht um schlichte Politikberatung. So wie die wissenschaftliche Analyse und Theoriebildung in der Stadtentwicklung immer wieder der „Erdung“ durch planungspraktische Erfahrungen bedarf, ist auch die Praxis gut beraten, sich über neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu informieren und die wissenschaftlichen Handlungsvorschläge zu prüfen. Versteht man die Profession der Stadtentwicklung als angewandte Sozialwissenschaft, die zudem den Anspruch hat, die Wirklichkeit in den Städten und Gemeinden tatsächlich zu verändern, muss man sich klar machen, dass Kommunikation und der Transfer von Wissen und Erfahrungen zu den grundlegenden Erfolgsvoraussetzungen gehören. Wir hoffen, dass es dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und der Deutschen Akademie für

Städtebau und Landesplanung auch mit diesem Hochschultag gelungen ist, das dazu erforderliche kommunikative Netzwerk zu stärken.

Gleichwohl dürften wir uns einig sein, das im Bereich dieser Kommunikation und Vernetzung noch einiges zu tun ist. Wir werden wohl auch in Zukunft darüber sprechen müssen, wo es im Verhältnis zwischen Hochschulen beziehungsweise Wissenschaft und Politik beziehungsweise Praxis **Defizite oder noch nicht ausgeschöpfte Potenziale** gibt. Ich schlage vor, sich dabei nicht immer reflexartig auf Defizite zu konzentrieren. Denn man sollte sich immer wieder vergegenwärtigen, dass es nur wenige Länder in der Welt gibt, in denen wir eine so dichte und ausdifferenzierte Wissenschaftslandschaft und zugleich eine fachlich so qualifizierte und methodisch so professionelle Planungsverwaltung finden wie in der Bundesrepublik. Es gehört zu unseren Aufgaben, diese Potenziale – auch in ihrem Zusammenwirken – zu nutzen.

Zu den Potenzialen gehört auch die vielleicht kurze, aber sicher hoffnungsvolle **Historie des Hochschultages** der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Herr Staatssekretär Rainer Bomba hat heute auf die vielen Projekte hingewiesen, in denen das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bereits mit den Hochschulen kooperiert. Die Zusagen des BMVBS, die beim letzten Hochschultag gemacht wurden, wurden allesamt umgesetzt. Auch der heutige Hochschultag wurde vom Bundesministerium unterstützt und finanziell gefördert. Analog gilt das für die Sommerschule. Die Ringvorlesungen zu Themen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik finden statt und auch der damals angekündigte Wettbewerb zur Nachwuchsförderung wurde unter dem Titel „Tatort Stadt“ durchgeführt. Die mit dem Hochschultag verbundenen Dialogforen zwischen Hochschulen und Ministerium wurden fortgesetzt und haben zum Erfolg des heutigen Tages maßgeblich beigetragen.

Wenn uns der heutige Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gut gelungen ist, so liegt die Betonung eindeutig auf dem Wort „uns“. **Ich bedanke mich.** Ohne die intensive Vorbereitung und engagierte Begleitung einer Vielzahl von Professorinnen und Professoren, von Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und vor allem auch von Studierenden wäre der heutige Tag nicht nur kein Erfolg geworden, sondern die Konferenz hätte gar nicht stattfinden können. An dem Arbeits- und Diskussionsprozess waren insgesamt mehr als 25 Universitäten und Hochschulen beteiligt – deren erfolgreiche Koordination schon fast an Zauberei grenzt. Bedanken möchte ich mich ausdrücklich bei der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und bei ihrem Präsidenten, Herrn Professor Michael Krautzbeger, und dem

Wissenschaftlichen Sekretär der DASL, Herrn Professor Julian Wékel, der wohl für große Teile der Zauberei verantwortlich ist. Den organisatorischen Rahmen hat – wiederum beeindruckend – Frau Professor Dorothee Dubrau geschaffen. Ich denke, wir alle haben uns bei den vielen Helferinnen und Helfern zu bedanken, die den technischen Ablauf sichergestellt und auch für ein hervorragendes Catering gesorgt haben. Einschließen in die Danksagung möchte ich ausdrücklich auch die zuständigen Mitarbeiter im Ministerium – und hier vor allem Frau Almuth Draeger – und die Organisatoren und Teilnehmer der Sommerschule, die seit einigen Jahren in Kooperation mehrerer Hochschulen durchgeführt wird und die ihre Arbeitsergebnisse heute in so beeindruckender Weise hier präsentiert hat. Dank an Frau Professor Christa Reicher und Herrn Professor Dietrich Henkel. Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Studentinnen und Studenten, das war eine überzeugende Leistung.

Meinem Eindruck nach hat das große Engagement der Hochschulen die Qualität des Dialogprozesses und damit des Hochschultages deutlich gesteigert – und sozusagen nebenbei Maßstäbe für kommende Hochschultage gesetzt. Es ist nicht unbekannt, dass sich das Bundesministerium für die Zukunft einen von den **Hochschulen selbst organisierten und getragenen Prozess von Hochschultagen** wünscht; Stück für Stück sollte die Verantwortung für die Konferenz an die Hochschulen übergehen. Denn langfristig kann ein Hochschultag nur funktionieren, wenn sich die Hochschulen selbst dafür verantwortlich fühlen. Dabei kann man – nach einer Übergangsphase – durchaus über einen von einer oder von mehreren Hochschulen getragenen Hochschultag nachdenken. Ich möchte mich nochmals ausdrücklich bei Herrn Professor Franz Pesch dafür bedanken, dass er heute eine erste Strukturierung für eine solche Zukunft vorgelegt hat. Ich bitte alle beteiligten Hochschulen, sich zu diesem Vorschlag nicht nur eine Meinung zu bilden, sondern auch Schritte zu dessen Umsetzung zu diskutieren beziehungsweise vorzuschlagen.

Ziel bleibt dabei immer, die bisherigen Qualitäten zu sichern und im Sinne einer verstärkten Eigeninitiative und Verantwortlichkeit der Hochschulen auszubauen. Ich bitte Sie, dass nicht als einen Rückzug des Ministeriums zu interpretieren, sondern als Chance und inhaltliches Angebot zu verstehen. Über die künftige inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung des Hochschultages werden wir gemeinsam in den kommenden Monaten diskutieren.

Ihnen allen danke ich für die Teilnahme und lade Sie schon heute sehr gern zum 4. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ein.



# Hochschultag Nationale Stadtentwicklungspolitik – Einige Anregungen

Prof. Dr. Franz Pesch, Städtebau-Institut, Universität Stuttgart

25.04.2012

Vom 26. bis zum 28. April 2012 fand in Berlin der 3. Hochschultag statt, den das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), assistiert von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, ausgerichtet hat. Zum Dialog waren Hochschulangehörige aller Statusgruppen und Vertreterinnen und Vertreter aus der beruflichen und politischen Praxis, deren Arbeit auf den Planungs- und Forschungsgegenstand „Stadt“ fokussiert ist, eingeladen. Der seit 2009 stattfindende Konvent der Fakultäten für Architektur-, Stadt- und Raumplanung konnte sich in dieser kurzen Zeit als wichtige Plattform für den Austausch zwischen den Hochschulen und der Praxis über zentrale Fragen der Stadtentwicklung etablieren. Im Zentrum der Diskussion steht die Zukunft der europäischen Stadt vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen Klimawandel, Demografie und Soziale Integration bzw. Inklusion. Angesichts der globalen Dimension dieser Fragen haben die Organisatoren den Hochschultag von Beginn an als Forum des internationalen Austauschs verstanden. Der 3. Hochschultag soll als Chance genutzt werden, eine erste Bilanz zu ziehen und die Perspektiven der nächsten Treffen zu erörtern. Für die anstehenden Weichenstellungen sollen folgende Thesen zur Diskussion gestellt werden:

## **1. Der Hochschultag: Eine Zukunftsinitiative der Hochschulen**

Als Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik lebt der Hochschultag bisher von der organisatorischen und finanziellen Unterstützung des BMVBS. Diese Starthilfe war wesentlich für die Findungs- und Aufbau-phase und ist von den Akteuren aus Wissenschaft, Planungspraxis und Politik als hilfreich wahrgenommen worden. Vor allem der Dialog zwischen den Hochschulen und der kommunalen Planungspraxis profitiert von der Initiative des Bundes. Nach einem positiven Beginn erklären sich die Hochschulen nun bereit, zukünftige Hochschultage – nach einer Übergangsphase – unter der Regie jeweils einer oder mehrerer kooperierender Hochschulen an wechselnden Orten in eigener Trägerschaft auszurichten. Eine Mitfinanzierung des Bundes und eine kontinuierliche organisatorische Begleitung wären auch bei wechselnden Veranstaltern essenziell.

## **2. Statusgruppen und Planungspraxis im Dialog**

In der Bundesrepublik arbeiten heute mehr als 60 Universitäten, Fachhochschulen und Akademien auf allen Stausebenen am Thema

Stadtentwicklung. Die Vernetzung und verstärkte Kooperation zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der Gesellschaft bietet ein großes Potenzial, das es zu nutzen gilt. Die Erfahrungen der letzten Jahre legen in diesem Zusammenhang ein klares Profil für den jährlich stattfindenden Hochschultag nahe: Er sollte als Forum dienen

- für einen kontinuierlichen Dialog aller Statusgruppen – erfahrene Wissenschaftler, die nächste Generation der Forscherinnen und Forscher sowie die Studierenden;
- für einen intensivierten Austausch mit der städtebaulichen Praxis – zur Verstärkung des Wissenstransfers und Verständigung über Lehr- und Forschungsschwerpunkte.

## **3. Die Diskussion fokussieren: Themenschwerpunkte setzen**

In den ersten beiden Jahren des Hochschultages standen eine Positionsbestimmung und die Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Statusgruppen und ihrer Aktivitäten im Vordergrund der Diskussion. Der Austausch von Wissenschaft und Forschung mit Planungspraxis und Planungspolitik kam aus Sicht vieler Teilnehmer etwas zu kurz. Damit die Dialogforen mit der Praxis und die Beiträge der Hochschulen zu aktuellen Fragen der Stadtentwicklung mehr Wirkung entfalten können, sollte fachlichen Themenschwerpunkten mehr Raum gegeben werden. In der thematischen Konzentration könnten die Forschungsaktivitäten und -ergebnisse besser sichtbar gemacht werden.

## **4. Fachpolitisch Stellung beziehen: Resolutionen für die europäische Stadt**

Vom Deutschen Hochschultag können nachhaltige Impulse auf die europäische Stadtpolitik und Stadtbaukultur ausgehen, wenn es gelingt, die fachliche Reputation und Kompetenz der versammelten Hochschulangehörigen für die stadtentwicklungspolitische Positionierung zu nutzen. Es wird vorgeschlagen, jeden Hochschultag mit der Verabschiedung einer Resolution abzuschließen, die eindeutig Stellung zu aktuellen Fragen der Stadtentwicklung bezieht und so eine inhaltliche Identifikation des Hochschultages ermöglicht. Die damit verbundene Medienpräsenz soll den Hochschultag als kritische Referenz für das Planungsgeschehen etablieren und stadtentwicklungspolitische Fragen – über die Fachzeitschriften und Feuilletons hinaus – einer breiteren Öffentlichkeit erfolgreich zugänglich machen.

# Treffen der Professoren

Prof. Dr. Uwe Altrock, Prof. Dr. Thomas Krüger

***Im Mittelpunkt des Professorentreffens stand die Auseinandersetzung mit dem Thema „Förderung raum- und planungswissenschaftlicher Forschung“***

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik insgesamt versteht sich als Plattform für alle, die dazu beitragen wollen, dass die Städte zukünftige Herausforderungen bewältigen und Chancen nutzen. Sie wendet sich ausdrücklich sowohl an Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft als auch an Wissenschaft. Vorrangig an diese richten sich die Hochschultage. Stimuliert werden soll der Austausch zwischen den Hochschulen, aber insbesondere auch der Dialog der Wissenschaft mit der Politik und der Praxis zu den Themen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Dabei stehen zu Recht oft Fragen der Ausbildung und deren Praxisbezug im Mittelpunkt, nicht zuletzt weil erfreulich viele Studierende an den Hochschultagen teilnehmen und sich einbringen. Aus Sicht der Praxis hat der Hamburger Oberbaudirektor Prof. Jörn Walter auf dem 3. Hochschultag Herausforderungen benannt und daraus Anforderungen für die Ausbildung abgeleitet.

Wissenschaft beinhaltet neben der Lehre auch die Forschung. Zukunftsweisende Lehre ist ohne Forschung nicht denkbar. Ohne ein grundlegendes Verständnis für die komplexen und sich verändernden Zusammenhänge der Stadtentwicklung, ohne fundierte Kritik zur Entwicklung, zu Konzepten und an Instrumenten sowie ohne systematische Suche nach neuen Perspektiven und Lösungen werden die (zukünftigen) Stadtentwicklerinnen und Stadtentwickler kaum in der Lage sein, zukünftige Herausforderungen zu bewältigen und Chancen zu nutzen. Dies gilt im übertragenen Sinne auch für die Stadtentwicklungspolitik. Sie wird ohne den Austausch mit der Forschung auf Dauer nicht erfolgreich sein, wie auch diese ohne Bezug zur Praxis Gefahr läuft, fruchtlos zu bleiben. Was aber ist Forschung zur Stadtentwicklung? Und welche Rolle können die Hochschulen dabei einnehmen?

## ***Rückblick auf den 2. Hochschultag***

Im Rahmen des 2. Hochschultages im April 2011 hatte Professorin Elke Pahl-Weber vom BBSR den Hochschullehrerinnen und -lehrern der Planungsfakultäten einen Bericht über die Arbeitsweise und Forschungsstrategie ihres Instituts gegeben. Es entstand eine angeregte Diskussion

zu den Möglichkeiten, aber auch zu den deutlichen Grenzen für die Forschung in dieser Bundesbehörde. Diese soll insbesondere die Arbeit des Bundesministeriums unterstützen. Entsprechend sind die Themen oft sehr politik- und anwendungsorientiert. Es wurde festgestellt, dass die BBSR-Forschung für die Praxis in Kommunen und Ländern eine große Bedeutung habe und auch für die wissenschaftliche Diskussion Anregungen bietet. Mit äußerst knappem Budget für oft umfangreiche Fragestellungen und Anforderungen sei es den Hochschulen aufgrund der Tarifbindung und ihrer hohen Overheadkosten allerdings kaum noch möglich, sich an BBSR-Projekten zu beteiligen.

Auf dem 2. Hochschultag wurde vereinbart, die Diskussion zur Förderung der Raum- und planungswissenschaftlichen Forschung möglichst mit einem Vertreter des für die Forschung zuständigen Bundesministeriums fortzusetzen. Es ist Dr. Hatzfeld gelungen, zum Treffen der Hochschullehrerinnen und -lehrer im Rahmen des 3. Hochschultages den Leiter der Unterabteilung Nachhaltigkeit, Klima und Energie im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Wilfried Kraus, für den 28. April 2012 im Haus des BMVBS zur Teilnahme zu gewinnen.

## ***Förderaktivitäten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung***

Herr Kraus bekundete eingangs sein Interesse und auch Verständnis für die Fragen der Stadtentwicklung und räumlichen Planung, die ihm aus seinem Wohnort gut bekannt seien. Für die Entwicklung zur Nachhaltigkeit, die das BMBF mit großem Einsatz unterstütze und die im Mittelpunkt gerade seiner Unterabteilung stehe, seien die kommunale und regionale Handlungsebene entscheidend. Er stellte unter dem Titel „Forschung für die Stadt der Zukunft“ verschiedene Programme und Aktivitäten des BMBF vor. Angesprochen wurde als eine Art Dachkonzept die „Hightech-Strategie 2020“, die auf Innovationen durch Forschung abstellt und in zehn „Zukunftsprojekten“ konkret verfolgt wird. Dazu gehört das Projekt „Morgenstadt“, mit dem das Leitbild einer „CO<sub>2</sub>-neutralen, energieeffizienten und klimaangepassten Stadt“ verfolgt werde. Denn die Städte hätten eine „Schlüsselfunktion“ für die Modernisierung von Gebäuden und Produktionsanlagen, eine nachhaltige Mobilität, den Ausbau intelligenter Energienetze, die Anpassung an den Klimawandel und die Beteiligung der Bürger an der Transformation. Insgesamt steht in dem federführend vom



BMBF und BMVBS gesteuerten Zukunftsprojekt ein Budget von 560 Mio. Euro zur Verfügung.

Als Beitrag zum Wissenschaftsjahr 2012 ist die „ZukunftsWerkStadt“ zur Unterstützung einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung geschaffen worden. In einem Bottom-up-Ansatz sollen Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung von kommunalen Projekten einer nachhaltigen Stadtentwicklung beteiligt werden. Von einer Expertenjury wurden 16 Projekte ausgewählt, die mit bis zu 250.000 Euro gefördert werden und nun „umsetzungsreife Konzepte“ erarbeiten sollen. Ebenso auf die kommunale Ebene ausgerichtet ist der Wettbewerb „Energieeffiziente Stadt“, bei dem die Zusammenführung verschiedener Einsparpotenziale im Mittelpunkt steht. Für fünf Modellstädte stehen dafür jeweils bis zu 5 Mio. Euro zur Verfügung.

Vorgestellt wurden außerdem zwei weitgehend abgeschlossene Programme: „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement“ (REFINA) wurde 2005 bis 2012 in 45 Projekten mit einem Gesamtvolumen von 22 Mio. Euro betrieben. Im Programm MEGACITIES, mit energie- und klimaeffizienten Strukturen in urbanen Wachstumszentren des Südens im Fokus, wurden neun transdisziplinäre Forschungsvorhaben von 2008 bis 2013 mit einem Gesamtvolumen von 50 Mio. Euro gefördert.

Abschließend verwies Herr Kraus auf aktuelle Überlegungen im BMBF zu

neuen Förderansätzen im Bereich der Energienetze und energieeffizienten Stadt, eine Fraunhofer-Initiative zur Entwicklung eines „Innovationsnetzwerks für nachhaltige urbane Technologien und Stadtsysteme“ und schließlich auf den Aufbau des Geschäftsbereichs „Infrastructure & Cities“ in der SIEMENS AG, die allesamt Ausdruck für die große Dynamik von Forschungen und Innovationen auf den Gebieten der nachhaltigen Stadtentwicklung seien.

#### ***Raum- und planungswissenschaftliche Forschung aus Sicht der Hochschulen***

In Vorbereitung auf den 3. Hochschultag hatten Prof. Dr. Uwe Altröck, Universität Kassel, und Prof. Dr. Thomas Krüger, HafenCity Universität Hamburg in einer Arbeitsgruppe von Hochschullehrern und -lehrerinnen ein Statement „Stand und Perspektiven der raum- und planungswissenschaftlichen Drittmittelforschung“ erarbeitet, das anschließend präsentiert wurde. Sie versuchten zunächst, die Spezifik dieser Forschung beziehungsweise die Leistungsfähigkeit der auf diesem Feld typischen erforderlichen interdisziplinären Querschnittsforschung herauszuarbeiten. Sie sehen diese insbesondere in drei Kompetenzen: A. disziplinübergreifende Analyse liefern, vernetzte Kausalitäten herausarbeiten; B. in die Zukunft gerichtete problembezogene Strategien, Handlungskonzepte und Maßnahmen mit räumlichem Bezug entwickeln; C. Konzepte der



Umsetzung – in Kooperation mit den Beteiligten – moderierend begleiten. Mit diesem Kompetenzprofil liegt die raum- und planungswissenschaftliche Forschung an sich dicht an den Anforderungen, die in der zuvor an Beispielen erläuterten Forschung für die Nachhaltigkeit gestellt werden müssten.

Im Hinblick auf die bestehende „Förderlandschaft“ der raum- und planungswissenschaftlichen Forschung kamen Altrock und Krüger allerdings zu einer eher durchwachsenen Einschätzung. Die wichtigsten Bedarfsträger für die Ergebnisse, nämlich die Gemeinden, Städte und Regionen wie auch deren Organisationen wie etwa der Städtetag, seien konzeptionell und finanziell völlig damit überfordert, Forschung zu fördern. Auch auf der Ebene der Länder gebe es nur sehr vereinzelte Ansätze einer auf die Entwicklung der Städte und Kommunen, der Regionen oder der räumlichen Planung bezogenen Forschung. Die Ressortforschung des BMVBS beziehungsweise des BBSR sei überwiegend auf kurzfristige Themenmoden angelegt sowie von dezidierten Fragestellungen und stark anwendungsorientiert geprägt, das heißt sie stelle mehr Beratung und Entwicklung als Forschung dar.

Die Forschungsprogramme des BMBF seien, entgegen der deklarierten und im vorigen Vortrag erneut betonten stark problem- und lösungsorientierten Ausrichtung, in der Umsetzung nach wie vor „klassisch“ disziplinär geprägt. Selbst in den im vorigen Vortrag aufgeführten, im Grunde raum- und planungswissenschaftlichen Fragestellungen sind die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dieser Disziplin nur am Rande vertreten oder bleiben ganz außen vor. Es bestehe vielmehr der Eindruck, dass in den Forschungsprogrammen mit starken raum- und planungswissenschaftlichen Bezügen wie zum Beispiel FONA und SOEF mit großem Aufwand versucht wird, den Problem-, Raum-, Akteurs- und Handlungsbezug der klassischen Disziplinen zu erhöhen. Interdisziplinarität der Ansätze und Arbeitsweisen, die in den Raum- und Planungswissenschaften genuin sei, würde in den Großforschungsprogrammen vielfach nur als Zielsetzung verfolgt. Es käme zu „Zwangs-Verlobungen“ disziplinärer Ansätze aus den Natur-, Geistes- und Ingenieurwissenschaften, was häufig zu nur oberflächlichem Austausch führe. Die klassischen sektoralen, disziplinären Zugänge seien von „Raumblindheit“ geprägt. Es bestehe zudem kaum Handlungskompetenz in realen institutionellen Systemen, wie sie insbesondere bei der Entwicklung nachhaltiger Raumstrukturen erforderlich sei.

Altrock und Krüger kamen zu dem Schluss, dass interdisziplinäre Raum- und Planungswissenschaftliche Forschung eine handlungsorientierte

Forschungskompetenz biete, die bisher noch wenig ausgeschöpft werde. Sie plädierten dafür, Forschungsansätze von mittlerer Reichweite zu unterstützen. Dies könnten im Rahmen der Förderung nachhaltiger Entwicklungen zum Beispiel Polarisierung innerhalb von und zwischen Regionen, Zukunft der lokalen Selbststeuerungsfähigkeit oder dezentrale räumliche Organisationskapazität sein.

### **Diskussion**

In der anschließenden Diskussion erwiderte Herr Kraus vom BMBF, dass er die kritische Sicht der Wissenschaftler weitgehend nachvollziehen könne, sein Haus allerdings die Breite disziplinärer Ansätze im Blick haben müsse. In der aktuell vorbereiteten Fortsetzung des Programms zum Nachhaltigen Landmanagement würde ein neuartiges Konzept verfolgt, im dem viele der von Altrock und Krüger geäußerten Kritikpunkte bereits angegangen würden.

Die anschließende Diskussion brachte viele Anregungen und Vorschläge für die Forschung. Gefordert wurden eine stärkere Systematisierung und strategische Forschungsschwerpunktplanung sowie Abstimmung mit den Leibniz-Instituten (Hans Heinrich Blotevogel). Die Themen der BMBF-Forschung mit Raum- und Planungsbezug sollten stärker im Dialog mit einschlägigen Einrichtungen wie ARL und DASL entwickelt werden. Auch sei über SOEF hinaus eine Stärkung der sozialwissenschaftlichen Inhalte wünschenswert (Jörg Knieling). In diesem Zusammenhang wurde angeregt, die Themensetzung von BBSR und BMBF selbst zum Gegenstand der Diskussion auf dem Hochschultag zu machen (Max Welch-Guerra). Zur Rolle der Praxis in der Forschung gab es unterschiedliche Statements, die nicht ausdiskutiert werden konnten. So wurde einerseits mehr Best-Practice-Forschung und eine stärkere Einbindung der Praxis in die Programmformulierung gefordert (Christl Drey). Andererseits wurde vorgeschlagen, einen Schwerpunkt auf Meta-Studien zu legen (Jürgen Ahring) beziehungsweise auf eine systematische Erkenntnisgewinnung aus Modellprojekten in Forschungsverbünden (Christa Reicher).

Mehrere Vorschläge zielten auf Evaluation von Planungen ab: Gründe für das Scheitern von Plänen (Dirk Schubert), Lernen von Regionen außerhalb von Europa (Renate Bornberg) sowie Analysen überörtlicher Steuerungs- und Gestaltungsansätze sowie der Umsetzung von Forschung in kommunalpolitische Praxis (Rainer Danielzyk).

Grundsätzlich solle die BMBF-Forschung und die dortigen eher technikorientierten Ansätze für die Raum- und Planungsforschung und deren Leistungsfähigkeit stärker sensibilisiert werden (Dietrich Henckel).

## Treffen der WiMis im Nachgang des 3. Hochschultages

28.04.2012, TU Berlin – Protokollantin Tine Köhler

Alexa Bodamer  
TU Dresden

Pierre Böhm  
TU Darmstadt

Andreas Brück  
TU Berlin

Laura Calbet i Elias  
TU Berlin

Christine Chorus  
RWTH Aachen

Ronald Eckert  
BTU Cottbus

Lukas Esper  
Kaiserslautern

Robert Fischer  
TU Darmstadt

Ulrike Heil  
FH Nürtingen

Juliane Heinrich  
TU Berlin

Gerhard Kienast  
Uni Kassel

Tine Köhler  
TU Darmstadt

Tristan Lannuzel  
Uni Kassel

Uta Mekle  
freiberuflich (Dresden)

Achim Schröer  
BU Weimar

Frank Schulz  
TU Dortmund

Susanne Thomaier  
TU Berlin

Aufgrund unterschiedlicher  
Stände bei Dissertationen  
und Promotionen wird in  
diesem Abschnitt auf die  
Nennung etwaiger Titel  
verzichtet.

Das Treffen der Wissenschaftlichen Mitarbeiter bot auch 2012 die Gelegenheit, sich über die Veranstaltung und die Beteiligung der Statusgruppe auszutauschen. Zahlreiche Anregungen für eine Weiterentwicklung des Hochschultages wurden angeregt diskutiert.

Unter den Wissenschaftlichen Mitarbeitern fiel das Resümee zum 3. Hochschultag insgesamt positiv aus. Die Veranstaltung wurde sowohl organisatorisch als auch fachlich als nochmalige Steigerung zum 2. Hochschultag gesehen. Mit der inhaltlich sehr breiten Ausrichtung der Veranstaltung war es oft nicht möglich, das Potenzial des gegenseitigen Austauschs auszuschöpfen. Positiv bewertet wurde, dass die Inputs von Personen der planenden beziehungsweise gestaltenden Profession kamen und nicht von Akteuren fachfremder Disziplinen. Sehr viel Lob gab es für die Vorstellung der Ergebnisse der Sommerschule durch die Studierenden. Bei der Sommerschule wie auch in der Abschlusspräsentation des Hochschultages gäbe es noch viele Möglichkeiten, Interessen und Positionen der Wissenschaftlichen Mitarbeiter einzubringen.

### **Hochschultag und Wissenschaftliche Mitarbeiter**

Einen breiten Raum nahm die Debatte um das Format des Hochschultages in Bezug auf die Förderung des Dialogs zwischen Forschung/Lehre und Politik und Praxis ein. Hier soll *policy*, nicht *politics* im Vordergrund stehen und ein ausgewogener Diskurs geführt werden, der in seinem Interessenfeld, der Stadtentwicklungspolitik, nicht folgenlos bleibt.

Insbesondere die über den nächsten Hochschultag hinaus noch ungeklärte Organisationsform wurde thematisiert. Im Hinblick auf eine noch offene Zukunft der Veranstaltung nach 2014 kämen mehrere künftige organisatorische Strukturen, wie etwa eine Vereinsgründung, in Betracht. Dabei muss darauf geachtet werden, den Bezug zu Politik und Praxis zu erhalten und eine rein akademische Diskussion unter den Mitgliedern der Hochschulen zu vermeiden. In Bezug auf kommende Hochschultage wurde angeregt, einen größeren Kreis von Akteuren aus weiteren Verwaltungsebenen und aus der Praxis miteinzubeziehen.







Ein weiteres Thema waren die Möglichkeiten der Repräsentation der WiMis als Statusgruppe. Vorschläge zur verbesserten Vertretung des Mittelbaus reichten von der Gründung einer „Mini-Sommerschule“ für WiMis bis zur Nutzung des Forums Stadtforschung als Plattform oder zur Gründung einer zusätzlichen Struktur. Es wurde beschlossen, einen Aufruf zu starten, um Interessenten für eine Mitarbeit an einer stärkeren Positionierung zu finden. Mehr Raum für die Präsentation der Forschungsarbeit der WiMis wurde ausdrücklich gewünscht.

#### **Vorschläge und Anregungen**

Für den 4. Hochschultag wurden einige mögliche Neuerungen diskutiert, aus denen hier einige exemplarisch genannt werden sollen. Für die inhaltliche Ausgestaltung der Foren wurde angeregt, eine stärkere Fokussierung vorzunehmen, da so einzelne Themen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik kontroverser und tiefer gehend diskutiert werden sowie verschiedene Blickrichtungen vertreten werden könnten.

Um die Wahrnehmung der Veranstaltung und ihrer Ziele in einem größeren Maße zu gewährleisten, wurde vorgeschlagen, im Nachgang des Hochschultages eine Presseerklärung herauszugeben, um den Standpunkt der Hochschulen zur Stadtentwicklungspolitik deutlich zu machen. Hier sollten alle Statusgruppen mitarbeiten.

Konkret wurde zudem die Einrichtung einer Website des Hochschultages angeregt, auf der Vor- und Nachbereitung transparent gemacht werden, aber auch *Call for Papers* (für die Foren) geschaltet werden können. An die Website könnte eine Datenbank mit aktuellen Forschungsprojekten der Stadtentwicklung angeschlossen werden. Diese Sammlung könnte für eine bessere Positionierung der Wissenschaftlichen Mitarbeiter als zusammenfassende Vorstellung der Bandbreite der Forschungsarbeiten außerhalb der Printversion in einem Vortrag oder Ähnlichem verwendet werden. Darüber hinaus wurde eine Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten zur Vorbereitung des Hochschultages als wünschenswert erachtet.



## Treffen Studierende

### Resolution zum 3. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik



*Im Anschluss an den 3. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hat sich die Statusgruppe der Studierenden in einer offenen Runde an der TU Berlin getroffen, um die Veranstaltung Revue passieren zu lassen und zu besprechen, welche Anforderungen man an künftige Hochschultage stellt. Ein wichtiger Aspekt war dabei stets, welche Rolle Studierende sowohl hochschulpolitisch als auch als Vertreter einer jungen Generation von Planern bei der Ausrichtung einer solchen Tagung einnehmen können.*

*Diese Diskussion wurde im Rahmen der Bundesfachschaft Stadt- und Raumplanung (BFSR) auf dem PlanerInnenTreffen in Cottbus im Mai 2012 vertieft und mündete in einer Resolution, welche in dieser Dokumentation abgedruckt wird. Dieses Papier ist ein für den BFSR bindender Beschluss, der auch die Position der Studierenden im weiteren Prozess um den Hochschultag und die Nationale Stadtentwicklungspolitik inhaltlich ausfüllt.*

*Die Bundesfachschaft Stadt- und Raumplanung setzt sich aus den Vollstudiengängen (Bachelor und Master) der Stadt- und Raumplanung aus dem deutschsprachigen Raum zusammen und trifft sich jedes Semester im Rahmen des PlanerInnenTreffens an wechselnden Standorten. Auf dieser Konferenz tauschen sich ca. 90 bis 140 Studierende über fachliche und hochschulpolitische Themen aus.*

*Wir hoffen, dass wir mit dieser Stellungnahme einen Beitrag für eine erfolgreiche zukünftige Ausrichtung des Hochschultages leisten können und sind weiterhin für Diskussion, Austausch und gemeinsame Positionierungen offen – gern auch im Rahmen des PlanerInnenTreffens. Wir sind auch in Zukunft bereit, uns aktiv in diese Prozesse miteinzubringen und hoffen, dass wir in den nächsten Jahren eine strukturell verankerte Form der Beteiligung von Studierenden auf dieser Ebene etablieren können.*

*Weitere Informationen finden sich auf [www.planungsstudium.net](http://www.planungsstudium.net) – unter [kontakt@planungsstudium.net](mailto:kontakt@planungsstudium.net) können Sie Kontakt mit uns aufnehmen.*

Der Bundesfachschaftsrat Stadt- und Raumplanung ist, als Vertretung der Studierenden, seit dem 2. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in die Vorbereitungen eingebunden. Nach dem – sehr gelungenen! – 3. Hochschultag herrscht eine sehr zuversichtliche Stimmung unter den Teilnehmern im Bezug auf die Weiterführung des Formats. Aus der Diskussion des Statusgruppentreffens der Studierenden heraus wollen wir uns als studentische Vertreter weiter strategisch an der Weiterentwicklung beteiligen.

Wir begrüßen das von Prof. Pesch und dem Institut für Städtebau vorgestellte Papier (Seite 48) und wollen diese Forderungen aus unserer Perspektive erweitern und konkretisieren. Im Rahmen dieser Resolution werden daher eigene Leitlinien und Ideen für die kommenden Hochschultage und die Verstetigung des begleitenden Prozesses aufgezeigt. Wir verstehen diese als Beiträge zu einer offenen und gruppenübergreifenden Diskussion.

#### **1. Hochschultag verstetigen**

Wir sehen den Hochschultag als wichtigen Beitrag zur Etablierung einer Fachöffentlichkeit im Bereich der Stadt- und Raumplanung sowie der Stadtentwicklung. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, ihn als regelmäßige Konferenz zu etablieren und weiterzuentwickeln.

Die finanzielle und organisatorische Unterstützung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) wird in den nächsten Jahren dazu genutzt, den Hochschultag in Verantwortung der beteiligten Hochschulen, Verbände und Institutionen zu etablieren. Hierbei sind verschiedene Modelle der Trägerschaft und Finanzierung an wechselnden Orten denkbar.

Im Sinne der Schaffung einer Fachöffentlichkeit wird der Hochschultag weiterhin offen zugänglich und kostenlos für alle Interessierte bleiben. Die Beteiligung aller Gruppen (Statusgruppen der Hochschulen, Verbände, Ministerium etc.) bei der Vorbereitung und Durchführung wird fortgeführt. Hierbei sind insbesondere auch Vertreter von Fachhochschulen zu berücksichtigen.

#### **2. Fachöffentlichkeit für Stadtentwicklung**

Der Hochschultag wird als wichtige Plattform des Austauschs zwischen den verschiedenen Gruppen aus Hochschulen, Institutionen und der



Praxis etabliert. Ziel ist hierbei die Schaffung einer Plattform im Sinne einer Fachöffentlichkeit für Stadtentwicklung und einer Lobby für ihre Themen. Dies setzt voraus, dass Vertreter aller Gruppen gleicher Zugang gewährt wird und diese gleichermaßen angesprochen werden. Insbesondere Vertreter der Praxis werden in Zukunft gezielter angesprochen und eingeladen, um auch diese Perspektive zu stärken.

Als Studierende stellen wir nicht nur die nominell größte Statusgruppe der Hochschulen dar, sondern stehen auch stellvertretend für „junge“ Themen, Ansätze und Ansichten. Der Zugang und die Einbindung von Studierenden in diese Form von (teil-)institutionalisierter Fachöffentlichkeit ist daher unerlässlich.

### **3. Der Hochschultag als Bewegung**

Im Sinne der Schaffung einer Fachöffentlichkeit sind weitere Anstrengungen zu unternehmen, die den Prozess über den Hochschultag als einzelnes Ereignis hinaus tragen. Im Hinblick auf die Übergabe von organisatorischer Verantwortung an die Hochschulen und beteiligten Organisationen kann eine offene Plattform den Austausch auch außerhalb einer Konferenz ermöglichen.

Die Diskussionen und Vorträge wurden seit dem 1. Hochschultag aufgezeichnet und dokumentiert. Dieses Material steht aber bisher nicht – oder nur begrenzt – offen zur Verfügung. Wir schlagen vor, dem Hochschultag einen eigenen interaktiven Internetauftritt einzurichten, auf dem die Dokumentationen der vergangenen Konferenzen verfügbar sind und Informationen zu Ansprechpartnern sowie begleitenden Aktivitäten bereitgestellt werden.

Neben der Funktion als Ansprechpartner für die Studierenden der Stadt- und Raumplanung können aus studentischer Sicht auch Inhalte und

Verweise auf die jährliche Sommerschule und Workshops im Rahmen des PlanerInnenTreffens beigesteuert werden. Neben den Aktivitäten der Studierenden wären hierbei auch insbesondere das Netzwerk des akademischen Mittelbaus und Initiativen von weiteren Gruppen relevant. Die Zusammenführung dieser Inhalte und Aktivitäten unter dem Hochschultag als „Label“ bietet eine wichtige Grundlage für die Verstetigung des Prozesses.

### **4. Planerausbildung im Fokus**

Lehrinhalte und Lehrorganisation sind ein gleichberechtigter Bestandteil des Hochschultages. Die Frage der Weiterentwicklung der einzelnen Studiengänge ist immer wieder konkret zu stellen und offen mit allen Gruppen zu diskutieren. Wir haben den Anspruch, uns nicht in Systemkritik zu erschöpfen, sondern spezifisch Anforderungen an die Ausbildung von Planerinnen und Planern zu formulieren. Hierfür wünschen wir uns eine möglichst breit angelegte Diskussion über Lehre.

Im Moment findet diese Diskussion meist innerhalb der Hochschulen und unter den Studierenden statt. Im Rahmen des Hochschultages besteht die Möglichkeit, zusammen mit allen relevanten Akteuren aus dem Bereich der Stadtentwicklung einen solchen Prozess anzustoßen und zu gestalten.

### **5. Schnittstellen nutzen: Projektstudium und PlanerInnenTreffen**

Die Studiengänge der Stadt- und Raumplanung stellen optimale Bedingungen für die Zusammenarbeit mit Praxis und Forschung. Das Projektstudium an unseren Fakultäten ist thematisch offen für Themen und Kooperationen mit Externen. Im Bereich der Projekte und Abschlussarbeiten läuft eine solche Zusammenarbeit bereits seit jeher. Die Sommerschule hat gezeigt, wie fruchtbar auch die Zusammenarbeit von mehreren Universitäten sein kann.

Darüber hinaus haben wir auf den PlanerInnenTreffen Berlin (Juni 2011) bereits mit dem Berufsverband SRL und der Unterstützung durch Prof. Wékel einen ganztägigen Workshop zu den Themen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik durchgeführt – mit Erfolg. Diese Veranstaltung diente dabei nicht nur der Bearbeitung von Fragestellungen, sondern auch als Weiterbildung für die Studierenden im Hinblick auf den Hochschultag und den Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Die erwähnten Formate sind Teil des Studiums (bzw. des freiwilligen Engagements der Studierenden) und als Schnittstellen bereits etabliert – die strukturellen Voraussetzungen sind vorhanden. Es gilt, Kontakte vorzustellen und Netzwerke zu knüpfen. Wir fordern daher einen Ausbau der Kooperationen zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinheiten, Praxis und staatlichen Institutionen. Auf dieser Ebene unterstützen wir auch gemeinsame Positionierungen zu politischen und fachlichen Themen.

#### **6. Sommerschule, Ringvorlesung und „Tatort Stadt“**

Die Sommerschule der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist ein exzellentes Beispiel für den Mehrwert von Kooperationen von Hochschulen und Praxis. Das Format ist ein Modell für moderne Lehrveranstaltungen und wir begrüßen die Weiterführung auch im nächsten Jahr – und darüber hinaus. Eine Öffnung des Teilnehmerkreises für alle durch uns vertretene Studiengänge ist aus unseren Augen unerlässlich. Wir fordern daher die Verantwortlichen auf, bereits in der nächsten Runde der Sommerschule insbesondere auch die Fachhochschulen zu beteiligen.

Die Ringvorlesung und der Wettbewerb „Tatort Stadt“ sind weitere sinnvolle Ansätze einer bundesweiten Vernetzung im Bezug auf Lehre und die Zusammenarbeit mit Studierenden und jungen Absolventen. Diese Formate bieten die Chance, junge Planer in den Hochschultag und den begleitenden Prozess miteinzubeziehen und übliche Muster, Themen und Positionen aufzubrechen. Wir hoffen, dass der positive Zuspruch, den die Sommerschule und „Tatort Stadt“ erhalten haben, unsere Hochschulen dazu anregt, ähnliche kooperative und kreative Ansätze in der Lehre zu fördern.

#### **7. Neue Formate – Konflikte wagen**

Der 3. Hochschultag stellte eine erhebliche Verbesserung in Bezug auf die thematische Breite, die Organisation und die Offenheit der Formate dar. Sollte es in Zukunft gelingen – neben der Verstärkung der begleitenden Aktivitäten –, eine ähnlich gute Konferenz auf die Beine zu stellen, wäre das bereits ein großer Erfolg. In Bezug auf das Gesamtkonzept des Hochschultages sehen wir den Bedarf, die drei einzelnen Ein-Tages-Blöcke stärker zu verknüpfen.

Anders als das Institut für Städtebau sehen wir keine unbedingte Notwendigkeit für die Verabschiedung von Resolutionen im Rahmen eines Hochschultages. Wir wünschen uns – statt einer stärkeren Orientierung an gemeinsamen Positionen – vielmehr eine größere Vielfalt an Meinungen und Ansätzen. Aus unserer Sicht haben Konferenzen dieser Art ein „Konsensproblem“. Wir sehen den Hochschultag als besonders geeignetes Format, um bewusst den Austausch zwischen unterschiedlichen fachlichen Positionen, Disziplinen und Ansätzen zu suchen – gerade auch aufgrund der sehr unterschiedlichen Hintergründe der Teilnehmer. Zur Schaffung einer Fachöffentlichkeit für Stadtentwicklung sollten wir mehr inhaltliche Konflikte wagen, statt uns mit den alten Auseinandersetzungen zwischen den Disziplinen aufzuhalten. Entsteht dennoch ein Konsens, sollte dieser auch im Rahmen einer Resolution festgehalten werden.

Die Voraussetzung für eine solche Diskussion sind Formate, die dies auch zulassen. Einige Foren des 3. Hochschultages sehen wir in dieser Hinsicht bereits auf dem richtigen Weg. Das Nebeneinander von Input-Vorträgen und Arbeitsgruppen-Phasen ist hierfür das richtige Modell. Mögliche Verbesserungen sehen wir gerade in Bezug auf die Einbeziehung von einzelnen Positionen über eine Art „call for positions“ – ein im Vorfeld laufender Aufruf zur Abgabe von Statements zu bestimmten Fragestellungen. Wichtig ist es aber auch, eine Vielfalt an Formaten zu erhalten. Möglichkeiten der weiteren Einbeziehung von Studierenden sehen wir über die gezielte Suche nach Studienprojekten, Abschlussarbeiten, Initiativen oder – wie zum Teil bereits erprobt – Vertreterinnen und Vertretern aus den PlanerInnenTreffen-Workshops. Die Sommerschule und der „Tatort Stadt“-Wettbewerb bieten auch hier ein großes Potenzial zur Erweiterung der Vielfalt an innovativen Ansätzen.

#### **8. Engagement der Bundesfachschaft**

Wir wollen bei der Diskussion um den Hochschultag und seine Weiterentwicklung nicht bei einseitigen Forderungen stehenbleiben. Als Studierende wollen wir uns auf allen Ebenen aktiv einbringen – so wie wir das bereits in der Vorbereitung des 2. Hochschultages getan haben.

Auf dem PlanerInnenTreffen in Wien im Oktober 2011 wurde eine neue Satzung der Bundesfachschaftenkonferenz beschlossen, in der die Zusammenarbeit mit Institutionen wie dem BMVBS und den Berufsverbänden verankert wurde. Wir wollen diese Erweiterung unserer Themen und Netzwerke weiterführen. Der Bundesfachschaftsrat Stadt- und Raumplanung verpflichtet sich daher des weiteren Engagements im Rahmen der in dieser Resolution beschriebenen Prozesse.



## Katalog aktueller Stadtforschungsprojekte



Diese Zusammenstellung aktueller Forschungsprojekte soll im Rahmen des 3. Hochschultages der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als Grundlage für den Austausch sowohl mit der Praxis als auch der Hochschulen untereinander dienen. Für diesen „Katalog“ wurden die Hochschulen eingeladen, sich an einer Online-Befragung zu beteiligen. Dabei waren vor allem Fachbereiche beziehungsweise Fachgebiete aus den Kernfeldern Stadtplanung und Städtebau angesprochen.

Auf jeweils einer Seite präsentieren sich hier 275 Projekte, jeweils mit knappen „technischen Daten“, einer Kurzbeschreibung sowie Kontaktadressen der Bearbeiter beziehungsweise Projektleiter. Alle Forschenden wurden im Fragebogen gebeten, ihr Projekt einem der sechs Kernthemen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zuzuordnen. Anhand dieser Zu-

ordnung ist der Katalog in sechs Kapitel gegliedert, innerhalb der Kapitel sind die Projekte nach Standort der Hochschule alphabetisch geordnet.

Bei der Verteilung der eingegangenen Projekte zeigt sich, dass mit knapp einem Drittel der Projekte das Kernthema „Innovative Stadt“ am häufigsten bearbeitet wird (78 Projekte / 28 %), die Themen „Soziale Stadt“ (27 Projekte / 10 %) und „Zivilgesellschaft“ (24 Projekte / 9 %) wurden am seltensten angegeben. Die befragten Forscherinnen und Forscher beschäftigen sich mehrheitlich (über 60 %) mit Räumen in Deutschland, was aber auch auf einen beachtlichen Anteil internationaler Forschungsaktivitäten hinweist.

Nach dem „Format“ ihres Projekts gefragt, bezeichnet fast ein Drittel der Antwortenden seine Arbeit als „Auftragsforschung“ (72 Projekte / 26 %), was auf eine bereits bestehende Vernetzung mit der Sphäre der Praxis außerhalb der Hochschulen hinweist. Die Dissertationen bewegen sich in einer ähnlichen Größenordnung (66 Projekte / 24 %), als Grundlagenforschung werden nur 47 Projekte (17 %) eingeordnet. Die größte Gruppe bilden allerdings Projekte (84 / 30 %), die in keines dieser Formate eingeordnet wurden – ein interessanter Ausgangspunkt für Nachfragen beziehungsweise gemeinsame Diskussionen.

Die Sammlung ist auch als Weiterentwicklung der bisherigen Befragungen zu sehen, die zur Vorbereitung der ersten beiden Hochschultage 2008 und 2010 durchgeführt wurden. So wurden diesmal ausführlichere Informationen abgefragt und es wurde eine größere Zahl von Projekten aufgenommen. Die Bearbeiter haben die Hoffnung, dass die Möglichkeiten der Vernetzung, die dieser Katalog bietet, breit genutzt werden: Es wäre als erfreulicher Erfolg zu werten, wenn damit Kollegen aufeinander aufmerksam werden, die am gleichen Thema oder Forschungsgegenstand arbeiten, oder wenn er Kollegen aus der beruflichen Praxis in Kommunen, Verwaltungen und Verbänden Ansprechpersonen vermitteln kann. Davon abgesehen vermittelt in jedem Falle ein Bild von der Vielfalt der aktuellen Stadtforschung der Planungs- und Städtebau-Institute und -Lehrstühle an deutschen Hochschulen.

Eine Übersicht der Dissertations- / Forschungsvorhaben in den Handlungsfeldern der Nationalen Stadtentwicklungspolitik kann im Internet eingesehen und ergänzt werden: [www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de](http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de)  
> Forschung > Hochschulforschung: Dissertationsvorhaben

## Posterausstellung

Wie schon bei den vergangenen beiden Hochschultagen haben viele Hochschulen die Gelegenheit wahrgenommen, sich mit ihren Arbeitsbereichen und Fragestellungen mit Postern zu präsentieren.

Jenseits engerer Projektbezüge gab die Posterausstellung des 3. Hochschultages den Hochschulen die Möglichkeit, sich mit Instituten sowie Lehr- und Forschungsschwerpunkten darzustellen.

35 Poster aus zehn Hochschulen spiegeln die Vielfalt der universitären Aktivitäten auf den Feldern, die der Stadtentwicklungspolitik nahestehen.

### BTU Cottbus

Institut für Städtebau und Landschaftsplanung

### Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Institut Entwerfen von Stadt und Landschaft, Fachgebiet Stadtquartiersplanung

### RWTH Aachen

Fak. für Bauingenieurwesen, Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr

Fak. für Arch., Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung; Lehrstuhl für Stdb. und Landespl.

### TU Braunschweig

Fakultät Architektur, Bauingenieurwesen und Umweltwissenschaften, Department Architektur, Institut für Städtebau und Landschaftsarchitektur, Fachgebiet Städtebau und Entwurfsmethodik

### TU Dortmund

Deutsches Institut für Stadtbaukunst / Lehrstuhl Städtebau

### TU Dortmund

FB 10, Lehrstuhl Geschichte und Theorie der Architektur (GTA)

### TU Berlin

Institut für Stadt- und Regionalplanung

### TU Braunschweig

Institut für Städtebau und Landschaftsplanung, Fachbereich Städtebau Prof. Dr. Fiedler

### TU Darmstadt

FG Entwerfen und Regionalentwicklung

Forschungsschwerpunkt Stadtforschung

Forschungsschwerpunkt „Eigenlogik der Städte“

### TU Dresden

Fakultät Architektur

### Universität Kassel

FB 06: Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung; Institut für urbane Entwicklungen (IuE)

### Universität Stuttgart

Fakultät Architektur und Stadtplanung









## Verzeichnis Mitwirkende

**Mark Altenburg** BTU Cottbus, Institut für Städtebau und Landschaftsplanung

**Prof. Dr. Uwe Altrock** Uni. Kassel, FB ASL – Architektur, Stadterneuerung | Stadtbau

**Dr. Norbert Baron** Stadt Leipzig, Amt für Bauord. und Denkmalpf. Dez. Stadtentw. und Bau

**Prof. Dr. Carlo W. Becker** BTU Cottbus, LS Landschaftsplanung und Freiraumgestaltung

**Dr. Elke Becker** Deutsches Institut für Urbanistik, Arbeitsbereich Fortbildung

**Birte Biemann** Universität Kassel, Fachbereich VI – ASL (Institut für urbane Entwicklungen)

**Dipl.-Ing. Hendrik Bloem** Leibniz-Universität Hannover, Abt. Planungs- und Arch.-Soziologie

**Alexa Bodammer** TU Dresden – Fak. Architektur, Görlitz Kompetenzzentr. Revitalisierender Stdb.

**Dipl.-Ing. Uwe Bodemann** Stadt Hannover, Stadtbaurat

**Anne Katrin Bohle** Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes  
Nordrhein-Westfalen, Abteilungsleiterin Stadtentwicklung / Vorsitzende des ASBW

**Staatssekretär Rainer Bomba** Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

**Prof. i. V. Dr. Renate Bornberg** Leibniz-Universität Hannover, Inst. für Entw. und Städtebau

**Prof. Michael Braum** Bundesstiftung Baukultur

**Prof. Dr. János Brenner** Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

**Dipl.-Ing. Frauke Burgdorff** Montag Stiftung Urbane Räume gAG

**Prof. Dr. Johannes Cramer** TU Berlin, Fachgebiet Bau- und Stadtbaugeschichte

**Prof. Dr. Rainer Danielzyk** ILS – Institut f. Landes- u. Stadtentwicklungsforschung gGmbH

**Dr. Marta Doehler-Behzadi** Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

**Almuth Draeger** Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Ref. Stdentw.-Politik

**Prof. Dorothee Dubrau** Beuth Hochschule für Technik, FB IV – Städtebau

**Dr. Barbara Engel** Stadt Dresden, Stadtplanung Innenstadt

**Dr. Natalie Eßig** Technische Universität München, Lehrstuhl für Bauphysik

**Lex Faber** Bundesfachschaftsrat Stadt- und Raumplanung, TU Dortmund

**Thomas Fischer** Landeshauptstadt München, Referat für Arbeit und Wirtschaft

**Dr. Robert Fischer** TU Darmstadt, Fachgebiet Entwerfen und Regionalentwicklung

**Prof. Dr.-Ing. Andrea Haase** Hochschule Anhalt, Fachbereich Architektur

**Dr. Ulrich Hatzfeld** Bundesministerium f. Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Unterabt. Stdentw.

**Prof. Dr. Gerd Hauser** TU München, Lehrstuhl Bauphysik

**Uli Hellweg** IBA Hamburg GmbH

**Harald Herrmann** Direktor Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

**Prof. Carl Herwarth von Bittenfeld** Leibniz-Uni. Hannover, Fak. für Arch. und Landschaft

**Thomas Höflich** Ev.-luth. Stadtkirchenverband Hannover

**Klaus Hornung** Stadt Braunschweig, Stadtplanung und Umweltschutz

**Dr. Bernd Hunger** GdW Bundesverb. dt. Whgs.- und Imm.-Unternehmen, Ref. Whgs.- und Stdb.

**Frank Junker** ABG Frankfurt Holding

**Dr. Daniela Karow-Kluge** RWTH Aachen, Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung

**Karin Kellner** k s w architekten stadtplaner bda dwb srl dasl

**Dr. Ansgar Klein** Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

**Prof. Dr. Jörg Knieling** HafenCity Universität Hamburg, FB Stadtpl. und Regionalentwicklung

**Ute Knippenberger** Stadt Kronberg, Fachbereich Stadtentwicklung und Umwelt

**Dr.-Ing Tine Köhler** Technische Universität Darmstadt, Institut für Geodäsie

**Dipl.-Ing. Christine Korus** RWTH Aachen, LS und Institut für Städtebau und Landesplanung

**Prof. Dr. Matthias Koziol** BTU Cottbus, Lehrstuhl Stadttechnik



Prof. Dr. Michael Krautzberger DASL

Prof. Dr. Thomas Krüger HafenCity Universität Hamburg, Stadtplanung

Prof. Dr. Detlef Kurth Hochschule für Technik Stuttgart, Städtebau, Stadtplanung

Prof. Hilde Léon Leibniz-Universität Hannover, Institut für Entwerfen und Gebäudelehre

Stadtbaurat Volker Lindner Stadt Herten

Senatsbaudirektorin Regula Lüscher Senatsverwaltung für Stdentw. und Umwelt

Prof. Dr. Ulf Matthiessen Humboldt-Universität, Institut für Europäische Ethnologie

Prof. Dr. Elisabeth Merk Stadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Dr. Reimar Molitor Regionale 2010

Anne Luise Müller Stadt Köln, Stadtplanungsamt Stadthaus Deutz

Prof. Markus Neppl Karlsruher Institut für Technologie, Institut Entwerfen von Stadt und Land

Dr. Martin Niedermeyer Ministerium für Inneres, Kultur und Europa, Saarland

Prof. Elke Pahl-Weber TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung

Prof. PhD Irene Peters HCU Hamburg, Stadtplanung und REAP

Ulrike Platz ehem. Alanus-Hochschule, die3 landschaftsarchitektur

Jürgen Pohlmann Bremische Bürgerschaft, SPD-Fraktion

Prof. Dr.-Ing. Martin Prominski Leibniz Universität Hannover, Inst. für Freiraumentwicklung

Prof. Christa Reicher TU Dortmund, Fak. Raumpl., FB Stdb., Stadtgest. und Bauleitplanung

Stephan Reiß-Schmidt Landeshauptstadt München, Ref. für Stadtpl. und Bauordnung HA I

Dr. Martin Rumberg TU Kaiserslautern, FB Raum- und Umweltplanung

Oda Scheibelhuber BMVBS, Abt. Raumordnung, Stdentw., Wohnen, öffentliches Baurecht

Prof. Dr. Alexander Schmidt Universität Duisburg-Essen, Inst. für Stadtpl. und Städtebau

Achim Schröer Bauhaus-Universität Weimar, Stadtplanung

Dr. Hartwig Schultheiß Stadtdirektor Stadt Münster

Vertr. Prof. Frank Schwartz BTU Cottbus, Fak. II, LS Stadtplanung und Raumgestaltung

Prof. Dr. Klaus Selle RWTH Aachen, Fak. für Arch., LS für Planungstheorie und Stdentw.

Prof. em. Dr. h.c. Tom Sieverts

Prof. Dr. Heidi Sinning FH Erfurt, Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation

Dr. Detlev Söffler Hansestadt Bremen, Ref. Raumord., Stdentw. und Flächennutzungsplanung

Prof. Dr. Alain Thierstein TU München, Fak. für Architektur, Lehrstuhl für Raumentwicklung

Heike Thöne Quartiersmanagement Lipschitzallee / Gropiusstadt

Thorsten Tonndorf Bundeshauptstadt Berlin, Referat Stadtentwicklungsplanung

Dr. Marie-Josée Vidal Ministère du Dévelop. durable et des Infr., Dép. de l'Am. du Territoire

Michael von der Mühlen Stadt Gelsenkirchen, Rathaus Buer

Prof. Dr. Eberhard von Einem HTW Berlin, Stadt- und Regionalökonomie

Prof. Kunibert Wachten RWTH Aachen, LS und Institut für Städtebau und Landesplanung

Oberbaudirektor Jörn Walter Freie und Hansestadt Hamburg, Beh. für Stdentw. und Umwelt

Prof. Julian Wékel TU Darmstadt, Fachgruppe Stadt, FG Entwerfen und Regionalentwicklung

Prof. Dr. Max Welch Guerra Bauhaus-Universität Weimar, Raumpl. und Raumforschung

Bürgermeisterin Petra Wesseler Stadtverwaltung Chemnitz, Dezernat Stdentw. und Bau

Jutta Wippermann Regionalpark Rhein-Main gGmbH

Prof. Dr.-Ing. Paul Zalewski Europa Universität Viadrina, Fakultät für Kulturwissenschaften

Carl Zillich Bundesstiftung Baukultur

Prof. Peter Zlonicky Büro für Stadtplanung und Stadtforschung



### Impressum

3. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

„Weiter Blick und langer Atem“

EUREF-Campus Berlin-Schöneberg, Berlin 26.–28. April 2012

Der Hochschultag ist ein Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Herausgeber:

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung

Verantwortlich:

Prof. Julian Wékel, Wissenschaftlicher Sekretär

Koordination:

Prof. Dorothee Dubrau, Beuth Hochschule Berlin

Redaktion:

Robert Fischer, TU Darmstadt

Anna Mayr, TU Darmstadt

Gestaltung:

PJD Design (Grafik, Satz, Layout)

Abbildungsnachweis:

Fotos von Sergej Horovitz, [www.horovitz.de](http://www.horovitz.de)

Porträt Staatssekretär Rainer Bomba S. 6: Bundesregierung / Steffen Kugler

Porträt Uli Hellweg S. 8: IBA Hamburg GmbH / Johannes Arlt

Porträt Prof. Dr. Michael Krautzberger S. 11: Privat

Fotos Summer School S. 27: Summer School / Susanne Thomaier

Portrait Prof. Julian Wékel S. 44: Privat

1. Auflage, 2013







